



Etatrede von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz zum Doppelhaushalt 2014 / 2015

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Verwaltung legt Ihnen heute einen Haushalt für die nächsten zwei Jahre vor, der die Programmsetzungen und Beschlusslagen aus den letzten Jahren sowie die im Frühjahr beschlossenen Ziele umsetzt. Allein die Beschlüsse der letzten beiden Jahre schlagen sich im Ergebnishaushalt mit 22 Mio. Euro nieder.

Dies ist mit einem durchaus schwierigen internen Aufstellungsprozess verbunden gewesen. Es finden sich entsprechend seitens der Verwaltung keine neuen Programmsetzungen in diesem Haushaltsentwurf - mit marginalen Ausnahmen. Dies ist auch nur konsequent, ist es doch unser Ziel, den Haushalt aus einer gemeinsam mit dem Gemeinderat entwickelten Programmsetzung zu entwickeln. Insofern verändert sich der Charakter des Haushalts und der Haushaltsberatungen: Es ist weniger das Datum der programmatischen Neujustierung und Überprüfung, sondern vielmehr das Datum der fiskalischen Umsetzung. Die finanzpolitischen Weichenstellungen liegen damit entscheidend bei der Festlegung und Beschreibung der Fachpolitik. Das müssen wir in Zukunft beachten. Ich komme darauf gleich noch einmal ausführlicher zu sprechen.

Zunächst möchte ich die für mich wesentlichen Kennzeichen dieses Haushalts kurz darstellen:

- Es ist der zweite doppische Haushalt, den wir vorlegen. Zum zweiten Mal wird er deutlich vor Beginn des neuen Haushaltsjahrs eingebracht.
- Er enthält als Grundlage der Planung ein deutlich vertieftes Zielsystem, das mit hohem Einsatz erarbeitet, vom Gemeinderat hinterfragt, darauf zum Teil geändert und im Ergebnis akzeptiert wurde. In der Breite des Zielsystems gibt es in Deutschland dazu keinen Vergleich.



- Es ist ein Haushalt, der geprägt ist von einer großen Leistungsausweitung, die von der Öffentlichkeit erwartet und zumeist mit der Forderung nach „Mehr“ begleitet wird. Diese Leistungsausweitung zieht sich durch viele Bereiche. Und sie betrifft im Wesentlichen - obwohl sich die öffentliche Debatte auf anderes konzentriert - nicht das Spektakuläre, große Projekte und den Städtebau. Die Themen sind Betreuung und Erziehung, Schulen, die Verkehrsinfrastruktur, Feuerwehr, Gebäudeunterhalt.
- Im Finanzhaushalt bewegen wir uns mit 205 Mio. Euro Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf einem Rekordniveau, das erfahrungsgemäß an die Grenze des Verarbeitbaren geht.
- Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der keine Nettoneuverschuldung vorsieht. Ein Schuldenabbau von 36 Mio. Euro auf dann 616 Mio. Euro ist über den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durch Abbau der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte vorgesehen.
- Finanziell umfangreicher fallen unsere Anstrengungen in dem Bereich aus, den ich „Abbau der versteckten Schulden“ nenne. Es sind die deutlich erhöhten Aufwendungen in den Bereichen Gebäude- und Straßenunterhalt. Sie finden dies nicht im Finanzhaushalt, sondern im Ergebnishaushalt. Die exklusiven, nur für Straßenunterhalt zur Verfügung stehenden Mittel sind deutlich erhöht, die Übergabe der letzten Schulen an die BBS erhöht noch einmal deutlich die Raten dafür, im Gebäudebestand beim Immobilienmanagement haben wir gerade im Jahr 2013 ein Programm beschlossen, aufgeschobene Unterhaltungsleistungen abzuarbeiten.
- Alle drei Elemente zusammen - „Leistungsausweitung“, „hohes Investitionsniveau“ und „Schulden wie Instandhaltungsstau abbauen“ - hätten wir vor Jahren gemeinsam als illusorisch eingeschätzt.
- Die mittelfristige Finanzplanung geht dabei von drei Prämissen aus und nur unter diesen Prämissen können die beschriebenen Eckwerte auch über 2015 hinaus gehalten werden:
 1. Eine moderat-positive wirtschaftliche Entwicklung.
 2. Eine weitere deutliche Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben, insbesondere bei der Eingliederungshilfe.
 3. Die Auflage eines zweiten Haushaltsstrukturprogramms 2017 in Höhe von 15 Mio. Euro. Letzteres ist nicht mit einem konkreten Programm hinterlegt. Es muss 2014 erarbeitet werden und sich auch grundlegend vom Haushaltsstrukturprogramm 1 unterscheiden. Wenn wir keine Widersprüche zu unserer Steuerungslogik und unseren Zielen auslösen wollen, gibt es für dieses Programm nur zwei



Handlungsfelder: Zum einen Effizienzgewinne durch organisatorische oder technische Verbesserungen, zum anderen Identifizierung und Einstellung von Leistungen und Produkten, die nicht in den Managementzielen erfasst sind. Letztere bestehen sicher, auch wenn wir versucht haben, 100 Prozent unserer Leistungen in den Managementzielen abzubilden.

- Für die Fortführung der Konversion wie die Bundesgartenschau fehlt es derzeit über Planungskosten hinaus noch an konkretisierten Projekten für den jetzigen Haushalt. Es sind daher zur Gründung einer Bundesgartenschau-Gesellschaft und einer Projektentwicklungsgesellschaft unter Beteiligung der MWSP für Benjamin-Franklin jeweils 1 Mio. Euro zur Eigenkapitalausstattung im Finanzhaushalt vorgesehen. Dominant sind im Finanzhaushalt dagegen die Ausgaben für das Glücksteinquartier und den Neubau der Feuerwache Mitte durch die gesamte mittelfristige Finanzplanung hindurch. Es ist ein Projekt, das die bisherigen Anstrengungen zur Konversion wie jene für eine BUGA deutlich übersteigt. Mit der Ausfinanzierung 2018 wird ein Kraftakt beendet. Finanzkraft wird dann frei, ebenso wie ein Jahr später durch den Abschluss der Tilgung des Werthaltigkeitsdarlehens für die Sparkasse durch die Stadt Mannheim in Höhe von 6,4 Mio. Euro pro Jahr.

Insgesamt ist das Risiko-/Chancenprofil dieses Haushalts noch ausgewogen. „Puffer“ zur Finanzierung von weiteren Wünschen gibt es aber nicht. Eine Änderung des Haushaltsentwurfs verlangt aus meiner Sicht Umschichtungen und Zieländerungen. Dies galt schon für den internen Prozess.

Insgesamt zeigt der Haushaltsaufstellungsprozess, dass wir auf dem Weg zu einer integrierten Stadtpolitik deutliche Fortschritte gemacht haben, aber bei Weitem noch nicht am Ziel sind. Zu einer integrierten Betrachtung gehören die Berücksichtigung der verschiedenen Fachplanungen und Fachpolitiken und auch die Erkenntnis, dass es eine isolierte Finanzpolitik nicht gibt. Fiskalisch begründete Strukturprogramme werden schnell überkompensiert durch wirtschaftliche und soziale Prozesse. Und durch fiskalische Vorgaben ausgelöste Fehler in diesen Bereichen können gar mehr Schaden anrichten und am Ende die Finanzkraft schwächen.

Aber: Der Erhalt der finanziellen Leistungsfähigkeit insgesamt muss in der jeweiligen Fachpolitik ebenso mitbedacht werden. Er wird es bislang zu wenig. Ich will es deutlich formulieren - und diese Formulierung trifft nicht nur uns, sondern auch die anderen



politischen Ebenen: Die Addition der entwickelten Programme und Ziele ist mit einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht in Übereinstimmung zu bringen, zumindest nicht, wenn es nicht eine erhebliche Ausweitung der Staatsquote geben soll.

Dies wird besonders deutlich, wenn wir die Programme in eine weitere Zukunft und mit dem Gedanken des Vollausbaus weiterdenken: Krippenausbau, Ganztagsbetreuung, Ganztagschulen, Inklusion in allen Dimensionen, Ausbau und Erhalt aller Verkehrsträger sowie der Infrastrukturen im Sport-, Freizeit-, Jugend- und Kulturbereich, Verzicht auf regelmäßige Gebührenanhebungen, Sicherheitskonzepte wie Brandschutzbedarfsplan, Pflegestandards, breitflächige Stadterneuerungsprogramme in den Vororten.

Die Antwort kann dabei nicht darin liegen, die Konkurrenz und den Konflikt zwischen den verschiedenen Fachpolitiken zu verschärfen. Vielmehr geht es um ein ernsthaftes Bemühen um Prioritätensetzung innerhalb der Fachpolitik und innerhalb der Programme für bestimmte Ziele. Unseren Ansatz, uns auf effektive Maßnahmen zu konzentrieren, müssen wir konsequent verfolgen. Das kann nur die Leistung der einzelnen Fachverwaltung und der Fachausschüsse sein. Zu einer strukturell sinnvollen, fachlich fundierten Reaktion bei einer flächendeckenden Überzeichnung aller denkbaren Haushaltsansätze ist eine Finanzverwaltung nur begrenzt in der Lage. Auch brauchen wir eine Art „Kant'schen Imperativ“ für die Entwicklung von Projekten und Programmen. Ein Projekt oder Programm muss so angelegt sein, dass es tauglich und realistisch ist als der Maßstab für alle vergleichbaren Situationen und finanzpolitisch in der Perspektive flächendeckend umgesetzt werden kann.

Ich will es konkretisieren an einem Beispiel: In diesem Haushalt ist der Ausbau der Bertha-Hirsch-Schule zur inklusiven Ganztagschule vorgesehen. Wir haben einen - gegenüber der Anmeldung etwas reduzierten - Investitionsansatz auch aufgenommen. Beide Ziele „Inklusion“ und „Ausbau der Ganztagschule“ sind unbestritten. Im konkreten Fall bedeutet ihre Umsetzung an den derzeit gültigen fachlichen Standards einen Aufwand, der nicht weit entfernt von dem Preis liegt, zu dem wir einmal vor nicht so langer Zeit diese, immer noch in gutem Zustand befindliche Schule gebaut haben. Meine Frage dazu ist: Ist das maßstabsbildend? Wenn ja: Wie glaubwürdig wäre finanzpolitisch dann die Ankündigung eines Programms, das in nahezu 30 weiteren Schulen noch so zu realisieren? Ich verbinde also die Aufnahme dieses Projekts in den Haushalt mit der Aufforderung einer kritischen



Diskussion dieser Fragen und ihre Beantwortung vor einem konkreten Maßnahmenbeschluss. Aber es ist nur ein Beispiel.

Wir haben die Aufgabe, in den nächsten zwei Jahren unsere Fachprogramme kritisch zu bewerten und in der Gesamtschau zusammenzuführen, weil wir uns sonst übernehmen oder große Enttäuschungen produzieren. Und wir müssen diesen Fragen früher nachgehen. Denn Projekte, die über Jahre verfolgt werden und in der Fachöffentlichkeit diskutiert werden, sind - im Sinne der Verlässlichkeit und des Vertrauens - im Nachgang kaum noch in Frage zu stellen. Wir müssen deutlich kritischer umgehen mit der natürlich bequemen Aussage von Fachverwaltung und Politik, ein Projekt sei sinnvoll und gewünscht, nur aktuell noch nicht finanzierbar. Diese Aussagen schaffen auf Dauer politische Fakten. Und die Addition dieser Aussagen sprengt jeden finanziell darstellbaren Rahmen.

Von Seiten der Verwaltung werden wir in Bezug auf die Entwicklung von Bauprojekten dadurch reagieren, dass in einer dezernatsübergreifenden Kommission die Entwicklung und das Angehen von Neubau- und Sanierungsprojekten zunächst bewertet und begleitet wird, ähnlich wie wir dies für IT-Investitionen als Standard seit Jahren kennen.

Grundsätzlich stehen wir in Teilen der Infrastruktur vor der Herausforderung der Sicherung und des Gewinnens von Qualitäten durch Konzentration, insbesondere da wir durch die Ausweitung des Stadtgebiets zwangsläufig neue Infrastrukturen schaffen. Bei Sickinger- und Theodor-Heuss-Schule gelang eine Entscheidung unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise. Ansonsten besteht nach meinem Eindruck noch nicht einmal Konsens, dass dies zwingend ist. Scheinbar ist der ökonomische Druck noch nicht spürbar genug.

Der entscheidende, selbst zu beeinflussende Faktor für die finanzielle Leistungsfähigkeit und damit die Entwicklung unseres Haushalts ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Stadt. Deshalb sind alle Anstrengungen darauf auszurichten, die Wertschöpfung, die Zahl der Arbeitsplätze, die Arbeitsmarktintegration wie die Anzahl sozial stabiler Haushalte zu erhöhen.

Die Basis dafür ist ein komplexes Programm aus unmittelbar struktur- und wirtschaftsfördernden Maßnahmen, sozialer Integration, Bildungsinvestitionen, Attraktivierung des Wohnstandorts und Stärkung der urbanen Qualitäten und Maßnahmen



der Imagebildung. Sie gegeneinander auszuspielen, ohne das Gesamtkonzept zu erkennen, führt uns nicht weiter.

Mannheim hat einen außergewöhnlichen Aufschwung in den letzten Jahren erlebt. Wir sind nun in einer entscheidenden Phase, dies zu verstetigen. Dazu gehört, dass die Voraussetzungen für solche dynamischen Prozesse durch Gemeinderat und Stadtverwaltung erkannt werden, aber auch, dass wesentliche, die Stadt gestaltende Akteure dies ebenso tun. Und es ist zentral, dass Vision, konkrete Ziele und Umsetzungsschritte wahrnehmbar sind. Auf sie muss man sich beziehen können. Mit vielen Akteuren aus Wirtschaft und Bürgerschaft ist dies in den letzten Jahren in außergewöhnlichem Maß gelungen.

Dies ist schwieriger geworden. Natürlich sind zunächst wir selbst, Gemeinderat und Verwaltung gefragt, unsere Vision von Stadt und unsere konkreten Entscheidungen zu vermitteln. Wir brauchen aber auch ein Verständnis dafür, dass es so etwas wie ein Stadtklima gibt, das einen erheblichen Beitrag dazu leistet, ob die Motivation Einzelner, in der und für die Stadt etwas zu bewegen, befördert wird oder leidet. Dieses Stadtklima hat sich im letzten Jahr verändert und betroffen davon sind nicht allein Akteure der öffentlichen Verwaltung.

Litt Mannheim bislang oft unter fehlender Anerkennung von außen, mangelt es daran im Augenblick nicht. Die Veränderungsprozesse, die privaten Investitionen, die Konversion, die aktive kommunale Bildungspolitik, kulturelle Leistungen, Bürgerbeteiligung - all das findet überregionale, in Teilen internationale Resonanz. Parallel dazu wurde in der Stadt selten mit einer solchen Lust der Fokus auf den Mangel gerichtet.

Wir müssen uns dieser Frage und ihren Ursachen stellen, denn sie ist ein Standortfaktor. Die Frage, wie die Dynamik des Standorts eingeschätzt wird, ob Entscheidungen gelingen und verlässlich sind, ob Dinge gestaltet oder zerredet werden, hat höchste Relevanz für unsere Zielstellung, Wachstum zu generieren. Und es hat große Bedeutung für einen Standort, der nicht von allein und automatisch durch historische Zuschreibung und exzellente Ausgangsbedingungen als „sichere Bank“ gilt.



Neben den Sachfragen war dies für mich eine weitere Dimension, wieso ein positiver BUGA-Entscheid aus meiner Sicht für die Stadt so wichtig war. Der Bürgerentscheid war - gerade da, wo er Probleme offengelegt hat - eine wichtige Erfahrung.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung nicht gelungen ist, die Sinnhaftigkeit und den Nutzen des Projekts zu vermitteln. Es geht uns nicht um die Veranstaltung. Es geht auch nicht allein um das beste Mittel zur Umgestaltung von Spinelli. Es geht darum, ein aufmerksamkeitsstarkes, Investitionen erfahrungsgemäß anziehendes, die Stadt insgesamt erfassendes und gestaltendes Projekt zu schaffen, um damit die Herausforderung der Konversion anzugehen, die nur mit dem Gewinnen von Unternehmen und Menschen zu bewältigen sein wird. Wir brauchen eine solche Plattform, um die Lebensqualität und die Veränderung unserer Stadt zu kommunizieren! Gerade auch die beabsichtigte Qualitätsentwicklung basiert darauf, dass wir renommierte und qualifizierte Akteure für Mannheim interessieren. Das ist uns bislang gelungen - natürlich auch mit dem Verweis auf die Gestaltungskraft der Stadt und prominente Projekte. Sie sind kein Selbstzweck. Und sie wirken nicht nur nach außen.

Die positive Seite der letzten Monate ist sicher, dass mehr Menschen über diese Fragen und die Stadt nachgedacht haben. Als Aufgabe bleibt, das Verständnis für die Stadt und ihr Funktionieren, ihre Herausforderungen und Antworten noch mehr zum Thema zu machen.

Und natürlich stellt die Erfahrung der letzten Monate die Frage, wie langfristige Projekte überhaupt verlässlich angegangen werden sollen. Langfristige Projekte brauchen ein Bekenntnis zu einem Zeitpunkt, an dem im Wesentlichen nur ein Weg beschrieben werden kann. Sie sind also in besonderer Weise nur mit Vertrauen zu realisieren. Da es um einen Wechsel auf die Zukunft geht, ist die Vertrauensfrage nur schwer aus dem Prozess selbst heraus zu beantworten. Entscheidend ist die Erfahrung mit anderen Prozessen. Wir haben die Herausforderung, noch deutlicher zu machen, wie konsequent wir Qualitäten sichern, und zum Beispiel die gemeinsam mit der Bürgerschaft formulierten Ziele in der Konversion verfolgen.

Auf Turley haben wir mit einer sorgfältigen Investorenauswahl und einer bemerkenswerten Breite unterschiedlichster Akteure die so überaus anspruchsvollen Erwartungen der Bürgerschaft erfüllt. Auf Taylor entwickeln wir ein ebenso anspruchsvolles Konzept, das ohne jeden äußeren Druck 25 Prozent der Fläche für die Fortführung des Grünzugs nutzt



und diesen hochwertig gestaltet. Ein Konzept, das wahrscheinlich kaum ein Umweltverband überhaupt zu fordern gewagt hätte.

Eine klare Herausforderung ist zudem, eine Verständigung über Regeln zu erreichen. Wir investieren im Wortsinne und auch mit diesem Doppelhaushalt viel in Beteiligungsprozesse. Ihre Zielstellung ist die Erhöhung von Qualität der Entscheidungen und die Steigerung der Motivation, sich für das Gemeinwesen einzubringen. Beides hängt nicht allein an der Gestaltung der Prozesse durch die Stadt.

Die Motivation und Beteiligungsbereitschaft derer, die an der Gestaltung eines von ihnen befürworteten Projekts mitwirken wollen, sind ebenso schützenswürdig wie die Position jeweiliger Kritiker. Auch dazu brauchen wir eine Bewusstseinsbildung nach den jetzigen Erfahrungen.

Und natürlich steht in Frage, ob die Funktion eines Bürgerentscheids, die Legitimation und Bindungskraft einer Entscheidung zu erhöhen, eingelöst werden kann. Es sieht in der Analyse vieler Bürgerentscheide der letzten Jahre und unserer konkreten Erfahrung nicht danach aus. Hinzu kommt, dass ein Bürgerentscheid - im Gegensatz zur Bürgerbeteiligung im Allgemeinen - Menschen nicht zusammenführt.

Die wichtigste Anforderung aus den Erfahrungen ist für mich, den Anspruch „Mannheim verbindet“, der zunächst einen Rückschlag erlitten hat, nicht nur mit Bezug auf die Bundesgartenschau einzulösen. Der Bürgerentscheid hat einige Trennungslinien deutlich gemacht. Natürlich nie absolut, aber in der Tendenz: Jung und Alt, Kernstadt und Vororte, soziale Milieus.

Für die Bundesgartenschau bin ich optimistisch, dass sich mit ihr keine dauerhafte Spaltung verbindet. Wir sind hier in einer besseren Lage wie andere Städte und Gemeinden in den letzten Jahren nach einem Bürgerentscheid. Wir können nun zunächst gemeinsam klären: Was wollen wir alle gemeinsam auf dem Grünzug realisieren. Und: Wer das Wohl der Stadt verfolgt, der muss ein Interesse daran haben, dass ein beschlossenes Projekt gelingt. Dazu bekennen sich nicht alle, aber - ich gehe davon aus - ein großer Teil.

Aber der Auftrag des „Verbindens“ geht weit über die Bundesgartenschau hinaus: Soziale Spaltung bekämpfen und Begegnung zwischen Kulturen, Milieus und Generationen stärken,



die Identifikation mit der Stadt insgesamt stärken, das Gemeinsame suchen - das ist der Auftrag von „Mannheim verbindet“ und dies prägt viele unserer Maßnahmen und damit diesen Haushalt.

Kommen wir zur genaueren Beschreibung der

I. Rahmenbedingungen und Eckwerte der Haushaltsplanung

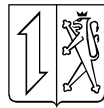
Kommunaler Haushalt nach dem Neuen kommunalen Haushaltsrecht (NKHR)

Als wir Ihnen am 25. Oktober 2011 den Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2012 und 2013 vorlegten, bedeutete dies eine Zäsur in der Finanzwirtschaft der Stadt Mannheim, denn dieser Doppelhaushalt wurde erstmals nach dem vom Landtag Baden-Württemberg am 22.04.2009 verabschiedeten Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts - landläufig bezeichnet als das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) - aufgestellt.

Das altbekannte Buchhaltungsverfahren der öffentlichen Verwaltung, die Kameralistik, wurde von der Doppik - der **Doppelten** Buchführung in **Konten** - abgelöst. Dies bedeutet einen Systemwechsel weg von der Zahlungsorientierung der Kameralistik, die die Mittelabflüsse einzelner Finanzpositionen belegte, hin zu der Ressourcenorientierung der Doppik, die den Blick stärker als bisher auf die Ziele des Verwaltungshandelns richtet sowie die damit verbundenen Budgets in den Vordergrund stellt.

Verbesserte Informationen über die Zusammensetzung des Verwaltungsvermögens und seine Finanzierung sowie mehr Transparenz hinsichtlich des tatsächlichen Ressourcenverbrauches einer Periode gehen einher mit der Anforderung, diesen Ressourcenverbrauch regelmäßig durch die Erträge derselben Periode zu decken und dadurch dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit Rechnung zu tragen. Dies sind die Vorteile, aber auch die Verpflichtungen, die das neue Haushaltsrecht mit sich bringt.

Im Rahmen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) steht neben der Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) und der Finanzrechnung, die Sie aus dem Haushaltsplan bereits kennen, die Vermögensrechnung in Form einer Bilanz im Mittelpunkt.



In der Bilanz (Vermögensrechnung) erfolgt eine komprimierte Darstellung des Inventars, d.h. der Vermögensgegenstände und Schulden der Kommune.

Mit der Einführung des NKHR ist eine Eröffnungsbilanz zu erstellen, die erstmals einen vollständigen Aufschluss gibt über die Vermögenslage der Stadt Mannheim zum Eröffnungsbilanzstichtag 01.01.2012. Sie zeigt, wie sich das städtische Vermögen zusammensetzt und wie es finanziert wurde.

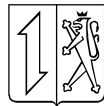
Zu diesem Zweck müssen alle Vermögensstände (z.B. Straßen, Brücken, Grundstücke, Gebäude, Bäume) in einem sehr aufwändigen Verfahren zum großen Teil erstmals erfasst und bewertet werden.

Wir gehen derzeit davon aus, dass bis zu den Etatberatungen im Dezember eine vorläufige Eröffnungsbilanz vorgelegt werden kann. Für die Einschätzung der Entwicklung und der Ausgangslage ist die Vorlage der Eröffnungsbilanz von erheblicher Bedeutung. Die ersten, vorläufigen Eröffnungsbilanz-Werte, die noch teilweise unter dem Vorbehalt der Prüfung durch die Rechnungsprüfung stehen, ergeben eine Bilanzsumme von rund 2,3 Mrd. Euro. Das Basiskapital beläuft sich momentan auf 1,1 Mrd. Euro. Es ergibt sich aus dem Vermögen abzüglich von Rücklagen und Rückstellungen, Sonderposten für erhaltende Investitionszuschüsse, Rechnungsabgrenzungsposten und Verbindlichkeiten. Dieses Basiskapital zuzüglich Rücklagen ist 2012 natürlich deutlich gestiegen.

Künftig erhalten Sie jeweils zusammen mit dem Jahresabschluss die Fortschreibung der Bilanz und können daraus beispielsweise die Veränderungen des Anlagevermögens, des Kassenstandes, der Forderungen und Verbindlichkeiten ansehen.

Aufbauend auf unsere gemeinsamen sieben strategischen Ziele wurden Managementziele für jeden Fachbereich entwickelt und in den Haushaltsplan integriert. Damit wurde erstmals bereits im Haushaltsplan transparent dargestellt, welche Leistungen in der Verwaltung erbracht werden, welche Wirkungen wir damit erzielen wollen und welches Budget dafür zur Verfügung steht.

Die umfassende Integration des Strategischen Zielsystems in den Haushalt ging bereits in diesem ersten Entwicklungsstadium weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus und zeigte, dass die Einführung des NKHR einen entscheidenden Baustein im Rahmen des



Gesamtentwicklungsprozesses hin zu einem wirkungsorientierten Steuerungssystem für die Stadt Mannheim darstellt. Es bietet völlig neue Ansatzpunkte für eine strategische, wirkungsorientierte Planung und Steuerung nicht nur des kommunalen Haushaltes, sondern der Verwaltung insgesamt.

Auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen und Ihrer Rückmeldungen zu dem „Managementzielsystem 1.0“ haben wir dieses Planungs- und Steuerungssystem für den aktuellen Haushalt weiterentwickelt.

Um die eindeutige und überschneidungsfreie Verbindung von Zielen und Objekten der Kosten- und Leistungsrechnung (Produkte, Teilleistungen, Kostenträger) zu erreichen, wurden jetzt zwei Zielkategorien von Managementzielen eingeführt: 1. Leistungsziele, 2. Wirkungsziele.

Im Haushaltsplanentwurf 2014/2015, den wir Ihnen heute vorlegen, werden die von Ihnen abgenommenen Leistungsziele mit Produkten und Budgets verbunden. Für die Wirkungsziele werden die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen und Budgets sowie die dafür vorgesehenen Investitionen abgebildet. Auf diese Weise ist es erstmals gelungen, die Aufwendungen und Erträge der Fachbereichsbudgets nahezu vollständig mit dem Zielsystem zu verknüpfen. Dies soll es Ihnen ermöglichen, zielbezogen über die Planansätze zu beraten und Haushaltsentscheidungen in Kenntnis der Auswirkungen auf die Ziele zu treffen.

Darüber hinaus geben Leistungs- und Wirkungskennzahlen qualitative und quantitative Hinweise auf die Leistungserstellung sowie die angestrebte und die tatsächliche Zielerreichung.

Ich hoffe, Sie sind mit mir der Meinung, dass wir mit dem nun vorliegenden Planentwurf einen weiteren wichtigen Entwicklungsstand erreicht haben. Der Informationsgehalt des Haushaltsplanes wurde noch einmal deutlich gesteigert. Wir werden dieses Planungs- und Steuerungssystem sowie die Qualität der Ziele und Kennzahlen auch in Zukunft unter Berücksichtigung der jeweiligen Erfahrungen weiterentwickeln.



Die Lage der deutschen Städte

Bei aller Notwendigkeit sich zuallererst mit der eigenen Situation auseinanderzusetzen, ist eine Beurteilung der Lage ohne einen Blick auf die Entwicklung der gesamten kommunalen Finanzen nicht möglich.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Kollege Dr. Ulrich Maly, sagte, stellen „die Städte mit ihren Leistungen der Daseinsvorsorge und ihren Investitionen in die Infrastruktur für Soziales, Bildung und Verkehr zentrale Grundlagen für das städtische Leben und Wirtschaften und damit für einen großen Teil der Bevölkerung in Deutschland“ sicher. Darin sehen die Kommunen ihre Aufgaben, denen sie im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung gerne nachkommen wollen - zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Denn die Kommunen sind der Ort, an dem die Politik den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten kommt. Hier werden die Wirkungen politischen Handelns täglich erfahrbar, etwa wenn Familien sich fragen, ob in Krippe, Kindergarten oder Schule die Betreuung ihrer Kinder sichergestellt ist, wenn Auto- und Radfahrer sich über den Zustand der Straßen Gedanken machen oder darüber diskutiert wird, ob Integration und soziale Sicherung gelingen. Daneben steht immer die Frage, ob neben Pflichtaufgaben noch finanzielle Freiräume für Kultur, Theater und Museen, für ein Schwimmbad oder die Grünanlage und den Spielplatz um die Ecke bleiben, aber auch beispielsweise für die Wirtschaftsförderung, die die strukturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadt unterstützen soll.

Für das Zusammenleben und die Lebensqualität in den Städten sind die Anforderungen an die Systeme der sozialen Hilfen, die Förderung von Integration, Bildung und Teilhabe in den vergangenen Jahren beständig gestiegen. Gesellschaftliche Entwicklungen, Veränderungen in den familiären Strukturen und der demografische Wandel stellen nicht nur die Menschen und die Familien vor neue Herausforderungen, sondern auch insbesondere die Städte, soweit sie für die Bereitstellung der entsprechenden Leistungen und der dazugehörigen Infrastruktur verantwortlich sind.

Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und der Entlastungen, die der Gesetzgeber im Einzelfall für die Kommunen schafft - wie beispielsweise durch die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund - ist die kommunale Finanzierung nach wie vor unzureichend, da immer wieder neue Aufgaben ohne einen entsprechenden Ausgleich übertragen werden.

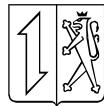


Eine aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen zu erhalten bzw. wieder herzustellen, ist daher ein Kernanliegen in den Forderungen, die der Deutsche Städtetag Anfang Oktober in Berlin an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung richtete. „Die Städte müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ohne Haushaltsdefizite zu erfüllen. Ein ausreichender finanzieller Spielraum ist für den Infrastrukturerhalt, Infrastrukturumbau und weitere Investitionen zu schaffen. Weitere Entlastungen bei den kommunalen Sozialausgaben müssen in dieser Legislaturperiode folgen.“

Diese Entlastung erhoffen sich die Städte insbesondere durch ein eigenes Bundesleistungsgesetz, in das die Leistungen für Menschen mit Behinderungen überführt werden sollen. Der Städtetag weist darauf hin, dass bundesweit allein zwischen 2007 und 2011 die gesamten Ausgaben der Eingliederungshilfe von 11,29 auf 14,4 Mrd. Euro gestiegen sind. Dies bedeutet eine Steigerung um 27,58 Prozent in fünf Jahren. In Mannheim ist der Transferaufwand in diesem Zeitraum um 24,27 Prozent von 34,2 Mio. Euro auf 42,5 Mio. Euro gestiegen und wird für 2014 mit 49,8 Mio. Euro und 2015 mit 52,1 Mio. Euro veranschlagt. Derartige Steigerungen sind von den Kommunen nicht mehr ohne spürbare Leistungseinschnitte in anderen Bereichen finanzierbar.

Wir sind der Auffassung, dass die Förderung von Menschen mit Behinderung keine kommunale, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Neben einer tatsächlichen wesentlichen finanziellen Entlastung erwarten die Kommunen von einem eigenen Bundesleistungsgesetz eine inhaltlich fachliche Weiterentwicklung, die den Gedanken der personenzentrierten Leistungen aufgreift und den Trägern der Sozialhilfe verbesserte Steuerungsfunktionen bietet.

Weitere Erwartungen und Forderungen, die der Städtetag für seine Mitgliedsstädte an die Bundesregierung stellt, betreffen unter anderem den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung, der sich am tatsächlichen Bedarf vor Ort ausrichten muss, gesicherte Verantwortungs- und Finanzierungsregelungen für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen sowie höhere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und eine stärker steuernde Wohnungspolitik. Wir sind froh, dass der Städtetag hier jene Themen aufgreift und anspricht, mit denen die Kommunen sich intensiv befassen und bei denen sie auf Unterstützung angewiesen sind. Wir teilen den Appell an die künftige Bundesregierung, ihre Politik kommunalfreundlich auszurichten und so der Rolle der Kommunen für die Menschen in unserem Land gerecht zu werden.



Rückblick auf den Doppelhaushalt 2012 und 2013

Während die Aufstellung des vorletzten Doppelhaushalts im Zeichen der großen weltweiten Wirtschaftskrise stand, war der Doppelhaushalt 2012/2013 bereits geprägt von der Annahme, dass sich die Konjunktur stabilisieren bzw. erholen würde.

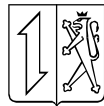
Auf dieser Grundlage gingen wir von einer moderaten Steigerung der Gewerbesteuer aus. Auf der Basis der Steuerschätzung im Mai 2011 und dem prognostizierten Ergebnis des Jahres 2011 in Höhe von 260 Mio. Euro veranschlagten wir die Gewerbesteuer mit 273,9 Mio. Euro im Jahr 2012 und für 2013 mit 280,8 Mio. Euro. Im Rahmen der Finanzplanung gingen wir von 291,1 Mio. Euro im Jahr 2014 und für 2015 von 296,3 Mio. Euro aus.

Nachdem bereits das Jahr 2011 mit einem Ergebnis von 274,7 Mio. Euro besser abschloss als geplant, entwickelte sich das Jahr 2012 erfreulich und im Dreivierteljahresbericht gingen wir bei der Gewerbesteuer bereits von einer Verbesserung um 43,6 Mio. Euro netto zum Jahresende aus.

Kurz vor Jahresende erreichten uns Sonderzahlungen aus Gewerbesteuerprüfungsverfahren in Höhe von 85 Mio. Euro, durch die das Ergebnis der Gewerbesteuer auf einen bisher nie auch nur annähernd erreichten Wert von 401,5 Mio. Euro stieg. Der überwiegende Anteil dieser Sonderzahlungen wird von den Pflichtigen bestritten und muss in einem so genannten Verständigungsverfahren geklärt werden, so dass zu einem späteren Zeitpunkt eine Rückzahlung durch uns erforderlich werden kann. Mit einer rechtsverbindlichen Entscheidung ist jedoch nicht vor 2015/2016 zu rechnen. Mit den Beschluss-Vorlagen „Finanzplanung 2012 - 2016“ (BV 44/2013) und „Übertragung Haushaltsermächtigungen (BV 390/2013) hatten wir Sie darüber informiert.

Für die Auswirkungen der Gewerbesteuer auf den Finanzausgleich und für den Fall, dass es zu einer Rückzahlung kommt, bildete die Verwaltung im Jahr 2012 eine entsprechende Rückstellung, um die Belastungen in den Folgejahren angemessen auffangen zu können.

Bei den Personalaufwendungen waren im Jahr 2012 257,2 Mio. Euro geplant, das Ergebnis betrug 253,4 Mio. Die Bildung einer Rückstellung für Altersteilzeit mit 4,8 Mio. Euro ist hierin bereits enthalten. Da die Inanspruchnahme aus dieser Rückstellung um rund 700.000 Euro höher als die Zuführung war und weil Auszubildende früher als geplant auf Planstellen



untergebracht werden konnten, kam es zur Unterschreitung des Ansatzes um rund 3,8 Mio. Euro. Weitere Einsparungen ergaben sich aufgrund der Fluktuation und verzögerter Stellenbesetzung im Bereich der Krippen.

Für 2013 liegt der Ansatz bei 263,6 Mio. Euro, der mit einem voraussichtlichen Ergebnis von 262,8 Mio. Euro knapp unterschritten wird.

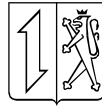
Beim Sachaufwand steht im Jahr 2012 dem Ansatz von 156,7 Mio. Euro ein Ergebnis von 173,3 Mio. Euro und damit ein Mehraufwand von 16,6 Mio. Euro gegenüber, der überwiegend für die Unterhaltung der Gebäude anfiel. Im Jahr 2013 beträgt der Sachaufwand voraussichtlich 186,7 Mio. Euro. Bei einem Ansatz von 178 Mio. Euro bedeutet dies einen Mehraufwand von rund 8,7 Mio. Euro, der wiederum zu einem großen Teil für erhöhte Bauunterhaltung sowie eine Steigerung der Energiekosten eingesetzt wurde.

Bei den Sozialaufwendungen schließen wir nach 179,3 Mio. Euro im Jahr 2011 im Jahr 2012 mit einem Ergebnis von 179,8 Mio. Euro (ohne die Bundeserstattung für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von 14 Mio. Euro wären es 193,8 Mio. Euro) und 2013 voraussichtlich mit 182,9 Mio. Euro ab (ohne Erstattung Grundsicherung im Alter in Höhe von 27,5 Mio. Euro wären es 210,4 Mio. Euro).

Aufgrund der außerordentlich hohen Gewerbesteuererträge schließen wir das Jahr 2012 im Ergebnishaushalt mit einem Überschuss von 66,3 Mio. Euro ab. Dabei sind Rückstellungen für Altersteilzeit sowie Steuerrückzahlung und Finanzausgleich in Höhe von 113,8 Mio. Euro bereits berücksichtigt. Vor allem aufgrund niedrigerer Steuereinnahmen und einer höheren Finanzausgleichsumlage verschlechtert sich das Ergebnis des Jahres 2013 um 4,7 Mio. Euro gegenüber dem Ansatz, schließt aber voraussichtlich noch mit einem Überschuss von rund 26,3 Mio. Euro ab.

Damit ist es in beiden Jahren gelungen, die Abschreibungen zu erwirtschaften, obwohl der Gesetzgeber dies erst ab 2016 vorschreibt.

Aus dem Finanzhaushalt wurden im Jahr 2012 Investitionen in Höhe von 87,2 Mio. Euro geleistet, im Jahr 2013 werden es voraussichtlich 100 Mio. Euro sein. Davon werden rund 72 Mio. Euro für Baumaßnahmen, 15 Mio. Euro für Investitionsförderung und 13 Mio. Euro für Vermögenserwerb eingesetzt.



Das Haushaltsstrukturprogramm wird weiter benötigt

Zu dem Überschuss im Ergebnishaushalt hat das Haushaltsstrukturprogramm 2013, das im Rahmen der Etatberatungen 2010/2011 beschlossen wurde, einen wichtigen Beitrag geleistet.

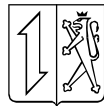
Ziel des Haushaltsstrukturprogramms war es, den Haushaltsausgleich wieder aus dem Ergebnishaushalt, d.h. ohne Rückgriff auf Einnahmen des Finanzhaushaltes, zu erreichen. Das Programm umfasst nachhaltige Verbesserungen sowohl auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabenseite und wurde auf Basis der Vorschläge der Fachbereichsleitungen erstellt.

Im Haushaltsjahr 2010 wurden trotz der Kurzfristigkeit bereits 1,7 Mio. Euro erbracht. In den Folgejahren steigerten sich die Beträge auf 5 Mio. Euro in 2011 und 9,2 Mio. Euro im Jahr 2012. Ab diesem Jahr ist die volle Finanzwirkung von 20,7 Mio. Euro veranschlagt und wird im Wesentlichen auch erreicht. Wo dies nicht auf der Grundlage der ursprünglich gemeldeten Maßnahmen möglich war, waren die Fachbereiche und Dezernate gefordert, nachhaltige Ersatzmaßnahmen vorzuschlagen.

Die Umsetzung dieses Haushaltstrukturprogramms bedeutete für die Fachbereiche eine enorme Anstrengung. Um eine weitere nachhaltige Verbesserung des Haushaltes zu erreichen ist es jedoch geboten, weitere strukturelle Einsparungen vorzunehmen oder Mehrerträge zu erzielen. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf enthält bereits ab dem Jahr 2015 steigende Ansätze für ein weiteres Haushaltsstrukturprogramm, mit dem der Haushalt 2015 um 1,5 Mio. Euro, 2016 um 3 Mio. Euro und 2017 um 15 Mio. Euro verbessert werden soll. Ein entsprechendes Konzept wird im Laufe des Jahres 2014 entwickelt.

Doppelhaushalt 2014/2015: Entwicklung der Eckwerte und Schwerpunkte

Auf Basis der Steuerschätzung des Monats Mai 2013 und dem prognostizierten Ergebnis 2013 von 264,4 Mio. Euro gehen wir davon aus, dass die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren die Ansätze für 2014 mit 301,3 Mio. Euro, für 2015 mit 311,5 Mio. Euro erreichen wird. Eine Hebesatzerhöhung schlagen wir Ihnen bei diesem Stand weder bei der Gewerbesteuer noch bei der Grundsteuer vor.



Im Kommunalen Finanzausgleich haben wir zur Ansatzberechnung die Orientierungsdaten des Landes zugrunde gelegt. Nachdem für 2013 noch keine Berechnung auf neuer Bevölkerungsbasis erfolgte, wirkt sich der Rückgang der Bevölkerungszahlen durch den Zensus 2011 im Jahr 2014 mit 50 Prozent und 2015 mit 75 Prozent aus. Durch die höheren Pro-Kopf-Beiträge entsteht gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung kein Minderertrag.

Bei den Personalaufwendungen wirken sich die Tarifsteigerungen aus der letzten Tarifrunde (Volumen rund 6,5 Prozent) entsprechend aus. Bei der Haushaltsplanung wurden neue Tarifsteigerungen in Höhe von 1,6 Prozent je Jahr eingerechnet. Der geplante Personalaufwand beträgt im Jahr 2014 274,8 Mio. Euro und 2015 284,3 Mio. Euro. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber 2013 um rund 4,59 Prozent im Jahr 2014. Im Jahr 2015 steigen die Personalaufwendungen um weitere 3,48 Prozent gegenüber 2014.

Im Bereich der Sachausgaben sehen Sie mit 175 Mio. Euro und 177,9 Mio. Euro Steigerungen von 1 Prozent bzw. 2,6 Prozent insgesamt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die deutlich steigende Rate an die BBS zur Übergabe weiterer Schulen aus dem Sachaufwand ausgegliedert wird. In dieser Dimension werden die Bau- und Straßenunterhaltsaufwendungen im Sachausgabenbereich gesteigert.

Die Netto-Sozialaufwendungen zeigen 2014 mit 180,5 Mio. Euro und 2015 mit 177,5 Mio. Euro erstmals einen Rückgang gegenüber 179,8 Mio. Euro im Jahr 2012 und 182,9 Mio. Euro 2013. Denn trotz weiterer Steigerungen bei anderen Hilfearten bewirkt die Kostenübernahme durch den Bund im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine spürbare Entlastung. Sie beträgt im Jahr 2014 rund 34,7 Mio. Euro und 2015 37,8 Mio. Euro.

Bei ordentlichen Erträgen von 1.102,2 Mio. Euro und ordentlichen Aufwendungen von 1.087,6 Mio. Euro rechnen wir im Jahr 2014 für den Ergebnishaushalt mit einem Überschuss von 14,6 Mio. Euro in 2014. 2015 beträgt der Überschuss voraussichtlich 24,5 Mio. Euro, 21,6 Mio. Euro in 2016 und 35,3 Mio. Euro in 2017.

Betrachtet man nur die zahlungswirksamen Vorgänge im Ergebnishaushalt also ohne die Auflösung der 2012 gebildeten Rückstellung, so schließt er 2014 aufgrund der durch das Sonderergebnis 2012 ausgelösten niedrigen Finanzaufweisungen mit -17,7 Mio. Euro ab.



Diese werden dann im Finanzhaushalt aus Kassenmitteln - sozusagen aus der Rückstellung gedeckt. An Kassenmitteln stehen 2014 für die Finanzierung der Investitionen 75,8 Mio. Euro zur Verfügung sowie 39,7 Mio. Euro aus Erlösen und Investitionszuweisungen. Im Jahr 2015 stehen Eigenfinanzierungsmittel aus dem Überschuss des Ergebnishaushaltes in Höhe von 43,3 Mio. Euro zur Verfügung, in den Jahren 2016 und 2017 sind es nach Planung 39,1 Mio. Euro bzw. 51,7 Mio. Euro. Ausgehend von einer Kreditaufnahme in Höhe von 29,7 Mio. Euro im Jahr 2014 sowie jeweils 29,2 Mio. Euro in den Folgejahren ergibt sich ein Investitionsvolumen von 99 Mio. Euro im Jahr 2014. Für 2015 sind Investitionen von 107,4 Mio. Euro eingeplant. Die Ansätze in der Finanzplanung für 2016 und 2017 betragen 82,4 Mio. Euro bzw. 66,8 Mio. Euro.

Im Finanzhaushalt sind umfangreiche Investitionen in die Zukunft unserer Stadt vorgesehen. Nach der erfolgreichen Durchführung des Krippenausbauprogramms und der Erreichung der Betreuungsquote von 35 Prozent erfolgt in den nächsten Jahren ein weiterer Ausbau bis ca. 40 Prozent, da wir davon ausgehen, dass der tatsächliche Bedarf in einer Großstadt wie Mannheim höher liegt als für den Rechtsanspruch kalkuliert. Insgesamt sind für Krippen und Kindertagesstätten 2014 8,4 Mio. Euro und für 2015 7,3 Mio. Euro etatisiert.

Wesentliche Investitionen erfolgen wieder im Bereich der Schulen teilweise in Form von Generalsanierungen, die einzelne Standorte von Grund auf ertüchtigen, aber beispielsweise auch Brandschutzmaßnahmen. Im Jahr 2014 sind 18,5 Mio. Euro, im Jahr 2015 22,1 Mio. Euro für Schulinvestitionen (Bau und Ausstattung) eingestellt. Investitionen in die Verkehrswege, die Straßen und Brücken, bilden neben der Weiterentwicklung des Glückstein-Quartiers mit der Verlegung der Feuerwache weitere Schwerpunkte.

Wie in den Vorjahren werden wir bei planmäßigem Verlauf auch in den Jahren 2014 bis 2017 ohne Nettoneuverschuldung auskommen. Stattdessen wollen wir den Schuldenstand der Kernverwaltung einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte von 652,5 Mio. Euro Ende 2013 bis 2017 auf 616,3 Mio. Euro zurückführen.

Der Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2014 und 2015 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2017, die wir Ihnen heute vorlegen, beinhalten insgesamt einen positiven Gesamtsaldo des Ergebnishaushaltes. Wie bereits 2012 und 2013 werden wir auch in den Folgejahren die Abschreibungen im Ergebnishaushalt erwirtschaften und das selbst gesetzte Verbot der Nettoneuverschuldung einhalten.



Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte umfassen unter anderem ein Werthaltigkeitsdarlehen für die Sparkasse und ein Refinanzierungsdarlehen beim Deutschen Sparkassenverband. Das Refinanzierungsdarlehen wird von Seiten der Sparkasse getilgt. Die Tilgung des Werthaltigkeitsdarlehens über ursprünglich 76 Mio. Euro erfolgt aus dem städtischen Haushalt mit jeweils 6,4 Mio. Euro pro Jahr. Im Jahr 2019 erfolgt die letzte Zahlung.

II. Zielsystem für zukunftsorientiertes Handeln und Haushalten

Im Doppelhaushalt 2012/2013 haben wir erstmals ein Managementzielsystem zur Steuerung unserer Prozesse und Ergebnisse eingesetzt. Der Ressourcenbedarf für einzelne Ziele und Maßnahmen wurde in großen Teilen transparent dargestellt. Die bisherige Struktur der Kosten- und Leistungsrechnung führte allerdings dazu, dass eine eindeutige Zuordnung von Zielen/Maßnahmen und Ressourcen sehr schwierig war, so dass eine valide Schätzung des Budgets erfolgte. Das Zielsystem sollte so weiterentwickelt werden, dass dem Gemeinderat eine zielbezogene Beratung über die Planansätze und Haushaltsentscheidungen in Kenntnis der Auswirkungen auf die Ziele möglich werden sollte. Die Aufwendungen und Erträge sollten im neuen Zielsystem vollständig mit Zielen verknüpft sein.

Gemäß dieser Vorgaben haben wir das Zielsystem in einem verwaltungsweiten Arbeitsprozess aller Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe weiterentwickelt. Um die eindeutige und überschneidungsfreie Verbindung von Zielen und Objekten der Kosten- und Leistungsrechnung (Produkte, Teilleistungen, Kostenträger) zu erreichen, wurden jetzt mit Leistungs- und Wirkungszielen zwei Kategorien von Managementzielen eingeführt.

Der Gemeinderat war konstant am Entwicklungsprozess beteiligt. Schon im Februar 2012 wurde er in einem Informations-Workshop mit den grundlegenden Veränderungen des neuen Zielsystems vertraut gemacht. Von April bis Juli 2012 diskutierten die Fachausschüsse die bis Ende 2013 geltenden Managementziele. Die Rückmeldungen aus den Ausschüssen dienten als Grundlage für die Überarbeitung für den Haushalt 2014/2015.

Von September 2012 bis Januar 2013 erarbeiteten alle 36 Fachbereiche, Ämter und Eigenbetriebe in Workshops ihre Zielsysteme für den Haushalt 2014/2015. Unterstützt wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Referat „Strategische Steuerung“ und einem externen Moderationsteam.



Die in Teilen neu formulierten Ziele sind über die Produkte aus dem Produktkatalog Baden-Württemberg jetzt zu 100 Prozent mit dem Haushalt verknüpft. Im Bereich der Wirkungsziele, welche die Verbindung des Handelns und Wirkens der Stadtverwaltung mit den strategischen Zielen darstellen, ist eine solch umfassende Verknüpfung noch nicht möglich. Über Kostenträger und Teilleistungen gelingt jedoch bereits jetzt eine weitgehende Budgetabdeckung.

Die Ergebnisse der Zielworkshops flossen unmittelbar in die Anfang 2013 beginnenden Sitzungen von zwölf Fachausschüssen sowie in drei Hauptausschusssitzungen des Gemeinderats ein. Hier wurden sie bis Ende März 2013 nochmals diskutiert. Gerade in den Fachausschüssen konnten noch einmal wertvolle Impulse aus dem Gemeinderat aufgenommen werden, so dass es zu einer weiteren Nachbearbeitung kam. Bis Ende September wurden die Zielsysteme für den Haushaltsentwurf 2014/2015 auf Basis dieses Sachstands von der Verwaltung fertiggestellt.

Damit steht der neue Haushalt auch im Zeichen des erfolgreichen Wandels unserer Organisation: Die Transparenz über die eingebrachten Ressourcen und die verfolgten Ziele ist gegenüber dem klassischen Produkthaushalt deutlich verbessert, zugleich wird die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung weiter gestärkt. Während die Haushaltsabstimmung und die Entscheidung im Gemeinderat in der Vergangenheit den Zeitraum zwischen der Etatrede und den Etatberatungen umfasste, wird der Rat die Umsetzung des Zweijahresplans in Zukunft permanent mitgestalten. In Zukunft werden wir dem Gemeinderat jährlich zu den Leistungs- und Wirkungszielen Bericht erstatten. Auf Basis dieser Transparenz und des daraus resultierenden Informationsstands kann der Gemeinderat nachvollziehen, ob die eingebrachten Ressourcen zum angestrebten Erfolg führen und die Fortschreibung der Planungen für den Haushalt schon frühzeitig entsprechend mitsteuern.

Hierbei wird deutlich, der Haushalt ist kein „Regierungsprogramm“, sondern spiegelt die finanztechnische Abwicklung des laufenden, vom Gemeinderat beschlossenen kommunalpolitischen Geschehens wider. Hierbei müssen wir uns vor Augen führen, dass wir keine isolierte Finanzpolitik betreiben, sondern immer Bezüge zur Fachpolitik und auch umgekehrt herstellen und hierbei Ressourcenkonkurrenzen beachten müssen. Um diese Konkurrenzen bei unserer Investitionsplanung künftig besser beurteilen und steuern zu können, werde ich ein „Controllerteam Investitionsplanung“, vergleichbar der „KIV“ für die



Informationsverarbeitung, einrichten. Dem Team werden Mitarbeiter der Fach- und Finanzverwaltung angehören.

Das Managementzielsystem 2.0 stellt insgesamt einen weiteren Schritt der Optimierung des Handelns und Wirkens der Stadtverwaltung für Mannheim dar.

Eine Fokussierung auf Ergebnisse im Sinne von Output ist nicht genug. Die Wirkung muss Maßstab für die Auswahl und Optimierung der Maßnahmen der Verwaltung sein.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Mannheim hat in seinen sieben strategischen Zielen die Wurzeln für ein nachhaltig orientiertes Verwaltungsmanagement gelegt. Die Gesamtstrategie und das Zentralziel, die Vision einer wachsenden Stadt mit einer nach Prinzipien der Demokratie und Gerechtigkeit agierenden Stadtgesellschaft, fußen neben den Mannheimer Besonderheiten auf der Agenda 21 und sind auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Auf dieses Ziel richten sich auch der Beitritt zu verschiedenen Chartas und die Deklaration eigener Handlungskonzepte.

Diese Pflichten, darunter die Agenda 21, die EU-Gleichstellungscharta und die Klimaschutzkonzeption 2020 decken alle Bereiche der Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales ab. Sie lassen sich in die Gesamtstrategie der Stadt Mannheim einordnen und priorisieren. So werden die Verpflichtungen in dezernatsübergreifende Maßnahmen übersetzt, die sich über das Managementzielsystem und die entsprechenden Indikatoren messen lassen. Der Haushalt 2014/2015 mit seinem wirkungsorientierten Zielsystem erleichtert die budgetäre Steuerung.

Mannheim kann sich in der Konkurrenz der Städte und Regionen, die im deutschen, im europäischen wie auch im globalen Zusammenhang geprägt ist vom demografischen Wandel, dem Mangel an Fachkräften und qualifizierten Arbeitskräften, dem Wettbewerb um Neubürgerinnen und Neubürger, dem Streben nach Attraktivität und Lebensqualität, aber auch von zunehmender Armutsmigration und wachsendem Misstrauen gegenüber den Institutionen der Demokratie nur authentisch und erfolgreich positionieren, wenn wir bereits heute tun, was morgen wirkt. Es gilt, nachhaltige und bestmögliche Strukturen auch für die kommenden Generationen zu schaffen.



Untermauert wird die konzeptionelle Überzeugungskraft dieses Wegs durch verschiedene Auszeichnungen und die internationale Wahrnehmung, die wir für unsere wirkungsorientierten Strategien und deren Umsetzungen erhalten: Mitte Oktober war die Stadt Mannheim einzige teilnehmende Kommune aus Europa am CityLab, einem internationalen Bürgermeister-Kongress in New York. Dort waren insbesondere unsere Innovationen aus dem Reformprozess Change² und unsere Gesamtstrategie gefragt. Bereits 2011 wurde Mannheim als Finalist für den European Public Sector Award (EPSA) in der Hauptkategorie „Smart Public Service Delivery in a Cold Economic Climate“ prämiert. Mit besonderer Freude erfüllt uns außerdem die Nominierung im Themenfeld „Governance und Verwaltung“ für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2013.

III. Rückblick auf Verwaltungsmodernisierung Change² von 2007 bis 2013 und Fortführung von Change² in neuer Struktur

Unter dem Namen „Change² - Wandel im Quadrat“ haben wir 2008 ein umfassendes Modernisierungsprogramm gestartet, das Mannheim zu einer der modernsten Verwaltungen Deutschlands machen soll. Was wir unter Modernität verstehen, haben wir mit drei Kriterien definiert:

1. Arbeit nach Zielen,
2. systematische Entwicklung von Organisation und Personal,
3. Bereitschaft zur Veränderung.

Der Prozess selbst basierte auf zwei Säulen: der Abarbeitung eines 36 Projekte umfassenden Masterplans (strukturelle Veränderungen) und der Umsetzung eines umfangreichen Spektrums an Kommunikationsformen, Dialogformaten sowie Befragungs- und Führungsinstrumenten (kulturelle Veränderungen).

Ende des Jahres werden wir die erste Etappe dieses Prozesses zum Abschluss bringen. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Führungskräfte und Personalvertretungen, die in den vergangenen Jahren an Change² beteiligt waren, haben in dieser Zeit Herausragendes geleistet. Auch Sie, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, waren intensiv in die Projektarbeit eingebunden, wie unter anderem bei der Entwicklung der Gesamtstrategie und



bei der Reform der Gemeinderatsarbeit. Dieser Haushaltsentwurf 2014/15 ist mit seinem wirkungsorientierten Ansatz letztlich ebenfalls ein Produkt dieser Verwaltungsreform.

An einigen konkreten Erfolgen will ich verdeutlichen, dass sich der Prozess gelohnt hat.

Zunächst ein Beispiel aus dem Bereich Wirtschaftskontakte:

VOR CHANGE² war unter den Standortakteuren nicht klar, wofür der Wirtschaftsstandort Mannheim steht. Der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter war und ist niedrig, zu viele gut ausgebildete junge Menschen verließen nach Ausbildung oder Studium die Stadt.

MIT CHANGE² wurde eine wirtschaftspolitische Strategie sowie eine Talent- und Fachkräftestrategie entwickelt. Die Strategie definiert Bereiche, in denen Mannheim Schwerpunkte setzen will: bei der Medizintechnologie, Elektromobilität und Kreativwirtschaft, aber auch bei der aktiven Bestandspflege bereits ansässiger Unternehmen. Dafür hat sich der Fachbereich „Wirtschaft- und Strukturförderung“ organisatorisch völlig neu aufgestellt. Im Ranking 2012 der „Wirtschaftswoche“ zeigten sich erste positive Effekte: Platz 4 für Mannheim unter 50 deutschen Großstädten bei der Steigerung des Anteils Hochqualifizierter.

Auf die strategische Steuerung hatte ich bereits Bezug genommen:

VOR CHANGE² gab es keine gesamtstädtische Ausrichtung auf gemeinsame Ziele. Verfolgt wurden lediglich Finanz- und Budgetziele.

MIT CHANGE² gibt es seit 2009 eine Gesamtstrategie für die Stadt Mannheim, bestehend aus einem Zentralziel und sieben strategischen Zielen. Von den strategischen Zielen wurden Managementziele für alle Dienststellen abgeleitet. Auf deren Basis schließen Dezernenten mit ihren Dienststellenleitungen Zielvereinbarungen. Die Managementziele werden mit dem Haushalt bzw. den Budgets verschränkt.

Zuletzt ein verwaltungsintern relevantes Beispiel aus dem Bereich Führung:

VOR CHANGE² wurde Führung innerhalb der Stadtverwaltung nicht als eigene Qualifikation gesehen. Daher gab es kein gemeinsames Verständnis darüber, welche Qualifikationen moderne Führung ausmachen. Es existierte kein schlüssiges Konzept zur Förderung und Weiterqualifizierung von Führungskräften.



MIT CHANGE² existiert mit den Leitlinien für Führung, Kommunikation und Zusammenarbeit erstmals ein grundlegender Verhaltenskodex für die gesamte Stadtverwaltung. Es gibt ein strategisches Anforderungsprofil für Führungskräfte, das aus diesen Leitlinien abgeleitet ist und dessen Kriterien bei der Neubesetzung von Führungspositionen angewendet werden. Damit wird erstmals die Qualifikation von Führung neben fachlichen Voraussetzungen für die Besetzung von Stellen relevant. Personalauswahlverfahren wurden sukzessive weiterentwickelt. Das neue Führungsverständnis dient heute als Grundlage für passgenaue Weiterbildungsangebote.

Veränderung ist möglich - das ist vielleicht die wichtigste Erfahrung, die sich über Change² eingestellt hat. Aber sie braucht Zeit und Ressourcen, und zwar oftmals mehr und auch an anderen Stellen, als zu Beginn eines Prozesses eingeschätzt. Veränderungen in der Organisation lassen sich verhältnismäßig leicht bewerkstelligen, auch in einer öffentlichen Verwaltung. Kulturveränderung dagegen ist ein Langstreckenlauf.

Der große Verdienst von Change² lag darin, eine Welle der Veränderung anzuschieben, Kräfte zu mobilisieren und Ideen freizusetzen. Die Akzeptanz und die Veränderungsbereitschaft sind bei den beteiligten Akteuren nach all diesen Jahren nach wie vor ungebrochen. Wir haben festgestellt, dass wir insbesondere mit unserem Motto „Gemeinsam mehr bewirken“ eine identitätsstiftende Marke geschaffen haben, die unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf großen Zuspruch trifft.

Dabei haben wir unser Ziel, eine der modernsten Stadtverwaltungen Deutschlands zu werden, nie als interne Angelegenheit, nie als Selbstzweck verstanden. Change² stellt sich letzten Endes in den Dienst der Stadtgesellschaft. Der Prozess war und ist darauf ausgerichtet, die Stadt Mannheim im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger zielgerichtet weiterzuentwickeln.

Wir werden den Wandel auch über das Jahr 2013 hinaus weiter vorantreiben. Der Reformprozess Change² wird dann in eine neue Phase übergehen, die wiederum auf fünf Jahre angelegt ist, sich jedoch in ihrer Struktur und inhaltlichen Ausrichtung deutlich von der jetzigen unterscheidet. Wir werden Ihnen hierzu in Kürze einen Vorschlag für ein Handlungsprogramm vorlegen, das die geplanten Vorhaben umfasst.



Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Vorhaben wird von der bisherigen Projektstruktur stärker auf die Linienorganisation übergehen. Damit wollen wir die gesamte Stadtverwaltung in die Lage versetzen, kontinuierliche Veränderungsprozesse im eigenen Verantwortungsbereich anzustoßen und umzusetzen. Die Aufgaben der Fachgruppe Verwaltungsarchitektur, die sich zum Ende des Jahres auflöst, werden auf andere Organisationseinheiten übertragen. Den Lenkungsausschuss als internes Gremium unter Beteiligung der Kommunalpolitik werden wir weiterführen.

Inhaltlich bleiben die bisherigen Kernelemente der Modernisierung bestehen. Allerdings verschieben sich die Gewichte - mit einem noch stärkeren Augenmerk auf Dialog, kulturellen Wandel und bereichsübergreifende Zusammenarbeit. Das Motto „Gemeinsam mehr bewirken“ wird auch zukünftig unsere Richtschnur für die Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung und darüber hinaus mit unseren kommunalen Partnern sein.

In den letzten Jahrzehnten haben sich Kommunen in Deutschland an ähnlichen Modernisierungsvorhaben mit sehr unterschiedlichem Erfolg versucht. Dass die Umsetzung eines derart umfassenden Programms hier in Mannheim gelungen ist, beruht auf einer Vielzahl von Ursachen, ganz besonders aber der Bereitschaft der Akteure vor Ort, unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unserer Führungskräfte und unserer Personalvertretung, aber auch des Gemeinderats, sich auf die mit Change² verknüpften Veränderungen einzulassen und sie mitzugestalten.

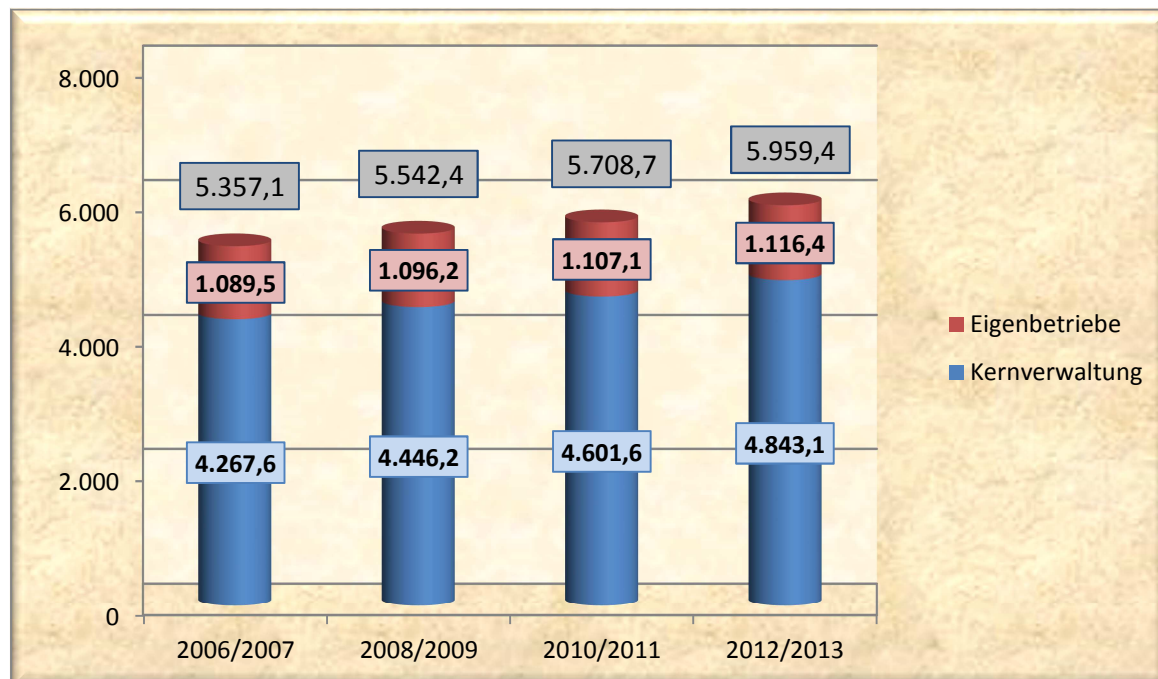
IV. Personal, Organisationsveränderungen

Die vielfach von außen an die Stadtverwaltung gestellten zusätzlichen Anforderungen, gesetzliche Vorgaben, aber auch die eigenen Zielsetzungen bedingten in den vergangenen Jahren einen wachsenden Personalbestand. In erster Linie ist der Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten zu nennen, der allein zum Kindergartenjahr 2012/2013 einen Anstieg um rund 120 Vollkraftstellen mit sich brachte. Aber ich nenne auch die Stichworte Konversion, Immobilienmanagement, Schulsozialarbeit, Zweithausmeister, Feuerwehr. Hinzu kommen bei der Gesamtzahl der Beschäftigten alle Maßnahmen im Rahmen der Ausbildungsinitiative einschließlich PIA für den Bereich der Erzieherinnen und Erzieher.



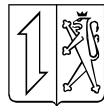
Schauen wir uns die reine Kopfzahl an, dann hat es danach seit 2006 einen Zuwachs von 1.178 Personen gegeben. Allerdings ist die hohe Teilzeitquote von deutlich mehr als 30 Prozent zu berücksichtigen. Darüber hinaus machen aktuell nahezu 270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Möglichkeit einer Elternzeit oder sonstigen Beurlaubung Gebrauch.

Entscheidender ist deshalb ein Blick auf die Entwicklung nach Umrechnung in Vollkraftanteile im Hinblick auf das weite Spektrum der Teilzeitarbeit sowie der besonderen Beschäftigtengruppen. Dies zeigt für den gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 600 Stellen.

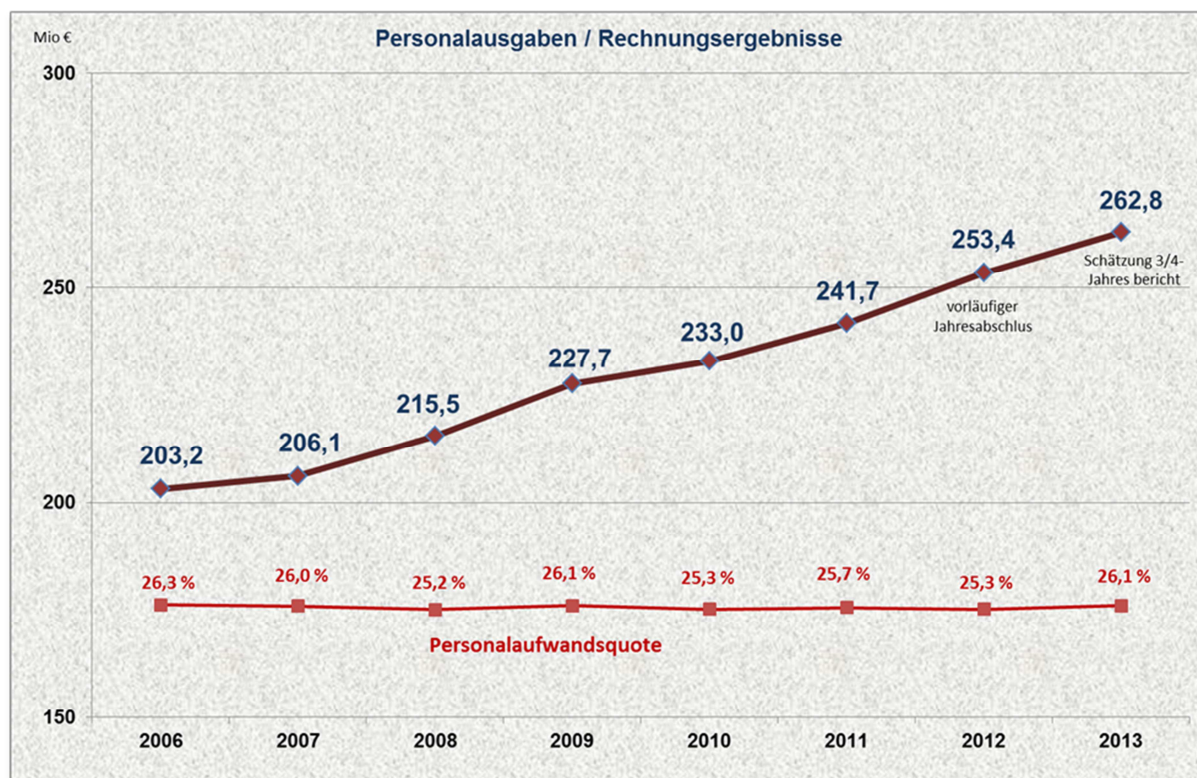


Neben den bereits zitierten Schwerpunkten ist bei der Bewertung der Zahlen auch zu berücksichtigen, dass zahlreiche Planstellen - im Sinne eines Projektcharakters der Aufgabe - auch mit einem „Verfalldatum“ in Form eines entsprechenden offiziellen Stellenvermerks versehen sind.

Entscheidende Kontrollfrage ist für mich aber, ob der Personalaufwuchs mit dem politisch oder gesetzlich vorgegebenen Leistungsaufwuchs der Stadtverwaltung einhergeht. Hier ist die Personalaufwandsquote ein wichtiger Hinweis. Sie zeigt die Relation von Personalaufwand, der entscheidend auch durch die durch Gesetz beschlossenen Besoldungserhöhungen und die Tarifabschlüsse geprägt wird (der letzte Tarifabschluss hatte ein Volumen von insgesamt rund 6,5 Prozent). Diese Personalaufwandsquote ist - trotz neuer Arbeitszeitregelungen zu den Bereitschaftszeiten, die zu Effizienzverlusten führt und dem Ausbau des extrem personalintensiven und weniger sachaufwandsintensiven Bereich



der Kinderbetreuung - gleich geblieben. Das führt an verschiedenen Stellen zu einer Leistungsverdichtung. D.h. die Leistungen sind nach meiner Auffassung stärker gestiegen als der dazu korrelierende Personalaufwand.



Vor dem Hintergrund der für das Frühjahr 2014 anstehenden neuen Tarifrunde wurden in den Planungen der Personalausgaben des anstehenden Doppelhaushalts 2014/2015 Steigerungen im Durchschnitt der vergangenen Jahre berücksichtigt (jährlich 1,6 Prozent). Vorsorglich ist in diesem Zusammenhang aber auch darauf hinzuweisen, dass die nach dem TVöD noch zu vereinbarende Entgeltordnung durch diese Quote voraussichtlich nicht abgedeckt sein wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Entgeltordnung ist derzeit aber immer noch nicht erkennbar.

Die für 2014 vorgeschlagenen Personalausgaben im Umfang von rund 274,8 Mio. Euro (einschließlich Versorgungsaufwendungen) berücksichtigen auch die Personalverstärkungen im Rahmen der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans, der im Stellenplan 2014/2015 seinen Niederschlag mit insgesamt zehn Stellen finden wird. Weitere zehn Stellen für diesen Bereich resultieren aus den Anforderungen einer zentralen Feuerwehroleitstelle, dem unumgänglichen Abbau von Mehrarbeitsstunden sowie dem sich im Zusammenhang mit den künftig zu gewährenden Vorsorgekuren ergebenden Personalersatzbedarf.



Die vorgesehenen Personalausgaben berücksichtigen eine stichtagsbezogene „Vakanzquote“, d.h. sie gehen von der langjährigen Erfahrung aus, dass letztlich nicht alle vorgesehenen Planstellen gleichzeitig bzw. jederzeit in vollem Umfang besetzt sind. Aus dieser vergleichenden Soll-Ist-Betrachtung resultiert die Besetzungs- und im Umkehrschluss die „Vakanzquote“.

Ausbildung und Übernahme nach der Ausbildung

Seit meinem Amtsantritt im Jahr 2007 hat sich das Thema Ausbildung bei der Stadt Mannheim noch deutlicher etabliert als je zuvor - dies drückt sich zum einen in stark erhöhten Einstellungszahlen, zum anderen aber auch in unserem vielfältigen Ausbildungsangebot aus. So konnten die Einstellungszahlen seit 2006 nahezu verdreifacht werden, und jedes Jahr wird unser Portfolio durch einen neuen Ausbildungsberuf oder einen neuen Studiengang bedarfsorientiert weiterentwickelt. Auch die Wahrnehmung des Arbeitgebers Stadt Mannheim hat deutlich zugenommen, wie die Bewerberzahlen trotz demografischen Wandels zeigen.

Die Stadt Mannheim nimmt damit einen Spitzenrang unter den vergleichbaren Großstädten im Land ein. Aber auch in der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar findet man kein anderes Unternehmen mit einem solch vielfältigen Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten.

Mit unserer Ausbildungsinitiative schaffen wir Perspektiven für junge Menschen und bieten Chancen auf eine sichere berufliche Zukunft. Zum anderen beugen wir so wirkungsvoll dem demografischen Wandel vor, der auch vor der Stadtverwaltung Mannheim nicht Halt macht.

Nur mit gut qualifizierten Nachwuchskräften können wir auch in Zukunft als Kommune wirkungsvoll im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger agieren. Dem trägt auch die im Dezember 2011 abgeschlossene Dienstvereinbarung „Übernahme nach der Ausbildung“ Rechnung.

Es ist das Ziel dieser Dienstvereinbarung, dass die Auszubildenden der Stadtverwaltung Mannheim nach erfolgreichem Abschluss zur Deckung des Bedarfs an Nachwuchskräften in ihrem erlernten Beruf bzw. in einem vergleichbaren Tätigkeitsfeld weiterbeschäftigt werden. In den Bereichen, wo dies nicht möglich ist, weil z.B. über Bedarf ausgebildet wird, wird den Auszubildenden nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung durch eine grundsätzlich



auf ein Jahr befristete Übernahme die Möglichkeit gegeben, Berufspraxis zu erlangen und somit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Leistungsstarke Auszubildende, die in ihrer Abschlussprüfung einen Notendurchschnitt von 2,0 und besser und in der Praxis mindestens gute Noten gezeigt haben, werden - unter dem Vorbehalt in absehbarer Zeit zur Verfügung stehender freier und besetzbarer Stellen - unmittelbar in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen. Dabei werden unsere Auszubildenden bei Stellenbesetzungen auch vorrangig berücksichtigt.

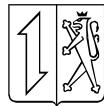
Patenwesen als Teil der Willkommenskultur

Durch den demografischen Wandel und die daraus resultierende Verknappung des Arbeitskräfteangebots wird es absehbar auch für die Arbeitgeberin Stadt Mannheim schwieriger, das erforderliche Personal zu gewinnen. Neben der Personalanwerbung und -gewinnung muss es als moderne und attraktive Arbeitgeberin auch unser Ziel sein, die einmal gewonnenen Talente bzw. Fachkräfte zu halten und deren Leistungsfähigkeit und -bereitschaft zu fördern und sie somit dauerhaft zu binden. Ein bedeutender Faktor ist dabei die soziale Einführung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betriebsalltag. Ein Zugehörigkeitsgefühl entsteht jedoch nicht von selbst, es wird maßgeblich davon geprägt, wie die ersten Wochen und Monate im neuen Arbeitsumfeld wahrgenommen und erlebt werden. Die Startphase ist bei den neuen Beschäftigten üblicherweise mit hoher Motivation und Leistungsbereitschaft verbunden.

Als Ergänzung zu der bereits seit 2008 regelmäßig stattfindenden Informationsveranstaltung wurden für unsere neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger Patenschaften eingeführt, die uns in unserem Ziel unterstützen, den Einstieg bewusst positiv zu gestalten. Das Patenschaftsmodell ist ein weiterer Baustein, mit dem sich die Stadt Mannheim sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch in der Öffentlichkeit als attraktive, moderne und zukunftsorientierte Arbeitgeberin darstellt. Rund 50 Patinnen und Paten sind inzwischen im Einsatz, die Zahl wird sich nach Abschluss der nächsten Qualifizierungsreihe noch weiter erhöhen.

Anonymisiertes Bewerbungsverfahren im Kontext mit Vielfaltsmanagement

Anonymisierte Bewerbungsverfahren können einen Beitrag zu einem modernen Personalmanagement leisten und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Bei



Stellenbesetzungen ermöglichen diese Verfahren Arbeitgebern, sich bei der Auswahl zum Vorstellungsgespräch auf die Qualifikation der Bewerbenden zu konzentrieren. Die Stadt Mannheim beteiligt sich hierzu derzeit an dem Pilotprojekt des Landes Baden-Württemberg.

Es ist geplant, bei der Stadtverwaltung Mannheim insgesamt sieben interne und externe Ausschreibungsverfahren im technischen, sozialen und im Verwaltungsbereich mit dem anonymisierten Verfahren durchzuführen. Das Pilotprojekt des Landes soll bis Ende 2013 abgeschlossen sein, die Ergebnisse werden danach ausgewertet.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) erfolgreich implementiert

Die Implementierung des BGM für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Mannheim war der erfolgreiche Abschluss des Change²-Projekts 35: „Betriebliches Gesundheitsmanagement“, dem die Erarbeitung eines Konzepts sowie dessen Umsetzung in einer Dienstvereinbarung BGM und einer Dienstvereinbarung Datenverarbeitung vorangingen. Die im Steckbrief 35 festgehaltenen Ziele sollen durch geeignete präventive gesundheitsförderliche Maßnahmen erreicht werden.

Mit der Einstellung der beiden Gesundheitsmanagerinnen im März 2013 startet das BGM mit einem Sachmittelbudget von 260.000 Euro, das im Doppelhaushalt 2014/2015 so fortgesetzt werden soll. Zunächst beziehen sich die ersten Maßnahmen darauf, eine breite Akzeptanz zu den verschiedenen Themenfeldern der Gesundheit auf allen Ebenen der Mitarbeiterschaft durch erlebbare Aktionen zu erreichen. Dafür werden zum einen Führungskräfte angesprochen, die als Multiplikatoren und Verantwortliche eine große Rolle bei der Umsetzung eines erfolgreichen BGMs mit dem Fokus auf Dezentralität spielen. Weitergehend angesprochen werden ebenso die Interessenvertretungen sowie bestehende Strukturen wie z.B. Suchtbeauftragte. Für die breite Mitarbeiterschaft werden zudem Maßnahmen ins Leben gerufen, die auf generelles Gesundheitsbewusstsein abzielen und vor Ort umgesetzt werden.

Wir wissen, dass gesunde, motivierte und qualifizierte Mitarbeitende der Schlüssel für unseren Erfolg sind und wir leisten als Arbeitgeberin hierzu unseren Beitrag.



Zukunftsprojekt 115 ist ein Erfolgsmodell

Seit dem 11.05.2012 können die Mannheimer Einwohnerinnen und Einwohner die Nummer 115 anwählen und zu nahezu allen Themen eine entsprechende Auskunft erhalten. Dabei baute das Service-Center zunächst auf 100 ursprünglich ausgewählte Fragestellungen auf. Zwischenzeitlich hat sich die Stichwortsammlung des Wissensmanagements seit Einführung vervielfacht. Integriert sind heute die Hotlines zu Straßen bzw. Grün und das Umwelttelefon. Zukünftig wird die 115 das Bürgertelefon des Katastrophenschutzes ablösen. Bei Krisen, Großschadenslagen und sonstigen Lagen, beispielsweise bei Bombenfunden, informiert das Service-Center. Bei Großveranstaltungen wie dem Katholikentag oder dem Internationalen Deutschen Turnfest konnte sich das Service-Center bereits bewähren.

Die Qualität und Effizienz dieser Serviceleistung wird von den Bürgerinnen und Bürgern von gut bis sehr gut bewertet. Umfragen aus der Marktforschung bestätigen zudem, dass neben dem persönlichen, schriftlichen oder elektronischen Zugang das Telefon der zentrale Kommunikationsweg zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung bleibt. Dies bestätigt auch der Anstieg von zunächst knapp 1.200 Anrufen im Monat Juni 2012 auf fast 7.000 Anrufe im August 2013. Ziel ist es, das Service-Center 115 zu einem umfassenden Contact-Center, welches über alle Medien - wie z.B. E-Mail, MMS, SMS - erreichbar ist, auszubauen. Besonders Terminvereinbarungen oder die Möglichkeit, Anträge im Voraus auszufüllen, werden die Attraktivität des 115-Services weiter steigern.

Neues Modell für unsere Bezirksbeiratsarbeit

Unter Einbeziehung der Bezirksbeiräte wurde 2012 ein neues Modell zur Betreuung der Bezirksbeiräte erarbeitet, um bestehende Schnittstellen abzubauen und um bürgerschaftliche Beteiligung zu stärken. So werden seit der Einführung des neuen BBR-Modells die Geschäftsstellen aller 17 BBR-Gremien durch die Bezirksleitungen der Bürgerdienste geführt. Damit sind Stadtteilarbeit und Bezirksbeiratsarbeit in einer Hand zusammengeführt. Die Bürgerdienstbezirke wurden neu aufgeteilt; insgesamt gibt es jetzt sechs Bezirke. Die Sitzungshäufigkeit wurde von zwei auf drei vorbereitende Sitzungen und von zwei auf drei öffentliche BBR-Sitzungen erhöht. Die Sitzungsleitung übernimmt ein politisches „Gemeinderats-Tandem“. Die Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte sind in den Lauf von stadtteilrelevanten Vorlagen als beratendes Gremium eingebunden. Die Evaluation des neuen Modells wird bis zur nächsten Kommunalwahl 2014 erfolgen.



V. Wirtschaftliche Entwicklung - mehr Unternehmen und mehr Beschäftigte

Besonders eng ist der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und dem Haushalt. Zugleich ist die Mitgestaltung wirtschaftlicher Entwicklung wesentliches Handlungsfeld.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bewegt sich am Wirtschafts- und Industriestandort Mannheim seit vier Jahren kontinuierlich aufwärts. Inzwischen liegen wir mit 173.579 (aktuellste Zahl, Stand 31.12.12) Beschäftigten auf einem sehr hohen Beschäftigungsniveau, das wir zuletzt vor 20 Jahren hatten. Im Vergleich zum Vorjahr hat Mannheim mehr als 4.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gewonnen. Dies entspricht einem Plus von 2,4 Prozent. Damit verzeichnet Mannheim den größten relativen Beschäftigtenzuwachs in Baden-Württemberg.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe beträgt mit 50.493 Beschäftigten 29 Prozent. Damit liegt der Beschäftigungsanteil zwar knapp unter dem Landesdurchschnitt, mit rund 35 Prozent der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe ist Mannheim aber nach wie vor ein starker Produktionsstandort. Knapp über 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind im Dienstleistungssektor tätig. Mit geringfügigen Schwankungen über die Jahre ist damit das Verhältnis von Dienstleistungen und produzierendem Gewerbe stabil. Der Wirtschaftsstandort Mannheim verfügt über eine gute Branchenmischung und reagiert deshalb robuster auf Krisen in einzelnen Branchen.

Ganz im Sinne unseres strategischen Ziels „Unternehmen gewinnen“ ist die Anzahl der in Mannheim ansässigen Betriebe seit 2009 um 3 Prozent gestiegen. Etwa 8.500 Betriebe sind zum 31.12.2012 am Wirtschaftsstandort Mannheim verzeichnet. Die kontinuierliche Steigerung belegt unseren Anspruch, dass Mannheim und die Metropolregion Rhein-Neckar zu den herausragenden Wirtschafts- und Industriestandorten in Deutschland zählen.

Auch die Stimmungslage bei den Mannheimer Unternehmen ist gut. Sie stehen zum Standort und wollen auch zukünftig hier investieren. In der Unternehmensbefragung des Fachbereichs für Wirtschafts- und Strukturförderung vom Oktober 2012 sagten 84 Prozent der befragten Mannheimer Unternehmen, dass sie sich mit dem Standort verbunden fühlen.



81 Prozent der befragten Unternehmen möchten auch künftig hier investieren - das ist ein deutliches Bekenntnis zum Standort Mannheim und lässt uns positiv in die Zukunft blicken.

Ausbau der zielgruppenorientierten Gründungsförderung

Existenzgründungsförderung ist seit vielen Jahren ausgewiesener Schwerpunkt der Mannheimer Wirtschaftsförderung. Mannheim nimmt seit sechs Jahren eine Spitzenposition unter den Existenzgründungsstädten in Baden-Württemberg ein. Neben dem Förderprogramm KREATECH, dem Beteiligungsfonds Wirtschaftsförderung Mannheim, den Aktivitäten des Gründerverbundes, den Beratungs- und Vermittlungsleistungen des Fachbereichs für Wirtschafts- und Strukturförderung, dem Business Angel Netzwerk und dem Existenzgründungspreis dient der Ausbau der Angebote in den Mannheimer Gründungszentren zur Stimulierung und Förderung von Existenzgründungen am Wirtschaftsstandort Mannheim.

Die aktuelle Förderphase des EU-RWB-Programms des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) biegt auf die Zielgerade ein: Bis Mitte 2015 müssen alle Projekte abgerechnet werden. Für die Großprojekte Kreativwirtschaftszentrum Jungbusch und 2. Bauabschnitt MAFINEX-Technologiezentrum gilt es deshalb, einen engen und ambitionierten Zeitplan umzusetzen, der deren Fertigstellung zum Jahreswechsel 2014/2015 garantiert.

In 2012 konnten über einen Wettbewerb des Landes zusätzliche EU-Mittel für zwei weitere Projekte eingeworben werden. So werden ebenfalls bis Ende 2014 die denkmalgeschützte Immobilie C4, 6 als Erweiterung des Gründerinnenzentrums zu einem „Kompetenzzentrum für die Textilwirtschaft - MATex“ und die Alte Apotheke auf dem Klinikumsgelände zu einem „Pilotinkubator Medizintechnologie“ umgebaut.

Die Projekte „Altes Volksbad“ und „Aufstockung Popakademie“ konnten bereits 2013 schlussgerechnet werden. Insgesamt werden bis 2015 in Mannheim im Rahmen des RWB-Programms zehn Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 45 Mio. Euro umgesetzt und mit rund 19 Mio. Euro EU- und Landesmittel unterstützt.

Neben einem Beitrag zur Neuordnung des Glückstein-Quartiers wurden vor allem Projekte zum Ausbau der zielgruppenorientierten Gründungsförderung umgesetzt und damit sowohl



bedeutende Beiträge zum wirtschaftlichen Strukturwandel wie auch zur städtebaulichen Aufwertung geleistet.

Aufwertung der Innenstadt

Stadt und Handel standen schon immer in einem sehr engen Verhältnis. „Urbanität stärken“ ist eines der sieben strategischen Ziele der Stadt Mannheim. Architektur und Angebot des Handels in der Innenstadt tragen wesentlich zur Urbanität Mannheims bei. Das Weltstadthaus der Firma Peek & Cloppenburg, das der amerikanische Star-Architekt Richard Meier geplant hat, und die Häuser des Mannheimer Traditionsunternehmens Engelhorn verleihen der Mannheimer City Metropolenflair. Und diese Entwicklung geht noch weiter. Nachdem die Quadrate P1 und P2 bereits saniert sind, entstehen in P3, P5 und P7 derzeit moderne, attraktive Gebäude, die den urbanen Charakter und den Einzelhandelsstandort Mannheim weiter stärken. Das Stadtquartier Q6/Q7 wird für die Mannheimerinnen und Mannheimer und die Menschen der Metropolregion zu einem neuen Treffpunkt und Magnet werden.

In R5 wird Anfang 2014 das neue Bauhaus-Fachmarktzentrum, das früher in Q7 seine Heimat hatte, auf einer Fläche von 3.000 qm wieder seine Tore öffnen. Schon vor Weihnachten wird das Bauhaus-XXL-Parkhaus zum Einsatz kommen, das die Obergeschosse belegt und mit 448 besonders großzügigen Parkbuchten punktet.

In O4 hat die LBBW Immobilien mit dem Rückbau des Bankgebäudes begonnen. Der jetzige Entwurf setzt das um, was auch mit Blick auf das gewohnte Stadtbild zu Recht emotional von der Bevölkerung gefordert wurde. Dass dies mit dem Investor gelungen ist, freut mich sehr. Der Bezug ist im Frühjahr 2015 vorgesehen.

Alle diese Bauprojekte bringen auch ein Plus an Wirtschaftskraft. Das Volumen privater Investitionen in die Mannheimer City beträgt insgesamt rund 730 Mio. Euro. Q6/Q7 ist das größte Projekt in der Innenstadt seit der Errichtung des Mannheimer Schlosses. Investoren, Projektentwickler und Unternehmen haben Vertrauen in den Wirtschafts- und Einkaufsstandort Mannheim. Die Kundenfrequenz und die Kennwerte des Innenstadt-Einzelhandels überzeugen. Die Stadt Mannheim unterstützt dies durch gemeinsame verstärkte Citymarketingaktivitäten.



Clustermanagement/Kompetenzfeldentwicklung entsprechend neuer Strategie

Die Förderung der Kompetenzfelder ist wichtiger Bestandteil unserer wirtschaftspolitischen Strategie. Die erheblichen Investitionen in die Kultur- und Kreativwirtschaft im letzten Jahrzehnt zeigen Wirkung. Beispiele wie der „Hafenpark“ in der Industriestraße, der „Speicher 7“ oder auch die Baumaßnahmen der „Edition Panorama“ verdeutlichen, dass auch in der kleinteiligen und heterogenen Zukunftsbranche Kreativwirtschaft für die Stadt markante und wichtige Privatinvestitionen getätigt werden. Auch die jüngste Entwicklung des Jungbuschs (mit der Eröffnung zweier Restaurants und mindestens vier neuer Lokalitäten) weist nach, dass die Dynamik der Branche ausstrahlt und anhält.

Die Kreativwirtschaft trägt ungebrochen zur Wahrnehmung Mannheims bei. Die von der Mannheimer Agentur Cosmopop neben vielen anderen Großveranstaltungen durchgeführte „Time Warp“ ist in den sozialen Medien die erfolgreichste deutsche Festivalmarke und erreicht regelmäßig auf den eigenen Kanälen über 270.000 Nutzer. Sie ist damit größer und weiter verbreitet als beispielsweise „Rock am Ring“. Auf dem gerade zu Ende gegangenen Reeperbahnfestival in Hamburg (der größten Branchenveranstaltung Deutschlands) war Mannheim bereits zum dritten Mal als einzige Kommune mit einem erfolgreichen Auftritt vertreten.

Die Kleinteiligkeit der kreativen Branchen erschwert die Sichtbarkeit der großen Erfolge, die im Kleinen erzielt werden. Dabei tragen kreativwirtschaftliche Unternehmen maßgeblich zur Urbanität und Kulturlandschaft Mannheims bei. Hierzu zählen Zwischennutzungen von Leerständen („Zwischenraum“), Ansiedlung von Festivals („Maifeld-Derby“) oder erfolgreiche Formate wie der „Entrepreneurship-Club“. Auch und gerade Zukunftsthemen wie „Usability“ werden auf hochkarätigen Konferenzen wie dem „UX-Day“ in Mannheim behandelt und bilden damit die Schnittstelle von kreativen Dienstleistungen und klassischer Industrie.

Der Medizintechnologie-Sektor wird zu einer der weltweit größten Wachstumsbranchen gezählt. Jeder Arbeitsplatz hier sichert 0,75 weitere Arbeitsplätze in anderen Sektoren. Mannheim verfügt bereits über starke Medizintechnologie-Akteure in Industrie, Klinik und Forschung. Deshalb ist der weitere Ausbau dieses Medizintechnologie-Clusters ein wichtiger Bestandteil unserer wirtschaftspolitischen Strategie. Wichtige Bausteine in der Umsetzung dieser Strategie haben wir in den letzten beiden Jahren bereits gesetzt. Damit schaffen wir einen international wettbewerbsfähigen Netzwerkverbund für die effiziente Entwicklung und



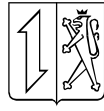
nachhaltige Vermarktung von High-Tech-Medizinprodukten und leisten so auch einen wichtigen Beitrag, um die zentralen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen Gesundheitsversorger und Gesundheitspolitik heute konfrontiert sind.

Gleichwohl steht Mannheim auch im Sektor Medizintechnologie deutschlandweit und international in Konkurrenz mit anderen Standorten. Deshalb müssen wir für Medizintechnologie-Unternehmer, Kliniker und Forscher hier in unserer Stadt Entwicklungsraum schaffen, einen Ort, an dem sie gemeinsam innovativer, effizienter und leistungsfähiger sind als andernorts.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Machbarkeit eines solchen Standorts in Mannheim unter dem Projektnamen „Mannheim Medical Technology Campus“ - oder kurz „MMT-Campus“ - in einer Studie überprüfen lassen. Das Ergebnis ist positiv. Die hierdurch auslösbaren Investitions- und Beschäftigungseffekte durch Dritte werden mit über 120 Mio. Euro und mit über 450 hochqualifizierten, wissensbasierten Arbeitsplätzen beschrieben. Die in der Machbarkeitsstudie angemeldeten Nutzungseinheiten umfassen unter anderem ein Fraunhofer Institut für Automatisierung in der Medizin, ein Institut für Medizintechnologie, Lehr- und Forschungseinheiten der medizinischen Fakultät Mannheim sowie kommerzielle Investoren für gewerbliche Medizintechnologie-Nutzungen. Alle Investoren weisen dort unterschiedlich lange Realisierungszeiträume innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre auf. Um als Stadt die Entwicklung des MMT-Campus in diesem Zeitraum dennoch stets optimal steuern zu können, werden wir die bislang noch in Privatbesitz befindlichen Teilflächen des für den MMT-Campus vorgesehenen Areals in Form eines Zwischenerwerbs ankaufen und haben dafür Mittel im Haushalt bereitgestellt.

Neben den Bereichen Kreativwirtschaft und Medizintechnik gelingt es, auch in weiteren Kompetenzfeldern nachhaltige Strukturen für eine bessere Vernetzung der Unternehmen untereinander zu etablieren. Insbesondere in den Themenfeldern Energieeffizienz, Elektromobilität, Smart grids und grüne Logistik werden Innovationsförderung der heimischen Unternehmen und die Stärkung der regionalen Kompetenzfelder mit integrierter, energieeffizienter Stadtentwicklung und (Elektro-) Mobilitätskonzepten kombiniert.

Mit Hilfe der „AG Ingenieursmeile“ hat sich hier eine solide Struktur etabliert. Gemeinsam mit den großen Mannheimer Unternehmen ABB, Bombardier, MVV Energie, MWM und RNV sowie der Hochschule Mannheim, der DHBW, IHK und Handwerkskammer gilt es, eine



Plattform zu bilden und Visionen in Projekte zu gießen, die sich am Machbaren orientieren und in Mannheim umgesetzt werden können. Die Konversionsflächen sind hier Chance. Sie bieten die Möglichkeit, Neue Mobilität und Smart Grids ganzheitlich und modellhaft für neue Stadtteile zu entwickeln. Die Marken „Campus- und Ingenieursmeile“ sowie „Blue City Mannheim“ werden zunehmend mit Inhalten gefüllt.

Es ist unser Ziel, eine stabile Balance zu finden zwischen großen, gesamtstädtischen Fragestellungen wie beispielsweise einer flächendeckenden Bereitstellung von Ladeinfrastrukturen für E-Fahrzeuge, der mittelfristigen Perspektive der Entwicklung von Modellquartieren für Smart Grids und Elektromobilität auf den Konversionsflächen und Quick Wins, die schnell umgesetzt werden können und eine hohe Außenwahrnehmung ermöglichen. Energieeffiziente Quartiers- und Stadtentwicklung, nachhaltige Mobilität, Innovationsförderung, Technologie- und Wissenstransfer sowie die Stärkung der regionalen Kompetenzfelder werden angestrebt.

Der Fachbereich Wirtschafts- und Strukturförderung hat bei den beiden großen Projekten Masterplan „blue_village_franklin“ und „Green Logistic Park“ bereits die nächsten Umsetzungsschritte eingeleitet. In einer Art fachplanerischem Beitrag „Energieeffiziente Quartiersentwicklung“ werden die Arbeiten des Stadtplanungsbüros Vandkunsten zu Benjamin-Franklin ergänzt. Konkrete Projekte unter Einbindung der Mannheimer Unternehmen werden sich hier mit Beginn der baulichen Entwicklung auf dem bisherigen Benjamin-Franklin-Village verwirklichen lassen.

Die Teststrecke von Bombardier auf Taylor ist ein erster wichtiger Baustein der Campus- und Ingenieursmeile, der MMT-Campus und die innovativen Unternehmensansiedlungen auf Turley und Taylor sind weitere wichtige Bausteine, die „Ingenieursmeile“ zu entwickeln.

Wettbewerbsverfahren um künftige EU-Mittel

Mit Ende des Jahres 2013 läuft die aktuelle Förderperiode der Europäischen Union aus. Die Stadt Mannheim hat in den zurückliegenden Jahren mehr als jede andere Stadt in Baden-Württemberg von der Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung profitiert. Wichtige Leuchtturmprojekte, die prägend für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt sind, konnten mit Hilfe der EU realisiert werden.



Mit Blick auf die kommende Förderperiode, die 2014 beginnt, haben sich bereits seit einiger Zeit zwei Trends abgezeichnet: Zum einen strebt die Europäische Kommission eine Stärkung der urbanen Dimension ihrer Strukturpolitik an, zum anderen werden künftig verstärkt Wettbewerbsverfahren zum Einsatz kommen. Das Büro für europäische und internationale Angelegenheiten hat sich in enger Abstimmung mit dem Fachbereich für Wirtschafts- und Strukturförderung schon früh dafür eingesetzt, dass das neue Instrument der Integrierten Territorialen Investitionen, das die EU-Kommission zur Stärkung der städtischen Dimension eingeführt hat, auch in Baden-Württemberg umgesetzt wird. Dies ist auch gelungen und wir haben als Stadt nun eine günstigere Ausgangsposition als etwa die Städte in Rheinland-Pfalz und Hessen, wo sich die Landesregierungen gegen eine Umsetzung der Integrierten Territorialen Investitionen ausgesprochen haben.

Gleichwohl kann es uns nicht zufriedenstellen, dass das baden-württembergische Ministerium für den ländlichen Raum zugleich einen erheblichen Teil der EFRE-Mittel für die Förderung ländlicher Gebiete reklamiert. Hierfür stellt die EU bereits ein eigenes Förderinstrumentarium zur Verfügung, auf das auch Baden-Württemberg zugreifen kann. Dass von 65 Mio. Euro für die Förderung funktionaler Räume rund 23 Mio. Euro vorab für ländliche Räume reserviert werden, entspricht unseres Erachtens auch nicht der ursprünglichen Intention der Europäischen Kommission.

Gleichwohl ist eine Teilnahme an dem sehr aufwändigen, zweistufigen Wettbewerbsverfahren für die Stadt Mannheim ohne Alternative, wollen wir eine EU-Förderung für Projekte auf den Konversionsflächen erhalten. Zur Erhöhung der Schlagkraft unserer Bewerbung haben wir uns zu einem abgestimmten Vorgehen in der Metropolregion Rhein-Neckar entschieden. Wir erhoffen uns hiervon auch ein in Summe höheres Fördervolumen für die Gesamtregion.

Die aus den letzten Perioden „gewohnten“ Dimensionen von EU-Förderung werden aber schwer zu erreichen sein. Der Haushalt selbst ist allerdings noch von den Projekten der letzten Förderperiode geprägt.

VI. Divergierende Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt stellen wir divergierende Entwicklungen fest: Einerseits ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit rund 173.600 auf einen Höchststand und



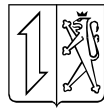
andererseits ist die Zahl der Beschäftigten, die auf aufstockende Leistungen des Jobcenters angewiesen sind, auf fast 5.000 gestiegen. Diese aufstockenden Leistungen sind fast vollständig von der Kommune zu tragen, weil die Kosten der Unterkunft vorrangig für diese Aufstockung herangezogen werden.

Es ist dringend erforderlich, dass der Bund, der die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt setzt, dem Anwachsen von unsicheren Arbeitsverhältnissen (Leiharbeit, Werkverträge etc.) und zu niedrigen Arbeitseinkommen entgegenwirkt. Nur durch eine Neujustierung dieser Rahmenbedingungen kann ein weiterer Anstieg von aufstockenden SGB II-Leistungsbeziehern/innen verhindert werden.

Ebenso wichtig wäre es aber, dass die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt genutzt wird, um auch langzeitarbeitslosen und schwerbehinderten Menschen einen Zugang in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Es ist deshalb nicht zu akzeptieren, dass der Bund die Eingliederungsmittel, mit denen langzeitarbeitslose Menschen qualifiziert werden können, seit 2011 für Mannheim auf gegenwärtig knapp 13 Mio. Euro halbiert hat. Hier gerät das Fördern und Fordern aus der Balance.

Erfreulich ist, dass das Land Baden-Württemberg sich mit einem beachtenswerten Modell an der Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit engagiert. Im Programm „Gute und sichere Arbeit“ nehmen wir mit 55 geförderten Stellen am Modell „Passiv-Aktiv-Transfer“ teil. Hier geht es darum, den Arbeitgebern das Arbeitslosengeld II als Lohnkostenzuschuss zur Verfügung zu stellen, damit sie langzeitarbeitslose Menschen im regulären Arbeitsmarkt beschäftigen. Die bisherigen Erfahrungen sind überaus erfreulich, weil mit Unterstützung der Handwerkskammer 51 Mannheimer Unternehmen dieses Modellvorhaben unterstützen und den Menschen eine Perspektive geben. Mit der Beschäftigung von 55 Personen im allgemeinen Arbeitsmarkt sind wir als Stadt Mannheim in Baden-Württemberg führend und das Modellvorhaben findet inzwischen bundesweit Beachtung. Die bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, dass sich hier ein Weg abzeichnen könnte, der zu einem wesentlichen Abbau einer sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit führt.

Alles in allem gibt der Arbeitsmarkt Anlass, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Die Arbeitslosenquote liegt mit 5,9 Prozent (September 2013) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und die Jugendarbeitslosenquote im SGB II ist nach wie vor unter 1 Prozent.



Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Bereits vor zwei Jahren hat sich abgezeichnet, dass der Bund sich an der Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beteiligen wird. Es ist erfreulich, dass der Bund inzwischen auf die Forderungen der Kommunen eingegangen ist und eine vollständige Übernahme der Kosten ab 2014 erfolgt. Im Haushalt führt dies zu Entlastungen in Höhe von 34,7 Mio. Euro im Jahr 2014 und 37,8 Mio. Euro im Jahr 2015, die wir bereits in die Planung aufgenommen haben. Die Kehrseite dieser Bundesbeteiligung besteht darin, dass die Grundsicherung nunmehr keine Selbstverwaltungsaufgabe mehr ist, sondern als Bundesauftragsverwaltung durchgeführt wird. Dies schränkt den kommunalen Gestaltungsspielraum für bedürftige ältere Menschen erheblich ein.

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

Seit vielen Jahren fordern die kommunalen Spitzenverbände eine Beteiligung des Bundes an den Leistungen der Eingliederungshilfe, die von 49,8 Mio. Euro im Jahr 2014 bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung 2017 auf 56,2 Mio. Euro ansteigen werden. Nunmehr zeichnet sich erstmals ab, dass der Bund sich mit einem relevanten Volumen an der Eingliederungshilfe beteiligen will. Wir erwarten, dass dies zeitnah erfolgt und haben daher einen auf die Stadt Mannheim entfallenden Anteil am Entlastungsbetrag in die Haushaltsplanung aufgenommen.

Für die weitere Entwicklung werden gegenwärtig zwei unterschiedliche Vorgehensweisen auf fachlicher Ebene diskutiert. Einerseits gibt es Überlegungen, ein so genanntes „Bundesteilhabegeld“ als neue Grundleistung für Menschen mit Behinderung einzuführen; andererseits gehen die Vorschläge dahin, die Teilhabe am Arbeitsleben auf den Bund zu übertragen. Letzteres hätte den Vorteil, dass Fallzahlen- und Kostensteigerungen stets durch den Bund übernommen werden. Bei einem Bundesteilhabegeld dürfte die Anpassung an die tatsächliche Ausgabenentwicklung eher unwahrscheinlich sein. Was auch immer am Ende mit dem Bund verabredet wird: Wir erwarten eine Regelung, die eine deutliche Entlastung in der Eingliederungshilfe bringt.



In der Hilfe für ältere Menschen und insbesondere in der Reform der Hilfe zur Pflege liegt im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel der Gesellschaft eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Es ist der Wunsch der meisten älteren Menschen, solange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung zu leben. Dies erfordert verlässliche Netzwerke in den Sozialräumen, auf die die älteren Menschen zurückgreifen können. Ein solches Netzwerk sind auch unsere SeniorenTreffs. Es ist sehr erfreulich, dass wir durch eine großzügige Spende im Jahr 2013 unseren inzwischen 19. Treff in Sandhofen eröffnen konnten. Dafür einen herzlichen Dank an Familie Schies.

Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien

Die Erweiterung der Europäischen Union um südosteuropäische Länder, die wir als Europäer grundsätzlich begrüßen, stellt uns in Mannheim vor enorme Herausforderungen. In den letzten Jahren sind tausende Personen aus Rumänien und Bulgarien zugewandert, weil sie in ihren Heimatländern keine greifbare Perspektive für sich und ihre Familien sehen. Offiziell in Mannheim gemeldet sind inzwischen deutlich über 6.000 Personen; die tatsächliche Anzahl dürfte aber erheblich höher liegen. Die Zuwanderer sind keine homogene Gruppe und man wird ihnen nur gerecht, wenn wir sie differenziert betrachten. Auch wenn ein Teil der Zuwanderer über eine gute Ausbildung verfügt, die den Fachkräftemangel beseitigen hilft, so gehört es aber auch zu einer realistischen Betrachtung, dass ein anderer gewichtiger Teil über eher geringe Bildungs- und Ausbildungsvoraussetzungen verfügt.

Ab 2014 ändert sich die Situation für die EU-Zuwanderer erheblich, weil sie dann das Recht erlangen, unbeschränkt auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu arbeiten. Dies bedeutet aber auch, dass sie im Prinzip - mit wenigen Einschränkungen - auch einen Zugang zu allen Sozialleistungen erhalten. Dies wird dazu führen, dass eine große Anzahl von Personen Hilfe durch das Jobcenter beanspruchen kann.

Neben der gewaltigen Integrationsaufgabe besteht hierin auch ein beachtliches Risiko für den städtischen Haushalt. Bei einer Zunahme von 2.000 Bedarfsgemeinschaften aus diesem Personenkreis würden zusätzliche Mittel in Höhe von 8 bis 12 Mio. Euro nur an kommunalen SGB II-Leistungen erforderlich werden. Wir bemühen uns gegenwärtig zusammen mit anderen von der Zuwanderung besonders betroffenen Städten (z.B. Duisburg, Dortmund,



Hamburg, Berlin) darum, dass sowohl die Pflichtleistungen als auch notwendige Eingliederungsleistungen durch den Bund übernommen werden.

Als Stadtkreis haben wir in der jüngsten Vergangenheit in finanzieller und administrativer Hinsicht Aufgaben übernommen, die richtigerweise durch EU, Bund und Land zu erbringen wären. Mit der Auflage des Integrationsfonds für südosteuropäische Zuwanderer, der im Jahr 2013 mit 300.000 Euro ausgestattet war, konnten wichtige Projekte finanziert werden, die unter anderem auf einen verbesserten Lernerfolg von Schulkindern und den Spracherwerb der Neuzuwanderer abzielten.

Der Fonds befriedigte bedarfsgenau Integrations-, Hilfe- und Unterstützungsleistungen und ein Informations- und Außendienst wurde eingerichtet. Diese Erstberatungs- bzw. Erstinformationsstelle wurde im April 2013 mit zwei muttersprachigen Sachbearbeitern besetzt. Hier wurde ein umfassendes Beratungsangebot beispielsweise zu Fragen des Mietrechtes, zum Aufenthaltsrecht, aber auch ganz allgemeinen Fragen wie die Nachfrage nach medizinischer Versorgung oder auch Freizeitgestaltung geschaffen. Seit Ende Mai wurden rund 360 Personen beraten, die für diese Beratungsleistung sehr dankbar sind. Durch die angepassten Beratungsinhalte wird das Vertrauen in die städtischen und staatlichen Einrichtungen und Institutionen gefördert. Hier leisten die Bürgerdienste einen wichtigen Beitrag zur Integration. Für diese Integrationsmaßnahmen, insbesondere auch die Informations- und Anlaufstelle, sind jetzt Landesmittel von 120.000 Euro für die Haushaltsjahre 2013/2014 angekündigt.

Auf Dauer können wir diese Aufgabenstellungen, die eine unmittelbare Konsequenz der Freizügigkeit innerhalb der EU sind, jedoch nicht alleine aus dem Kommunalhaushalt darstellen. Stattdessen fordern wir den Bund auf, sicherzustellen, dass die Neuzuwanderer ohne hohe Hürden an Integrationskursen zum Spracherwerb teilnehmen können. Des Weiteren ist das Land als Schulträger aufgerufen, diejenigen Schulen, die in besonderer Weise von der Zuwanderung betroffen sind, in angemessener Weise mit Lehrerdeputaten für Vorbereitungsklassen und Sachmittelbudgets für finanziell schwach gestellte Schulkinder auszustatten.

Ein weiteres Thema, das uns als Stadt auf Dauer überfordert, ist die Übernahme von krankheitsbedingten Kosten für die Neuzuwanderer. In einem vereinten Europa ist es Aufgabe der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, dafür Sorge zu tragen, dass die



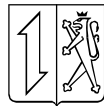
Krankenversicherungspflicht im Heimatland auch tatsächlich umgesetzt wird und die hiesigen Krankenhäuser und niedergelassenen Ärzte die Möglichkeit haben, die Kosten mit den nationalen Krankenversicherungen in Bulgarien und Rumänien zu verrechnen. Stattdessen stellen wir fest, dass ein erheblicher Teil der hier lebenden Neuzuwanderer über keinen oder nur unzureichenden Krankversicherungsschutz verfügt.

VII. Kraftakt Ausbau der Kleinkindbetreuung - 35-Prozent-Quote erreicht

Der Gemeinderat hat im letzten Doppelhaushalt einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Kinderbetreuung gesetzt. Vorrangiges Ziel war der Ausbau der Betreuungsplätze für Krippenkinder auf 35 Prozent. Die Stadt Mannheim hat mit der Umsetzung der 3. und 4. Ausbaustufe dieses Ziel am Ende des Jahres 2013 erreicht. Von 2008 bis 2013 wurden dafür im Rahmen der 3. und 4. Ausbaustufe des Krippenausbauprogramms in Mannheim 93,5 neue Krippengruppen geschaffen. Das bedeutet 935 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Das ist eine beachtliche Leistung, die die Stadt zusammen mit den freien Trägern in kurzer Zeit zusätzlich realisiert hat. Allein für diese neuen Plätze sowie für damit zusammenhängende notwendige Baumaßnahmen waren von der Stadt 54,7 Mio. Euro für die eigenen Investitionskosten und für Investitionskostenzuschüsse an freie Träger aufzubringen. Dabei haben wir es uns zum Ziel gesetzt, nicht nur ausreichende, sondern auch gute Plätze zu schaffen.

Wir werden unsere Ausbauleistungen fortsetzen. Der Städtetag geht in Großstädten von einem deutlich höheren Betreuungsbedarf aus. In der mittelfristigen Planung streben wir eine 40-prozentige Betreuungsquote im Kleinkindbereich an, die wir zwischen 2016 und 2019 erreichen wollen. Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder zieht veränderte Bedarfe bei den Angeboten für Drei- bis Sechsjährige nach sich. Gemeinsam mit den Freien Trägern wollen wir in den nächsten Jahren schrittweise die Ganztagsangebote im Kindergartenbereich ausbauen.

Im Wettbewerb um Fachpersonal zielt die Stadt Mannheim auf einen Kapazitätsausbau. Neben der neuen praxisintegrierten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher wurde die Anzahl der Berufspraktikantinnen und -praktikanten nahezu verdoppelt. Zudem nutzt die Stadt Mannheim die Möglichkeiten zur Anwerbung von Quereinsteigern/innen nach der Überarbeitung des Fachkräftekatalogs des Landes Baden-Württemberg. Diese erhalten ein



speziell zugeschnittenes Qualifizierungsangebot zur Sicherstellung einer guten Kinderbetreuung. Darüber hinaus werden über den so genannten Attraktivitätsfonds Weiterbildungsangebote, Fördermaßnahmen, Willkommensveranstaltungen und andere Maßnahmen zur Bindung und Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern gemacht, die Mannheim als Arbeitsplatz und Wohnort attraktiv machen.

Sprache ist Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit

Die Chance auf gerechte Teilhabe und Bildung verbessert sich mit einer längeren Verweildauer von Kindern in guten Kindertageseinrichtungen. Die Kompetenzen der Fachkräfte, eine gute Raum- und Materialausstattung sind wichtige Faktoren einer guten frühkindlichen Erziehung. Teilhabe an Bildung wird durch eine gute Sprachkenntnis erleichtert. Deshalb ist eine alltagsintegrierte Spracherziehung und eine gezielte Sprachförderung unter Einbeziehung der Eltern ein wirksamer Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Mannheim. Bis Ende 2014 wird in so genannten „Schwerpunktkitas Sprache“ in 35 Mannheimer Kindergärten trägerübergreifend die Intensivierung der Sprachförderung vorangetrieben. Eine gezielte Sprachförderung, die den unterschiedlichen Bedingungen des Spracherwerbs einer multikulturellen Stadt Rechnung trägt, ist ein zentraler Schlüssel für eine gelingende Integration in die Gesellschaft. Wir haben in den letzten Jahren die Zahl der förderbedürftigen Kinder bei der Einschulung durch unsere gesamten Anstrengungen im frühkindlichen Bereich deutlich senken können. Ein zentraler Erfolg. Allerdings: die Wirksamkeit spezieller Sprachfördermaßnahmen konnte noch nicht nachgewiesen werden. Evaluation ist deshalb zentral, um noch wirkungsvoller intervenieren zu können.

An dieser Stelle kommt den Kitas als wichtige Integrationsinstanz eine zentrale Bedeutung zu. Unter den Bildungseinrichtungen findet sich im Kindergarten der leichteste Zugang zu den Eltern. Die aktive Elternarbeit ist eine zentrale Variable, um Bildungsangebote und Fördermaßnahmen nachhaltig für die Kinder bereitzustellen.

VIII. Hilfen für Kinder, Jugend und Familie: Jugendamt

Die Zukunftsinvestitionen im Bereich der Förderung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern mit hohem finanziellen Aufwand sind notwendig, um den sozialen Herausforderungen



und Veränderungen gerecht werden zu können und dauerhaft die finanziellen Steigerungsraten in der Jugendhilfe zu verlangsamen.

Der 14. Kinder- und Jugendbericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, der im Januar 2013 veröffentlicht wurde, spiegelt ein aktuelles Bild der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland wider und beschreibt den Wandel, der das Aufwachsen der jungen Generation in den vergangenen Jahren gravierend verändert hat.

Aufwachsen in Deutschland geschieht in einer spezifisch neuen Verzahnung aus öffentlicher und privater Verantwortung. Junge Menschen wachsen immer stärker in öffentlich verantworteten und öffentlich gestalteten Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsräumen auf, ohne dass die familiär-private Verantwortung eine geringere Bedeutung hätte.

Noch nie ging es Kindern und Jugendlichen in Deutschland so gut wie heute. Dennoch gibt es auch eine andere Seite. Einerseits geht es einer Mehrheit von ca. 75 Prozent der Heranwachsenden relativ gut. Diese gelangen ohne größere Blessuren durch das Kindes- und Jugendalter. Andererseits wächst eine Gruppe von ca. 25 Prozent von Anfang an mit Merkmalen der Benachteiligung auf, die sie unter Umständen lebenslang begleiten.

Während auf der „Gewinnerseite“ vornehmlich solche jungen Menschen stehen, die schon von Beginn an günstige Förder- und Anregungsbedingungen vorgefunden haben und im weiteren Verlauf ihrer Bildungsbiografie von Eltern und anspruchsvollen Bildungsinstitutionen gefördert wurden, ist es bei den jungen Menschen aus benachteiligten Herkunftsfamilien umgekehrt. Sie finden von Anfang an ungünstigere Ausgangsbedingungen für ihre Entwicklung vor, können von ihren Eltern nicht in gleicher Weise gefördert und unterstützt werden, durchlaufen niedrigere Bildungsgänge und sind auf geringere Ausbildungsniveaus verwiesen, mit der Folge einer Einmündung in Positionen im unteren bzw. allenfalls im mittleren Segment des Arbeitsmarktes. Als Schlüssel für faire Chancen stehen Bildung und Teilhabe im Fokus, wobei Bildung weitaus mehr umfasst als Schulwissen. Bildung schließt soziale Fähigkeiten und Alltagskompetenzen ein. Der „aktivierende“ Sozialstaat ist bestrebt, Eltern möglichst früh Hilfen bei einer optimalen Förderung des Kindes anzubieten und unterstützt gleichzeitig bei der familiären Erziehungstätigkeit.

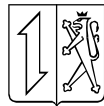


Die Kinder- und Jugendhilfe fokussiert ihre Angebote immer stärker auf die ganze Familie und erbringt die Angebote immer mehr in Kooperation mit anderen Akteuren - mit dem Gesundheitssystem (z.B. Frühe Hilfen), der Schule (z.B. Schulsozialarbeit) oder den Jobcentern/Arbeitsagenturen (z.B. Übergang Schule/Beruf). Zudem waren die letzten Jahre bundesweit geprägt von einer intensiven Debatte um eine Verbesserung des Kinderschutzes.

Mannheim hat diese Entwicklungen zeitnah erkannt und beispielsweise mit der Einrichtung der Eltern-Kind-Zentren, dem Ausbau der Frühen Hilfen, der Jugendkulturarbeit, der Kinder- und Jugendbeteiligung, der intensiven Beratung und Unterstützung Alleinerziehender und mit dem Schwerpunktthema Bildung und Integration wesentliche Bausteine für die Zukunft geschaffen. Diese Entwicklungen sind in die Wirkungsziele des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt eingeflossen:

- Bildungsangebote und Orte der Kinder- und Jugendarbeit sind für alle jungen Menschen zugänglich, attraktiv und werden aktiv genutzt und
- in Mannheim sind Kinder und Jugendliche in Risikolagen geschützt und werden bei ungünstigen Entwicklungsbedingungen und Teilhabebeeinträchtigungen in ihrer Entwicklung unterstützt.

Eine weitere besondere Herausforderung stellt die Neustrukturierung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt dar, die das Ziel hat, weg von den Fachabteilungsstrukturen hin zu einer regionalen Ausrichtung zu gelangen. Hier bedarf es eines besonderen Augenmerks der Sicherstellung der Fachlichkeit insbesondere unter Beachtung des Kinderschutzes. In den letzten Jahren ist es dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt mit vielfältigen Instrumenten gelungen, die Steigerungsraten der Jugendhilfeleistungen zu verlangsamen. Im Zeitraum 2008 bis 2011 lag die Steigerungsrate der Jugendhilfeleistungen in Mannheim 3,4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Mit Blick auf die weit überdurchschnittliche absolute Höhe gilt es aber, diesen Weg konsequent weiterzugehen - im Interesse der Kinder, Jugendlichen und deren Eltern, aber auch mit Blick auf die hohe Bindung von Ressourcen in der Einzelfallhilfe.



IX. Zukunftsinvestitionen in Bildung und Schullandschaft

Gute und sozial gerechte Bildung sind für die Entwicklung und Gestaltung unserer Stadt von besonderer Bedeutung. Deshalb bilden Investitionen in Bildung seit Beginn meiner Amtszeit einen kontinuierlichen Haushaltsschwerpunkt.

In einer auch in Mannheim älter werdenden Gesellschaft wird die Zahl junger Menschen (unter 27 Jahre) in den nächsten 15 Jahren um weitere 7 Prozent sinken. Weniger Heranwachsende bedeuten zugleich, dass Kinder und Jugendliche ein noch kostbarer Bestandteil der Gemeinschaft werden, - wie bereits jetzt schon der Mangel an Auszubildenden und Fachkräften in einigen Berufen deutlich macht. Hinzu kommt, dass die Schülerschaft vielfältiger wird. Bereits heute wachsen sechs von zehn Kindern unter sechs Jahren in Mannheim in einer Familie mit Migrationserfahrung auf. Umso stärker wird der Anspruch, jeden Heranwachsenden unabhängig von seiner Herkunft mit all seinen Potenzialen zu fördern. Die im internationalen Vergleich zu enge bundesdeutsche Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg bildet ein großes Entwicklungshemmnis. In Mannheim leben über 40 Prozent aller jungen Menschen in Stadtteilen mit überdurchschnittlichen sozialen Herausforderungen. Entsprechend setzt die Zukunftsstrategie der Stadt Mannheim vorrangig Schwerpunkte für eine Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit, Förderung von Talenten und Integration.

Bildungschancen gerechter fördern

Mit der Zielsetzung, gezielt Bildungschancen zu erhöhen, wurde in den vergangenen Jahren verstärkt in den Ausbau gebundener Ganztagschulen investiert. Es geht um eine bessere Förderung und längeres gemeinsames Lernen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche. 2011/2012 gingen als Neubau die Vogelstang-Grundschule, eine der größten Mannheimer Grundschulen, sowie 2012/2013 nach einer baulichen Erweiterung und Sanierung die Uhlandgrundschule in den Ganztagesbetrieb. Für die kommenden Jahre sind der Ganztagschulausbau der Bertha-Hirsch-Schule sowie Planungsmittel für die Erich-Kästner-Schule (parallel zur städtebaulichen Entwicklung des Geländes der ehemaligen Turley-Kaserne) und die Humboldt-Grundschule im Haushalt vorgesehen.



Die laufenden Generalsanierungen der Sandhofenschule sowie des Peter-Petersen-Gymnasiums (künftig Johanna-Geissmar-Gymnasium) sehen ebenfalls einen Ganztagesbetrieb vor.

Mit der Kerschensteiner-Schule ging in diesem Schuljahr mit sehr guten Anmeldezahlen die erste Mannheimer Gemeinschaftsschule in Betrieb. Im Gegensatz zu den Gemeinschaftsschulen, die bereits gesetzlich verankert sind, firmieren die Ganztagschulen im Land Baden-Württemberg trotz ihrer großen Zahl formal noch als Schulversuch. Das für 2014 angekündigte Ganztagschulgesetz des Landes Baden-Württemberg dürfte auch im Hinblick auf die noch erheblichen Investitionen und die Kostenaufteilung zwischen Land und Kommunen ausschlaggebend sein, wie schnell dieser notwendige Ausbau vorankommen kann. Dabei darf das Thema Bildungsgerechtigkeit nicht unter die Räder kommen. Befürchtungen sind da leider angezeigt.

Um es deutlich zu formulieren: Ich sehe die gebundene Ganztagschule als einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit bei Schulen mit besonderen Herausforderungen, auf den nicht verzichtet werden kann. Als System der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Schulen mit hoher sozialer Integration ist die offene Ganztagschule ein Weg, für die die Standards aber pragmatisch definiert werden können und müssen. Ergänzend könnten im günstigen Fall die derzeit auf Bundesebene überparteilich diskutierten Bundesmittel für mehr Ganztagschulen einen rascheren Ausbau ermöglichen.

Zu einer verbesserten Bildungsgerechtigkeit trägt ebenfalls der Ausbau der Schulsozialarbeit bei, der dank Finanzierungsbeteiligung des Landes mit einem Drittel zur Erweiterung der Schulsozialarbeit an nun insgesamt 23 Mannheimer Schulen geführt hat. Ebenso sind überregional beachtete kommunale Initiativen wie das Mannheimer Unterstützungssystem an Schulen (MAUS), der Quadratkilometer Bildung, die Kinder- und Jugendakademie oder die Sprachförderung an Grundschulen feste Bausteine zur Förderung Mannheimer Kinder. Wichtige kommunale Bildungseinrichtungen wie Stadtbibliothek, die Musikschule oder die kommunal geförderte Abendakademie leisten zusätzlich zu ihrem klassischen Profil bemerkenswerte Beiträge. Beispielsweise erreicht die Musikschule, gefördert durch die Rychel-Stiftung, durch Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten andere Zielgruppen und ist auf insgesamt 5.724 Schülerinnen und Schüler gewachsen. Die traditionell mit Kitas und Schulen kooperierende Stadtbibliothek hat mit dem Aufbau einer „Internationalen Familienbibliothek“ in der Neckarstadt-West auch in Bezug auf Integration



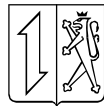
und Bildung einen neuen Weg erprobt, während die Abendakademie als Einrichtung der Erwachsenenbildung den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen und Grundbildung fördert und in diesem Rahmen auch Angebote für die wachsende Zahl von Analphabeten entwickelt.

Von besonderer Bedeutung in Mannheim bleibt weiterhin die kommunale Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf, die in einem Netzwerk aus Partnern von der Arbeitsagentur, dem Land, über Kammern bis zu freien Trägern und Schulen stattfindet und dafür Sorge tragen soll, dass möglichst alle Jugendlichen ihren Weg in den Beruf finden. In diesem Bereich, der durch eine Maßnahmenvielfalt geprägt ist, wurde eine neue Struktur eingeführt, die als Kernstück mit Ausbildungslotsen feste und kompetente Partner an allen Werkrealschulen einsetzt und so für effiziente und vergleichbare Ergebnisse sorgen kann. Der Prozess wird unterstützt und begleitet durch die „Gemeinnützige Hertie-Stiftung“ als bundesweites Referenzprojekt.

Bildungserfolge sind von der guten Zusammenarbeit vieler Partner und der Partizipation der Beteiligten abhängig. Daher ist es wichtig, diese Zusammenarbeit in Netzwerken zu fördern. Eine wichtige Unterstützung war in diesem Zusammenhang das Bundesstrukturprogramm „Lernen vor Ort“, das 2014 auslaufen wird. In diesem Rahmen konnten unter anderem das Bildungsmonitoring und Bildungskonferenzen etabliert werden, die Kooperation mit Stiftungen wurde intensiviert und ein Bildungsbeirat wurde gegründet. Aktuell findet in der Neckarstadt-West in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem VHW-Städtenetzwerk ein Beteiligungsprozess zur Bildungslandschaft des Stadtteils statt.

Schulbauten in guten Händen - Abbau des Sanierungsstaus

Der Schulbereich macht mit 71 Liegenschaften und insgesamt über 500.000 qm Gebäudefläche über die Hälfte des gesamtstädtischen Immobilienportfolios aus. Oft sind Schulen nicht nur die größten Gebäude im Stadtteil, sondern auch ein Identifikationsort, der für viele lokale Aktivitäten von den Wahlen, über die Spiel-, Grün- und Sportflächen bis hin zu Veranstaltungen oder dem Integrations- oder Abendakademiekurs genutzt wird. Schulgebäude gehören zum Stadtteil und sie werden zunehmend intensiver genutzt. In den vergangenen Jahren wurden aus diesem Grund bereits Zweithausmeister eingestellt, um die Schulen, die zunehmend Abend- und Wochenendnutzungen haben, betreuen zu können. So haben sich in den letzten Jahren nicht nur die Schulraumüberlassungen an Dritte



verdoppelt, sondern durch Betreuungs- oder Ganztagesbetrieb weitet sich Schule mehr und mehr zum intensiv genutzten Lebensraum im Stadtteil aus. Um diese Qualitäten und die gewachsenen pädagogischen Anforderungen wie individuelle Förderung, ganztägiges und gemeinsames Lernen (Inklusion) abbilden zu können, bedarf es erheblicher Investitionen und einer nachhaltigen Sicherung der Substanz in Form angemessener Bauunterhaltung.

Die Stadt Mannheim hat sich bereits vor einigen Jahren strukturell neu aufgestellt, um den langjährigen Sanierungsstau öffentlicher Infrastruktur bei Schulbauten gezielt abzubauen. So wurde mit dem Einstieg in das Mannheimer PPP (Public-Private-Partnership), verbunden mit der Gründung einer eigenen Bau- und Betriebsservice GmbH (BBS), die mit den Sanierungen der Schulbauten beauftragt wurde und in der Folge - ausgestattet mit einer entsprechenden jährlichen Bauunterhaltungsrate - für die laufende Betreuung dieser Schulgebäude verantwortlich zeichnet, ein neuer, bislang erfolgreicher Weg beschritten. Deshalb wurde zur Beschleunigung zum 01.07.2011 das Projekt „Übergang der Schulen an die BBS“ gestartet. Ziel des Projekts ist es, alle Schulen und - damit auch noch zu sanierende Gebäude - bis spätestens 31.12.2014 in die Instandhaltung durch die BBS zu überführen. Nach dem derzeitigen Zeitplan kann der Übergang sogar fünf Monate früher, zum 01.08.2014 abgeschlossen werden. Mit dem Übergang der Schulen an die BBS ist sichergestellt, dass alle Schulen auf dem Niveau ihres jetzigen Zustandes erhalten werden und keine weiteren Substanzverluste eintreten können. Bei sanierten Gebäuden heißt dies, dass die Gebäude nachhaltig in ihrer Qualität gesichert sind. Für den Unterhalt aller Schulen sind Mittel in Höhe von rund 11,3 Mio. Euro pro Jahr vorgesehen. Jede zusätzliche Investition, das sind die Sanierungsmaßnahmen im Finanzhaushalt, führt zu einer Substanzverbesserung. Im aktuellen Doppelhaushalt sind dafür 17 Mio. Euro (2014) und 20 Mio. Euro (2015) vorgesehen. Die Steuerungs- und „Besteller“-Funktion über die anzugehenden Maßnahmen verbleibt bei der Stadt Mannheim.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Vor dem Hintergrund der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde mit hoher Priorität in den Ausbau der Betreuung in Grundschulen durch Hortangebote, Angebote der verlässlichen Grundschule und der flexiblen Nachmittagsbetreuung investiert. In den vergangenen zwei Jahren konnte trotz spürbarem Fachkräftemangel vor allem durch zusätzliche städtisch finanzierte Angebote freier Träger die Zahl der betreuten Kinder von 3.400 auf aktuell 3.800 Plätze gesteigert werden. Jedes zweite Grundschulkind hat in

Mannheim ein Betreuungs- oder
Ganztagsschulangebot. Der Bedarf wird



von Experten mittelfristig bei einer Betreuungsquote von 70 Prozent gesehen. Aktuell (Stand Ende September) weist die Vormerkliste noch etwa 250 Kinder aus, die einen Platz suchen. Im Haushalt vorgesehen ist ein Ausbau der Angebote freier Träger um weitere 280 Plätze mit Blick auf das Schuljahr 2014/2015. Ergänzend sollen offene Ganztagsschulen ausgebaut werden, also Angebote, die auf der Grundlage der jährlichen Anmeldung der Eltern Nachmittagsangebote der Schule ermöglichen. Hierfür sind im Finanzhaushalt Mittel für eine Mensa sowohl in der Gerhart-Hauptmann-Schule wie in der Wallstadtschule vorgesehen.

Schulentwicklung/Bildungsplanung

2013 wurde der zweite Mannheimer Bildungsbericht vorgelegt, der große Beachtung weit über Mannheim hinaus fand. Er bereitet anhand messbarer Daten Grundlagen für eine fachliche, öffentliche und politische Diskussion zur Bildungslandschaft auf und bietet eine belastbare Planungs- und Steuerungsgrundlage für die weitere Entwicklung der lokalen Bildungslandschaft, damit auch für städtische Investitionen. Das Verfahren des Bildungsmonitorings, Ergebnisse und Wirkungen zu beleuchten, ist aktuell wichtiger denn je, denn die Schullandschaft befindet sich nicht nur aufgrund der demografischen Entwicklung in einem raschen, tief greifenden Wandel. Der 2. Mannheimer Bildungsbericht machte noch einmal deutlich, dass insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von Bildungsbenachteiligung betroffen sind. Die Verwaltung entwickelt deshalb im Auftrag der Politik einen Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ zur interkulturellen Öffnung des Bildungsbereichs und zielgruppenspezifischen Förderung. Darüber hinaus weist der Bildungsbericht insgesamt eine Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen aus, die weitreichende Auswirkungen für alle Schultypen hat. Beispielsweise wechselt mittlerweile jeder zweite Schüler von der Grundschule auf das Gymnasium. Aufgrund der sinkenden Akzeptanz der Werkrealschulen wird sich die Zahl der Werkrealschulen von einst 20 auf aktuell zwölf und demnächst auf sechs Standorte reduzieren. Das Land geht in einem Zwei-Säulen-Modell davon aus, dass die künftige Schullandschaft zweigliedrig sein wird, die Schülerschaft heterogener. Angesichts der Inklusion, die das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf ermöglichen soll, stellt sich die Frage, welche Rolle künftig Sonderschulen und welche Funktion die jetzigen Sonderschulstandorte haben werden. Zugleich wird in allen Schularten ganztägiges Lernen und individuelle Förderung den Schulalltag weitgehend umgestalten. Die vom Land auf den Weg gebrachte Gemeinschaftsschule greift diese Entwicklungen bereits auf.



Diese Veränderungen machen gerade vor dem Hintergrund der erheblichen Investitionen in Schulen eine Schulentwicklungsplanung erforderlich. Hier hat Mannheim bereits 2008 mit der Schulentwicklungskommission, die damals erstmals die Werkrealschullandschaft umgestaltete, den richtigen Weg bestritten. Aktuell arbeiten zwei Kommissionen (weiterführende Schulen, berufliche Schulen). In diesem Weg hat uns auch das Land bestätigt, das in diesem Jahr erstmals ein Verfahren und verbindliche Größen für die regionale Schulentwicklung etabliert hat.

Für uns in Mannheim will ich mit Blick auf die Schulentwicklungskommission den Appell wiederholen: Unabhängig von der Schulform ist die Frage zu beantworten, wo sollen starke, zukunftssichere, nicht-gymnasiale weiterführende Schulangebote platziert sein? Dabei sollten wir von 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 10 für diese Angebote ausgehen. In einem zweiten Schritt muss dann das Angebot attraktiv genug definiert werden. Wenn der nicht-gymnasiale Teil unseres allgemeinbildenden Schulwesens dauerhaft unter 50 Prozent gerät, wird das Gymnasium zum Regelangebot und jede Art „zweiter Säule“ zum Rest, das unter einen ähnlichen Druck gerät wie heute die Werkrealschulen. Auf Basis dieser Erkenntnis sollten wir zumindest in Mannheim zu einer gemeinsamen, pragmatischen Antwort kommen.

Die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg - eine Chance für Kommunen

Das Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Demografischer Wandel, Sicherung der Versorgungsstrukturen, Mangel an Pflegekräften, Krankenversicherung, Erschließung schwer erreichbarer Zielgruppen, Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes - dies ist nur ein kleiner Teil der Themen im Gesundheitswesen, die bearbeitet werden müssen.

Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Gesundheitsstrategie einen Weg entwickelt, um diese Herausforderungen auf den einzelnen Handlungs- und Entscheidungsebenen anzugehen. Neben der Einrichtung der Landesgesundheitskonferenz, die künftig das Dach aller gesundheitspolitisch relevanten Gremien des Sozialministeriums bildet, sind die kommunalen Gesundheitskonferenzen und die kommunalen Gesundheitsdialoge die Instrumente, die es einer Stadt wie Mannheim ermöglichen, die vorhandenen Akteure und Institutionen besser miteinander zu vernetzen, Stärken vor Ort zu bündeln, Versorgungsstrukturen und Angebote zu optimieren und die Bürger als Experten in



eigener Sache an der Entscheidungsfindung in Fragen der medizinischen Versorgung, der Gesundheitsförderung und Prävention sowie weiterer relevanter gesundheitlicher Aspekte zu beteiligen.

Der Fachbereich Gesundheit nimmt hierbei eine maßgebliche Rolle ein. Er begleitet bereits heute den vom Land initiierten Strukturwandel und wird auch in den kommenden zwei Jahren federführend den Prozess in der Stadt Mannheim steuern. Da „Gesundheit“ jedoch ein Querschnittsthema ist, werden künftig bei der Behandlung gesundheitlicher Fragestellungen noch stärker als bisher auch andere Fachbereiche - ich denke nicht nur an die Bereiche Soziales, Kinder/Jugend/Familie sowie Bildung, sondern vor allem auch an Stadtentwicklung und Umwelt - mit am Tisch sitzen und das Thema aufgreifen.

Innerhalb unserer kommunalen Verwaltungsstrukturen bedeutet dies einmal mehr, eine sachorientierte dezernats- und fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit zu fördern und dauerhaft zu implementieren. Um einen Einblick in die uns bevorstehende Arbeit zu geben, möchte ich Ihnen exemplarisch einige Themenbeispiele nennen:

Ein plakatives Beispiel für die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit ist der bereits angesprochene Bereich der Frühen Hilfen. Unter der gemeinsamen Federführung vom Fachbereich Gesundheit und Jugendamt werden hier im Zusammenschluss mit zahlreichen weiteren Kooperationspartnern Aktivitäten entwickelt und umgesetzt, die sowohl Aspekte des frühzeitigen Erkennens von Unterstützungsbedarfen in Mannheimer Familien als auch genaues Hinschauen zwecks Kinderschutz beinhalten.

Die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchung spielen fachbereichsübergreifend eine wichtige Rolle, da sie uns eine Zahlengrundlage in der fachlich-strategischen Diskussion zur Ausrichtung unserer kommunalen Unterstützungsmaßnahmen im Vorschulalter bieten. Insbesondere denke ich hier an die Zahl der sprachförderbedürftigen Kinder, bei denen wir - wie im 2. Mannheimer Bildungsbericht dargestellt - als erfreuliches Ergebnis verschiedener Aktivitäten in den letzten Jahren einen Rückgang der entsprechenden Zahlen feststellen können.

Unabhängig von diesen beiden Bereichen gewinnen Gesundheitsförderung und Prävention auf Bundes- und Landesebene zunehmend an Bedeutung. Doch es ist die kommunale Ebene, auf der Gesundheitsförderung und Prävention wirksam ansetzen, da hier die direkte

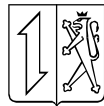


Interaktion mit den jeweiligen Zielgruppen überhaupt erst möglich ist. In der Gesundheitsförderung und Prävention der Stadt Mannheim wird auch in den kommenden zwei Haushaltsjahren die gesundheitliche Chancengleichheit im Vordergrund stehen. So werden die Maßnahmen des Aktionsplans zur Förderung der gesundheitlichen Chancengleichheit bei Kindern und Jugendlichen weitergeführt und anhand aktueller Erhebungen fortgeschrieben. Die Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund wird nicht nur weitergeführt, sondern intensiviert.

Ein anderes Beispiel für Prävention sind die Aktivitäten des Fachbereichs Gesundheit auf dem Gebiet des Infektionsschutzes, gerade im Bereich der zunehmenden, höchst problematischen, mehrfach-antibiotikaresistenten Keime. Die Beteiligung der Stadtverwaltung bei der Schaffung und dem Ausbau eines regionalen und eines landesweiten Netzwerkes zur Schaffung gemeinsamer Lösungen zur Verhinderung und Weiterverbreitung dieser Keime spiegelt ihre Wahrnehmung der Verantwortung zum Schutze der Bürger wider. Im Bereich der Sucht befinden wir uns in einem laufenden Prozess einer Neustrukturierung der Suchthilfelandchaft. Ziel ist es hier, die Versorgungslandschaft weiter zu optimieren, Synergieeffekte zu erzielen und soweit erforderlich, Doppelstrukturen abzubauen. Ich bin zuversichtlich, dass die gewünschten Effekte erreicht werden.

X. Investitionen in unsere Infrastruktur

Im Doppelhaushalt 2014/2015 setzen wir unsere Anstrengungen für den Erhalt unserer baulichen Infrastruktur fort. So werden dem Fachbereich „Tiefbau“ im Entwurf zum Doppelhaushalt 2014/2015 2,8 Mio. Euro mehr Mittel zur Unterhaltung der Straßen-, Wege- und Platzflächen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln sollen in erster Linie Straßen- und Wegeflächen der Zustandsnoten 1 bis 3 saniert werden. Es sind großflächige Deckensanierungen an Hauptverkehrs- und Industriestraßen, großflächige Gehwegsanierungen im Stadtgebiet und Dünnschichtbeläge an Wohnstraßen vorgesehen. Hier geht es darum, ein extrem teures „Abrutschen“ in die Zustandsklassen 4 bis 6 zu verhindern. Die Systematik ist vergleichbar mit jener der BBS bei den Schulen: Erhalt der Substanz und Vermeidung neuen Instandhaltungsstaus; Investitionen im Finanzhaushalt zum Abbau des Instandhaltungsstaus.



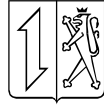
Es ist unser Ziel, die grundhafte Erneuerung der Straßen mit Zustandsklasse 4 bis 6 voranzutreiben. Es besteht dringender Handlungsbedarf beispielsweise bei folgenden Straßen: Dffenéstraße, Morchfeldstraße, B44 Frankenthaler Straße, Wormser Straße, Lilienstraße, Steinzeugstraße, Essener Straße usw. Die Erstellung einer detaillierten Prioritätenliste erfolgt nach Genehmigung des Haushalts.

Brückensanierungen

Bei den großen und notwendigen Brückensanierungsmaßnahmen wie beispielsweise die Grunderneuerung des Kurt-Schumacher-Brückenkopfs mit 647.000 Euro in 2014 und 876.000 Euro in 2015 und der Grunderneuerung der Jungbuschbrücke mit 653.000 Euro in 2014 und 500.000 Euro in 2015 sowie weiteren 1,2 Mio. Euro in 2014 und 2,0 Mio. Euro in 2015 für verschiedene Erneuerungen im Konrad-Adenauer-Brückenkopf, der Friedrich-Ebert-Brücke (stadtauswärts) und die Erneuerung kleinerer Brückenbauwerke, wird der Wert- und Substanzerhalt dieser Ingenieurbauwerke sichergestellt.

Straßenbeleuchtung (Energie und Umwelt)

Mit Inkrafttreten der Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG stellt die EU klar, dass zur Minimierung schädlicher Umweltbelastungen generell energieverbrauchsrelevante Produkte berücksichtigt werden müssen. Hauptziel der neuen Richtlinie ist es, die Energieeffizienz zu verbessern und die Umweltauswirkungen in Bezug auf Ressourcenschonung und Klimaschutz zu verringern. Daraus ergibt sich eine Aufgabenpriorität, wonach ca. 20.000 noch in Betrieb befindliche Quecksilberdampf-Hochdrucklampen auszutauschen sind. Dieser Austausch muss bis spätestens 2018 erfolgen. In den kommenden Jahren werden strukturelle Verbesserungen der Straßenbeleuchtung in Bezug auf Mastsanierung und energieeffiziente Beleuchtung umgesetzt, dabei sollen neue Technologien wie die LED-Leuchten verstärkt zum Einsatz kommen. Durch die Ansatzerhöhung und Inanspruchnahme von Förderprogrammen soll das Ziel einer energieeffizienten und umweltschonenden Stadtbeleuchtung erreicht werden.



Verkehrsfluss und Verkehrsqualität stellen einen essentiellen Standortfaktor dar. Um den Signalanlagenbestand dauerhaft in technisch zuverlässigem und somit in verkehrssicherem Zustand zu halten, werden in den nächsten Jahren die ältesten Lichtsignalanlagen nach und nach erneuert. Für die Jahre 2014 und 2015 sind Erneuerungen im Bereich „Augustaanlage“ und „Auf dem Sand“ vorgesehen, da die dort im Einsatz befindlichen Steuergeräte teilweise ein Alter von 40 Jahren haben.

Industriegleise

Auf der Friesenheimer Insel sind die dort ansässigen Firmen über die vorhandenen Industriegleise an das Netz der Deutschen Bahn angeschlossen. Es ist Aufgabe der Stadt, hier für eine störungsfreie Anbindung zu sorgen. Im neuen Doppelhaushalt ist der Lückenschluss im Gleisring eine zentrale Maßnahme. Der Anschluss an das Bahnnetz im Bereich der Kammerschleuse ist notwendig, um das vorhandene Nadelöhr an der Diffenébrücke aufzulösen und die Andienung für das Müllheizkraftwerk sowie die vorhandenen Firmen zu sichern.

Fortführung des Radwegeprogramms

Die Realisierung der mit 40.000 Kfz/24 Stunden hoch belasteten Bismarckstraße kann nur in zwei Bauabschnitten erfolgen, um die Verkehrsbehinderungen während der Bauzeit möglichst gering zu halten. Auch die Belastung der Anwohner hält sich bei dieser Vorgehensweise in Grenzen.

Da im 1. Bauabschnitt (Fahrtrichtung stadtauswärts) geringere Umbauarbeiten erforderlich sind (Hauptsächlich Decken- und Markierungsarbeiten), kann hier relativ zügig eine Radwegführung angeboten werden. Für die Maßnahme werden wir einen Zuschussantrag beim Regierungspräsidium stellen. Die bisher in Aussicht gestellten Landesmittel von 0,9 Mio. Euro halte ich für zu wenig. Wir erwarten hier im Rahmen des Antragsverfahrens noch eine deutliche Erhöhung. Die Ausschreibung der Maßnahme kann daher erst dann erfolgen, wenn die Unbedenklichkeitserklärung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vorliegt. Nach Vorstellung der Verkehrssimulation vor wenigen Tagen soll Ende 2013/Anfang 2014 der Grundsatzbeschluss in den Gremien gefällt werden.



Die Herstellung der Radwegführung Friedrichsplatz mit einem Kostenvolumen von ca. 500.000 Euro war ursprünglich in den diesjährigen Sommerferien geplant. Bei der öffentlichen Ausschreibung hat leider keine Firma ein Angebot abgegeben. Die Herstellung dieser Radwegführung um den Wasserturm herum ist nun in den nächsten Sommerferien vorgesehen. Die geplante Radwegführung, die auf der Fahrbahn abmarkiert wird, schließt dann an die vorhandenen Radwegführungen in der „Fressgasse“ und der „Kunststraße“ an. Für die Maßnahme wurde bereits ein Zuschuss in Höhe von ca. 200.000 Euro vom Regierungspräsidium in Aussicht gestellt.

Bereits am 01.10.2011 beschloss der Gemeinderat ein Radwegkonzept, mit dem die Lücken von Radwegnetzen an Hauptstraßen beseitigt werden sollen. In diesem Zusammenhang soll in einem 1. Bauabschnitt 2014 der Streckenabschnitt zwischen den Mannheimer Quadraten U2 bis U6 in Fahrtrichtung Hauptbahnhof zur Ausführung kommen. Im Anschluss daran ist für 2015 die Fertigstellung der Radwegführung zwischen den Quadraten S6 bis Q7 in Fahrtrichtung Kurpfalzkreisel sowie die Radwegführung der an den Friedrichsring anschließenden Goethestraße geplant. In beiden Streckenabschnitten wird der Radweg auf der Fahrbahn abmarkiert. Die Gesamtmaßnahme in einer Höhe von ca. 530.000 Euro wird dem Ausschuss für Umwelt und Technik Anfang 2014 zur Abstimmung vorgelegt werden.

Neubauprojekte an Straßen, Wegen, Plätzen

Die Schulstraße, mit einem Gesamtkostenvolumen von 2,5 Mio. Euro, befindet sich seit Mai diesen Jahres in der Ausführungsphase. In einem 1. Bauabschnitt wird der Streckenabschnitt zwischen der Katharinenstraße und der Neckarauer Straße hergestellt. Im 2. Bauabschnitt zwischen der Katharinenstraße und der Luisenstraße soll noch in diesem Jahr mit den Leitungsverlegungen begonnen werden. Im Anschluss daran erfolgen die straßenbaulichen Arbeiten. Der 3. und letzte Bauabschnitt zwischen der Luisen- und Rheingoldstraße kann erst 2015 realisiert werden, da hier zunächst die 2014 beginnenden Umbauarbeiten am Bach-Gymnasium abgewartet werden müssen.

Vor dem Hintergrund des Entwicklungskonzeptes Innenstadt Mannheim (EKI) wurde mit Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Technik vom 10.06.2008 ein städtebaulicher Realisierungswettbewerb zur „Neugestaltung der Planken in Mannheim - Vom Wasserturm bis zum Verbindungskanal“ ausgeschrieben. Entsprechend den Empfehlungen des Preisgerichts wurde 2009 das „Gewinner-Büro“ zur Ausarbeitung eines Vorentwurfes und Entwurfes



beauftragt. Die Planung integriert die Maßnahmen der RNV mit der barrierefreien Neugestaltung der Straßenbahntrasse und -bahnsteige. Der Planungsprozess wurde in engem Austausch mit den Vertretern des Einzelhandels und der Bürgerschaft über das Entwicklungskonzept Innenstadt (EKI) vorangetrieben. 2010 und 2011 wurden die Planungsschritte mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen und öffentlich ausgestellt. Anregungen aus den Beteiligungen sind jeweils in die Planung eingeflossen. Gemäß des Aktionsplans „Mannheim - auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“ sind die Behindertenverbände eingebunden. Die Abstimmungsgespräche werden fortlaufend geführt. Aufgrund der Vielzahl verschiedener Bauprojekte innerhalb des Stadtzentrums wurde der Baubeginn des Plankenumbaus einvernehmlich bis 2016 zurückgestellt.

In das Projekt sind neben den „eigentlichen“ Planken (P1 bis P7), dem Kaiserring und den Kapuzinerplanken inzwischen auch die Seitenstraßen (Münzgasse - Durchgang Planken/Fressgasse), die Fressgasse im Bereich von Q6/Q7 und die Platzgestaltung D5/E5 in die Überlegungen aufgenommen. Je nach Eröffnungstermin des neuen Geschäftshauses Q6/Q7 Ende 2015 ist mit den bereitgestellten Haushaltsmitteln bis Herbst 2015 die Fressgasse baulich fertigzustellen. Die RNV beabsichtigt, die Haltestelle „Rathaus“ barrierefrei umzubauen. Die Platzanpassung D5/E5 mit einem geschätzten Volumen von ca. 1 Mio. Euro ist allerdings im Doppelhaushalt noch nicht berücksichtigt, so dass die Anpassung des Rathausvorplatzes frühestens ab 2016 erfolgen könnte.

Mit der dringend erforderlichen Gleiserneuerung in der Seckenheimer Hauptstraße, dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle „Rathausplatz“ und „Deutscher Hof“ wird die Herstellung der städtischen Flächenanteile in Seckenheims Zentrum erforderlich. Die Maßnahme umfasst die Gehwege, Parkstreifen und Fahrbahnrestflächen in der Seckenheimer Hauptstraße entlang der RNV-Gleiserneuerung sowie die Neugestaltung des Seckenheimer Rathausplatzes. Die Neugestaltung des Seckenheimer Rathausplatzes ist das planerische Ergebnis eines umfangreichen Bürgerbeteiligungsverfahrens in Seckenheim. Das Zentrum Seckenheims steht nun vor einer umfangreichen Umbaumaßnahme. Um die damit verbundenen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in Grenzen zu halten und eine wirtschaftliche Durchführung des Projektes zu bewerkstelligen, sollen die RNV-Abschnitte wie auch die städtischen Bauabschnitte in einer gemeinsamen Baumaßnahme hergestellt werden. Es ist vorgesehen, das in 2012 vor Ort einvernehmlich abgestimmte Gestaltungskonzept des Rathausplatzes mit der



Haltestellenherstellung an den Planken und der Gleiserneuerung zu realisieren. Dazu werden ab 2014 erste Bauarbeiten/Leitungsverlegungen erfolgen.

Die Realisierung des Bürgerbeteiligungsprojektes „Stadtteilplätze Friedrichsfeld“ erfordert einen Gesamtkostenaufwand von 2,1 Mio. Euro. Mit der Bereitstellung von 600.000 Euro kann ab 2016 nur ein Teilbereich der Platzgestaltungen ausgeführt werden. Möglich ist dabei eine Herstellung von Bechererplatz und Bürkleplatz bzw. alternativ eine Herstellung des Goetheplatzes.

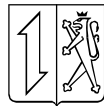
Ersatzlösung für technisches Rathaus „Collini-Center“

Der bautechnische Zustand des Collini-Centers, einhergehend mit den hohen Kosten einer Generalsanierung des Gebäudes, unterstreicht die Notwendigkeit einer Prüfung weiterer Alternativlösungen. Wir müssen die Weichen für eine zukünftige Unterbringung der dort untergebrachten städtischen Ämter und Fachbereiche stellen. Bereits vor vier Jahren war es im Rahmen des Haushaltsstrukturprogramms das gemeinsame Ziel, zusammen mit der GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH das Areal des technischen Rathauses zu sanieren und weiterzuentwickeln. Die gutachterlich nachgewiesene Investitionssumme von ca. 72 Mio. Euro für eine Sanierung des Collini-Centers ließ die bisherigen Überlegungen obsolet werden.

Es gilt, in den kommenden zwei bis drei Jahren mit Investoren eine Lösung zu erarbeiten und umzusetzen, die für die Serviceangebote der Verwaltung wie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zentraler Lage und durch den ÖPNV gut erschlossen, adäquate Räumlichkeiten bietet und dem Auftritt eines „Technischen Rathauses“ angemessen ist. Derzeit wird parallel eine eigenständige Unterbringung des Stadtarchivs - Institut für Stadtgeschichte geprüft. Zugleich ist zudem eine städtebaulich und funktional überzeugende Planung des Collini-Center-Areals mit privaten Investoren zu entwickeln.

XI. Erhebliche Investitionen in unser Feuerwehrewesen

Mit dem Haushalt 2014/2015 werden die notwendigen Investitionen zur Modernisierung der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr in den beiden Haushaltsjahren fortgesetzt. Nach einem Neubau des Rettungszentrums in Friedrichsfeld stehen 2014/2015 mit dem Neubau der



Hauptfeuerwache und der Generalsanierung der Feuerwache Nord zwei bauliche Investitionen im Mittelpunkt, die zusammen mit den Ausstattungsinvestitionen für die Feuerwehr der mittelfristigen Finanzplanung ihren Stempel aufdrücken.

Neue Hauptfeuerwache Mitte

Nachdem mit Zustimmung des Gemeinderates im vergangenen Jahr das Mannheimer Unternehmen Bilfinger für den Standort Glückstein-Quartier gewonnen werden konnte, wurde zur Mobilisierung des Baublocks 14 die beschleunigte Verlegung der angrenzenden Feuerwache Mitte notwendig. Der Grundstückserwerb für eine Unterbringung auf dem ehemaligen Vögele-Gelände konnte bereits abgeschlossen werden, so dass mit dem Doppelhaushalt 2014/2015 der Einstieg in die Umsetzung der neuen Hauptfeuerwache erfolgen kann. Gemeinsam mit Vertretern des Gemeinderates wurden bereits vor wenigen Wochen die ersten Realisierungsentwürfe der beteiligten Bau- und Planungsunternehmen diskutiert und konkretisiert. Die europaweite Ausschreibung und Erschließung des neuen Grundstückes sollen nach bisherigem Zeitplan nach Abschluss des Bebauungsplans im Frühjahr 2014 erfolgen. Ab Herbst 2014 bis Mitte 2016 müssen die Neckarauer Straße sowie die Fabrikstationsstraße auf dem ehemaligen Vögele-Grundstück hergestellt sein. Die Feuerwache wird voraussichtlich bis Ende 2016 an den neuen Standort auf dem ehemaligen Vögele-Gelände verlegt sein. Dann können die Wohnungsbaugrundstücke auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache sowie im benachbarten Baufeld mobilisiert werden. Im Haushaltsplan wurden folgende erste Raten für eine Umsetzung der neuen Hauptfeuerwache eingeplant: 2014 5 Mio. Euro, 2015 bis 2017 jeweils 9 Mio. Euro.

Generalsanierung Feuerwache Nord

Gemäß dem Mannheimer Drei-Wachen-Konzept wurde die Feuerwache Nord im Jahre 1975 errichtet. Inzwischen ist die Feuerwache gebäudetechnisch und funktional an ihre Grenzen gelangt, so dass auf Grundlage des aktuellen Raumbedarfs und der Funktionszusammenhänge eine Generalsanierung mit notwendigen Erweiterungen erforderlich wurde. Nach Generalplanleistungen und Wettbewerb soll es im kommenden Jahr in die Sanierungsphase bei vollem Betrieb der Feuerwache gehen. Für die bauabschnittsweise Umsetzung durch einen Generalübernehmer wurden in den Haushaltsjahren 2014 bis 2017 eine Erstfinanzierung mit insgesamt 9 Mio. Euro eingeplant.



Fahrzeugkonzept

Der in diesem Jahr vom Gemeinderat beschlossene Brandschutzbedarfsplan bestätigt die bisherigen Fahrzeugbeschaffungen und den vorhandenen Fuhrpark der Berufsfeuerwehr als zukunftsgerichtet und integriert ebenso das von der Freiwilligen Feuerwehr erarbeitete Fahrzeugkonzept und den sich daraus ergebenden Beschaffungsplan als angemessen. Im Doppelhaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung wurden für die Berufsfeuerwehr für den Ersatz von überalterten Einsatzfahrzeugen Mittel von 4,3 Mio. Euro bis 2017 eingeplant. Im Rahmen des Haushaltsbudgets sind unter anderem Ersatzbeschaffungen von zwei Drehleitern mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Mio. Euro vorgesehen. Zur weiteren Umsetzung des Fahrzeugkonzeptes der Freiwilligen Feuerwehr konnten 450.000 Euro pro Jahr im Planungszeitraum 2014 bis 2017 eingeplant werden.

Digitalfunk

Zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe einer Einführung des Digitalfunks soll im Haushaltsjahr 2014 mit 790.000 Euro der Einstieg in die neue Kommunikationstechnik erfolgen. Die Einführung des Digitalfunks wird seit mehreren Jahren vom Innenministerium Baden-Württemberg vorangetrieben und soll ab 2014 bei der Feuerwehr Mannheim in die Umsetzung gehen. Nachdem zwischenzeitlich das Polizeipräsidium Mannheim umgestellt wurde, soll mit dem Digitalfunk bei der Feuerwehr eine bessere Sprachqualität und effizientere Führungsorganisation erreicht werden.

Sirennennetz

Die Verwaltung wird nach einer intensiven Fachplanung und nach den geführten Gesprächen mit Mannheimer Unternehmen das erarbeitete Konzept zur Warnung der Bevölkerung durch Sirenen in den Haushaltsjahren 2014/2015 weiter umsetzen. Zwischenzeitlich liegen der Stadt Mannheim erste Finanzierungszusagen für eine Beteiligung an der Umsetzung durch die Wirtschaft (unter anderem BASF) vor, so dass im kommenden Jahr die erste Phase der Realisierung erfolgen kann. In den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 wurden jeweils 300.000 Euro an Haushaltsmitteln eingeplant.



XII. Optimierung unserer ÖPNV-Infrastruktur

Auch in dieser Planungsperiode haben wir wieder erhebliche Mittel für die Modernisierung der Bahnhöfe im Rahmen der 2. Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar vorgesehen. Im Finanzplanungsrahmen bis 2017 ist ein Betrag von insgesamt 8,2 Mio. Euro etatisiert.

Hiervon betroffen sind die Stationen Mannheim-Rheinau und Mannheim-Neckarau auf der Strecke Mannheim - Karlsruhe und auf der östlichen Riedbahn für die Strecke Mannheim - Biblis die Stationen Käfertal und Neuostheim. Ebenso ist die bisherige Station Mannheim - Friedrichsfeld enthalten.

Besonderes Augenmerk möchte ich auf die Stationen Käfertal und Neuostheim legen. Die Station Käfertal ist eine wichtige regionale Anbindung des künftigen Grünzugs inkl. BUGA-Gelände. Sie stellt aber zugleich auch eine Verbindung des BUGA-Geländes mit dem Luisenpark mit der neuen Station in Neuostheim her. Durch die regelmäßige Bedienung der östlichen Riedbahn schaffen wir völlig neue Verbindungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt, aber auch regional in die Stadt und ihre nördlichen Stadtteile.

Im Süden der Stadt gelingt es uns, einen Kompaktbahnhof in Rheinau zu realisieren, während wir wegen Neckarau noch verhandeln.

Stadtbahn Nord

Mit der Stadtbahn Nord führen wir den konsequenten Weg der Attraktivierung des ÖPNV fort. Mit der Stadtbahn Nord, die sich mitten im Bau befindet und voraussichtlich im Juni 2016 in Betrieb gehen wird, erschließen wir wichtige Bereiche des Mannheimer Nordens, die bislang nicht an das Stadtbahnnetz angeschlossen sind. Nach Inbetriebnahme ist jeder Stadtteil mit der Stadtbahn erreichbar, so dass nunmehr überall eine ökologische Alternative zum Auto bereitsteht. Wir leisten damit auch einen Beitrag zur Stärkung der Urbanität.

Nicht nur in der Planungsphase schreiben wir Bürgerbeteiligung groß, sondern auch während der Baumaßnahmen werden die Anwohner über verschiedene Medien wie Facebook, Flyer, Homepage und Veranstaltungen über den Fortgang der Arbeiten informiert. Erste Abschnitte, wie die Waldstraße und Hochuferstraße, sind bereits oder werden noch in



diesem Jahr fertiggestellt. Derzeit finden Arbeiten im Ulmenweg und der Hessischen Straße statt.

Für das Projekt mit einem ermittelten Gesamtvolumen von 77,5 Mio. Euro erwarten wir Zuschüsse von Bund und Land in Höhe von rund 51 Mio. Euro. Der Komplementäranteil von 26 Mio. Euro wird vollständig im städtischen MVV-Konzern getragen, so dass der Haushalt der Stadt mit diesem Projekt nicht belastet wird.

XIII. Baukompetenzzentrum bewirkt Steigerung unserer Baukultur

Vor dem Hintergrund des Wettbewerbs der Region um innovative Firmenansiedlungen, qualifizierte Arbeitskräfte und junge Familien stellt das Thema „Baukultur“ und die Verbesserung des Lebens- und Arbeitsumfeldes der Stadt Mannheim eine besondere und wichtige Aufgabe der Verwaltung dar. Das strategische Ziel Nr. 1, „Die Stärkung der Urbanität“ zielt explizit darauf ab.

In den vergangenen zwei Jahren konnte die Qualität der städtischen Bauvorhaben durch die Auswahl von guten Planungsbüros und durch die zunehmende Anzahl konkurrierender Planungsverfahren deutlich gesteigert werden. Dabei war und ist auch immer die Einbindung des Gemeinderates und der Bezirksbeiräte in den Preisgerichten ein gesetztes Ziel.

Der Gestaltungsbeirat ist mittlerweile ein etabliertes Beratergremium für die Stadt und bei Bauherren und Planern akzeptiert. Bei einer durchschnittlichen Anzahl von fünf Sitzungen / Jahr kann der Gestaltungsbeirat im Zusammenwirken mit der Verwaltung und den Vertretern der gemeinderätlichen Fraktionen auf eine Vielzahl erfolgreicher Bauherrenberatungen sowohl im Wohnungs-, Gewerbe- und Verwaltungsbau verweisen.

Um stadtweit erstmals gleiche und sowohl für Planer als auch für Betreiber und Nutzer verbindliche bauliche Vorgaben zu erlangen, wurden erstmalig „Standards“ für den Bereich der Kinderkrippen und aktuell für die Kindergärten und Schulen bei der Stadt Mannheim entwickelt. Diese gilt es nun gezielt den Nachhaltigkeitsaspekten entsprechend fortzuschreiben und auch für die übrigen Gebäudearten zu entwickeln und als Handlungsgrundlage verbindlich zu verabschieden.



XIV. Stadtplanung und -entwicklung vor großen Herausforderungen

Freiraumplanung

Das gesamtstädtische Freiraumsystem soll weiter ausgebaut und die im Freiraumsicherungskonzept der Stadt Mannheim beschriebenen Instrumente zur qualitätsvollen Freiraumentwicklung (z.B. Biotopverbundplanung) fortgeführt werden. Die Weiterentwicklung eines integrierten gesamtstädtischen Freiraumsystems ist dabei den aktuellen Erfordernissen durch die Konversion der Militärflächen anzupassen. Die sich durch diesen Prozess bietenden Chancen für die Rückgewinnung von Freiräumen nutzen wir, um die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Grünzüge zu erhöhen. So sollen insbesondere die Grünzüge nördlich des Neckars in Verbindung mit den Freiräumen an Rhein und Neckar (blau_Mannheim_blau) durch den Konversionsprozess so ertüchtigt werden, dass ein durchgängig erlebbarer Grüngürtel entsteht. Aufbauend auf dem Rahmenplan Grünzug Mannheim-Nordost und der Machbarkeitsstudie zur Bundesgartenschau 2023 ist ein Ideenwettbewerb für die Entwicklung des Grünzugs Nordost durchzuführen. Dessen Ergebnisse bilden den Rahmen für das BUGA-Kerngebiet und den folgenden Realisierungswettbewerb für das Bundesgartenschau Gelände.

Themenschwerpunkt Wohn.Raum.Stadt

Mannheim steht als Wohnstandort im dauernden Wettbewerb mit benachbarten Städten und Umlandgemeinden. Nur wenn Mannheims Funktion als Wohnstandort erhalten und gestärkt wird, kann es seinen notwendigen sonstigen Aufgaben als Oberzentrum für die Region gerecht werden. Im Rahmen von „Change²“ hat sich die Stadt insbesondere die „Stärkung der Urbanität“ und damit die Sicherung und den Ausbau der Attraktivität des Wohnstandortes Mannheim für alle Bevölkerungsgruppen als strategisches Ziel gesetzt. Mit dem konzeptionellen Handlungsrahmen Wohn.Raum.Stadt werden die vielfältigen Fragestellungen und Aufgaben, die sich aus der Aufgabenstellung ergeben, in der Verwaltung koordiniert und vernetzt. In der Umsetzung im Rahmen der kommunalen Wohnungspolitik gewinnen Planungs- und Steuerungsfragen der Stadtentwicklung immer größere Bedeutung. Dazu gehören neben Daueraufgaben wie dem Wohnungsmarkt-Monitoring, der Erstellung des Mannheimer Mietspiegels oder der Kooperation mit der GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH auch vielfältige themenbezogene Studien zum Mannheimer Wohnungsmarkt. Mit dem bereits mehrmals stattgefundenen Forum



„Wohn.Raum.Stadt“ und dem Thementag „Wohn.Raum.Stadt“ im Herbst 2012 wurde der Verwaltung und den Akteuren des Mannheimer Wohnungsmarktes eine Plattform zum gegenseitigen Austausch und zur gemeinsamen Weiterentwicklung des Wohnstandortes Mannheim angeboten. Mit dem gezielten Voranbringen einzelner Wohnungsbauprojekte nimmt die Stadt darüber hinaus eine aktive Rolle ein und setzt so neue Impulse auf dem Mannheimer Wohnungsmarkt. Eine deutliche Erhöhung des Angebots insgesamt erweitert auch die Angebote im Altbestand durch so genannte „Sickereffekte“.

Stadterneuerung/Wohnraumförderung/gemeinschaftliche Wohnformen

Die städtebauliche Erneuerung und mit ihr die finanzielle Beteiligung von Bund und Land ist seit nunmehr über 40 Jahren ein wichtiger Baustein, wenn es um die Weiterentwicklung unserer Stadt geht. In rund 60 Stadterneuerungsmaßnahmen und Einzelprojekten sind über 200 Mio. Euro an Städtebauförderungsmitteln geflossen. Mit Hilfe dieser Gelder konnte die Entwicklung in vielen Bereichen Mannheims nachhaltig beeinflusst und verbessert werden.

Darunter sind auch Maßnahmen wie die Umwidmung der Ludwig-Frank-Kaserne und des Bunkers Feudenheim oder zahlreicher Industriebrachen wie das ehemalige Strebelwerk auf der Friesenheimer Insel. Konversion ist insoweit für uns zwar kein Neuland, allerdings stellen die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte und einer Konversionsfläche von über 500 ha natürlich eine weitaus größere städtebauliche Herausforderung dar. Entsprechend haben wir Strukturen und Vorgehen erfolgreich an diese neue Dimension angepasst.

Auch bei den aktuellen Konversionsprojekten werden wir auf die finanzielle Hilfe von Bund und Land im Rahmen der Städtebauförderung angewiesen sein. Entsprechende Gespräche mit den zuständigen Behörden werden geführt mit dem Ziel, zum Programmjahr 2015 erste Förderanträge beim Land einreichen zu können. Dies gilt vorrangig für das Benjamin-Franklin-Areal sowie die Spinelli-Barracks.

Aber nicht nur die Konversion steht im Fokus städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen. In den letzten Jahren hat sich als weiterer Schwerpunkt vor allem die Stärkung der Orts- und Stadtteilzentren herauskristallisiert. Mannheim verfügt über Vororte mit gewachsenen Strukturen. Allerdings wirken sich der demografische Wandel und veränderte



Rahmenbedingungen auch in besonderer Weise auf die Vororte aus. Vielerorts ist der örtliche Einzelhandel gefährdet.

Ebenso wichtig ist auch die Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Deshalb unterstützen wir als Stadt die GBG bei der Sanierung ihres Wohnungsbestandes in nicht unerheblichem Maße im Rahmen der Stadterneuerung mit dem Ziel, adäquaten und bezahlbaren Wohnraum für jedermann bereitzustellen. Allein auf der Schönau und der Hochstätt werden derzeit fast 1.000 Wohnungen mit Städtebauförderungsmitteln umfassend saniert, wobei Energieeinsparungen und behindertengerechte Umbauten ein wesentlicher Aspekt sind. Über 9 Mio. Euro sind für die Fortsetzung „Schönau“ im Entwurf für Haushalt und mittelfristige Finanzplanung vorgesehen. Durch den Einsatz der Fördermittel fallen die modernisierungsbedingten Mieterhöhungen moderat aus.

Neu in diesem Segment ist die Aufwertung des Wohnungsbestandes der GBG in der Untermühlaustraße, eine der meistbefahrenen Straßen Mannheims. Hier sollen bis 2018 mit städtischer Unterstützung fast 200 Wohnungen umfassend saniert werden.

Der Erhalt preisgünstigen Wohnraums und seine Modernisierung ist der meines Erachtens ökonomischere und damit realistischere und wirksamere Beitrag als eine Wiederholung von Wohnungsneubauprogrammen, zumal mit Programmen der Zinsverbilligungen derzeit kaum ein preisdämpfender Effekt zu erzielen ist. Was bliebe, sind massive Investitionszuschüsse.

Mit der Initiierung von Baugemeinschaften in C7 ist es uns gelungen, gemeinschaftliche Wohnformen erstmals in unserer Stadt zu positionieren. Dies wollen wir weiter ausbauen und stärken. Der demografische Wandel erfordert verstärkt barrierefreie Wohnungen. Hier gilt es, Initiativen von Privaten und von Wohnungsbaugesellschaften/Genossenschaften zu unterstützen. Mit Hilfe des Wohnungsbauförderprogramms des Landes kann es uns gelingen, neue Bürgerinnen und Bürger für die Stadt zu akquirieren.

XV. Vor der zweiten Etappe der Konversion - der Wohnstandort Mannheim wird attraktiver und vielfältiger

Vor drei Jahren haben wir uns auf den Weg gemacht, die Chancen der Konversion zu ergreifen. Mit über 500 ha Flächen und sieben Kasernen standen wir vor historischen Herausforderungen. Jetzt können wir die 1. Etappe unserer Wegstrecke, offene Räume und

starke Urbanität für Mannheim zu
entwickeln, beenden. Die



STADTMANNHEIM²

Bürgerbeteiligung war dabei seit rund zwei Jahren nicht nur Begleiter, sondern Lenker dieses Prozesses. Über 1.000 Ideen haben Mannheimerinnen und Mannheimer auf Bürgerforen, online und per Brief an uns herangetragen - für eine lebenswertere Stadt. Fünf Qualitätsmarken entstanden daraus, die sich anteilig auf allen Flächen wiederfinden sollen.

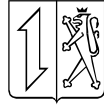
Der bürgerschaftliche und planerische Prozess ist festgehalten in zwei Weißbüchern, das dritte wird in wenigen Wochen folgen. Die Ergebnisse daraus flossen in Eckpunkte ein, die vom Gemeinderat beschlossen und von der Verwaltung weiterverfolgt werden.

Zur Weiterentwicklung der Bürgerideen wurden verschiedene Studien in Auftrag gegeben. Darunter die Machbarkeitsstudie zur Bundesgartenschau, die Wasserstudie oder die Energiestudie. Die Ergebnisse wurden in Bürgerplattformen, drei Foren sowie mit Lotsen und Unternehmen diskutiert. Daraus sind konkrete Projekte wie die Bewerbung für die Bundesgartenschau 2023 oder der strategische Ansatz „Blue City Mannheim“ für die Sicherung wichtiger Zukunftsthemen entstanden.

2012 wurde mit der Mannheimer Wohn-, Stadt- und Projektentwicklungsgesellschaft mbh (MWSP) eine Gesellschaft gegründet, die mit dem Bund über den Ankauf der Konversionsflächen verhandelt und diese entwickelt. Inzwischen sind erfolgreich zwei Kasernen mit 57 ha gekauft. Die fünf Qualitätsmarken finden dabei konsequente Anwendung:

1. Die Marke Grün

Die Balance zwischen verdichtetem Wirtschaftsstandort und Natur soll Mannheim lebenswerter machen. Es geht darum, diese Situation großzügig und nachhaltig zu verbessern - also keinen weiteren Park zu schaffen, sondern mit dem Grünzug eine Freilandverbindung der vier großen Konversionsflächen zu entwickeln und dabei mit der Bundesgartenschau an die guten BUGA-Erfahrungen von 1975 anzuknüpfen. Von der deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft wurde diese Idee sofort aufgegriffen, sie wurde auf lokaler Ebene sehr kontrovers diskutiert und führte zum ersten Bürgerentscheid in Mannheim. Der nächste Schritt wird nun der Wettbewerb über die Grünzugfläche sein. Auch auf Taylor wird diese Marke mit prägend sein, wie es sich auch für Benjamin-Franklin und Coleman abzeichnet.



2. Die Marke Ingenieursmeile

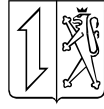
Die tradierte Industriestadt Mannheim widmet sich zukunftsgerichtet technologischen Revolutionen und dem großen Thema „Energiewende“. Darum soll die Ausrichtung auf „blaue“, saubere Antriebs-, Energie- und Steuerungstechnologien auf drei Kasernen zukunftsweisende Akzente sichern, den Standort fördern und Fachkräfte anlocken. Hieran arbeiten Unternehmenspartner bereits praktisch mit, das Land und die Hochschule haben Interesse bekundet. Darüber hinaus setzen sich Unternehmen für eine Europäische Schule auf dem Taylor-Gelände ein. Auch im Wohnungsbereich werden Angebote für internationale Fachkräfte erwartet. Blue City Mannheim kann wie die Ingenieursmeile eine Marke für ganz Mannheim werden und damit Innovationspotenziale für die Stadt schöpfen. Schon nächstes Jahr fährt ein elektromobiler Induktionsbus auf Mannheimer Linien und ein Logistik-Unternehmen wird saubere E-Fahrzeuge auf Taylor nutzen.

3. Die Marke Wohnen

Die Chance für Mannheim ist es, das Wohnungsangebot breiter als bisher aufzustellen. Das heißt sowohl mehr anspruchsvolle Wohnadressen für Leistungsträger, die Mannheim halten will, einfordern, als auch Häuser für Familien, veränderbare urbane Hausanlagen für kreative, jüngere Mieter und Gemeinschaftsprojekte zu entwickeln. Solche Überlegungen sind schon erfolgreich mit drei Wohnprojekten in die Planung des Turley-Areals eingeflossen und sollen Benjamin-Franklin-Village und Hammonds-Barracks prägen. Wichtig ist dabei, alle Gruppen der Stadtgesellschaft inklusiv zu bedienen. 2014 können hier erste Baumaßnahmen erfolgen, so dass allein über diese drei Kasernen ein Potenzial von mindestens 3.000 Wohnungen entwickelt wird, das unserem Wohnungsmarkt neue Impulse gibt, Menschen für Mannheim gewinnen lässt. Altengerechte Wohnungen, hochwertige Lofts und familiengerechte Stadthäuser werden auf Turley entstehen, weiter Neubauten für Familien auf Hammonds und ein breites Angebot im Benjamin-Franklin-Village.

4. Die Marke Kunst- & Arbeitshöfe - kulturelle Stadtentwicklung

Die Chance der Stadt Mannheim, dem Tatbestand gerecht zu werden, erstmals seit 1606 keine Garnisonsstadt zu sein, in der Stadt prähistorische Flusslandschaft nachbildbar zu machen, die US-Einflüsse auf Musik, Sport und Demokratie lebendig zu erhalten, den Einfluss vieler Zuwandererkulturen erlebbar zu machen - diese Ansätze verfolgen Projekte wie Medienpark, ZeitStrom, Kulturhöfe, Haus der Geschichte und die



Sportplanung. Sie müssen jetzt einzeln auf ihre Durchführbarkeit überprüft werden. Die Konversion ist auch eingeflossen in die Themen des letztjährigen Fotofestivals, des Theaterfestivals, des Nachtwandels und der ersten Demokratiestudie, die wir zu Mannheim haben erstellen lassen.

5. Die Marke Qualitätsentwicklung

Attraktive Räume, kreatives Potenzial – diese Chance und die Möglichkeit, Wohnen, Arbeit und Kultur räumlich zu verbinden, ist nun auf den Spinelli-Barracks („Kulturdorf“), Taylor-Barracks, Turley-Barracks und Benjamin-Franklin-Village geboten. Die international angesehenen Architekten Winy Maas und Diébédo Francis Kéré werden in Mannheim ihre Erfahrungen, ihren Sachverstand und ihre Kreativität einbringen, um diese Chancen zu nutzen.

Erfolgreiche Zwischenbilanz nach drei Jahren

Neben der Debatte um die Bundesgartenschau haben wir in den letzten Jahren im Konversionsprozess weitere wichtige Schritte und Ziele erreicht:

- erfolgreiche Entwicklung eines urbanen Wohn-, Arbeits- und Kulturzentrums auf dem Turley-Areal, auf dem bereits ab nächstem Jahr Unternehmen einziehen und damit Arbeitsplätze zur Verfügung stehen,
- der Kauf der Taylor-Kaserne und die dortige Umsetzung des Blue-City-Konzeptes,
- der iterative Planungsprozess Benjamin-Franklin-Village,
- die Stiftungsgründung der Europäischen Schule und
- bürgerschaftliche Workshops zur Flächenplanung für die Hammonds- und Coleman-Barracks. Den Bürgerinnen und Bürgern in den umliegenden Stadtteilen sind wir für ihre Mitwirkung dankbar, um so auch im Mannheimer Norden und Süden eine hohe Konversionsqualität möglich zu machen.

Damit wurden wichtige Impulse nicht nur baulich, sondern auch als Beiträge zu einer neuen Kultur der Stadtentwicklung geleistet. Gemeinsam sichern sie eine qualitätsvolle und vielfältige Entwicklung der gesamten Stadt - ergeben in der Summe einen Mehrwert. Die Frage kann daher nicht lauten „Können wir uns die Konversion leisten?“, sondern sie muss lauten „Können wir es uns leisten, nicht in Konversion zu investieren?“ Nur mit einer



kraftvollen Zukunftsinvestition können Neuansiedlungen, Standortsicherungen der Wirtschaft sowie der Zugewinn an Familienwohnraum für Neuansiedler/innen und Stadtrückkehrer/innen auf den Konversionsflächen gesichert werden. Wir haben in den Haushalt 2014 zunächst je 1 Mio. Euro für die Themen „Bundesgartenschau“ und „Konversion“ als Kapitalausstattung für unsere Gesellschaften eingestellt.

Für die Organisation der BUGA wird eine gemeinsame gemeinnützige GmbH unter (eventuell späterer) Beteiligung der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft gegründet. Die Stadt wird auf Dauer die Mehrheitsanteile halten. Für die BUGA sind bis 2023 Investitionen von 105 Mio. Euro vorgesehen. Wir erwarten hierzu einen Landeszuschuss von 40 Mio. Euro. Für die Durchführung sind 41 Mio. Euro kalkuliert, die zu 80 Prozent aus Eintrittsgeldern oder durch Sponsoring gedeckt werden sollen.

Somit ist die erste Etappe der Konversion nach drei Jahren abgeschlossen. Die im vergangenen Jahr gegründete MWSP hat sich etabliert, zwei Kasernen erfolgreich erworben und planerisch entwickelt und bereitet sich auf die Entwicklung und Erschließung der Benjamin-Franklin-Village vor - das größte Quartiers- und Wohnprojekt seit Jahrzehnten. Die Flächen Hammonds, STEM und Coleman-Barracks wird das neu gebildete Konversionsteam unserer Stadtplanung teilweise gemeinsam mit der BlmA in Angriff nehmen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung ergibt sich als zentrales Ziel für die jetzt anstehende zweite Etappe des Konversionsprozesses: Mannheim als Wohnstandort und damit „Lebensort“ attraktiv und vielfältig machen. Im Mittelpunkt der nächsten Jahre wird die Entwicklung eines ganzen Quartiers stehen, des blue_village_Franklin. Hier wird sich entscheiden, ob wir Menschen in größerer Zahl neu gewinnen können.

XVI. Glückstein-Quartier - bedeutendes Stadtentwicklungsprojekt mit hoher Qualität

Das Glückstein-Quartier ist neben der Konversion das wichtigste Stadtentwicklungsprojekt Mannheims und das derzeit die Finanzplanung bestimmende. Aufgrund seiner hervorragenden Standortqualitäten hat das Quartier eine besondere Bedeutung für die Ansiedlung von Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und die Schaffung von hochwertigem Wohnraum.



Wir haben deshalb schon während der Neuordnungs- und Erschließungsphase mit der Vermarktung der gewerblichen Baufelder begonnen. Dafür wurde im Dezernat IV die „Projektkoordination Glückstein-Quartier“ eingerichtet. Mit dem Verkauf der Grundstücke an Bilfinger, Diringer & Scheidel und die Mannheimer Parkhausbetriebe zeichnet sich jetzt eine klare Perspektive für die Bebauung entlang der Südtangente ab.

Bilfinger wird seinen Konzernsitz vom Carl-Reiß-Platz in das Glückstein-Quartier verlegen und hat dafür das 4.400 qm große Baugrundstück direkt am Zugang des Hauptbahnhofs und am künftigen Lindenhofplatz erworben. In der neuen Konzernzentrale werden rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten. Die Vorteile der direkten Anbindung an die Bahn, das moderne Umfeld und die repräsentative und werbewirksame Lage waren für Bilfinger ausschlaggebend für die Standortwahl. Wir können uns glücklich schätzen, dass das Weltunternehmen seinen Standort für die Zukunft in Mannheim sichert. Der Architektenwettbewerb wird zur Zeit in Abstimmung mit der Stadtverwaltung vorbereitet. Der Baubeginn ist für Ende 2015/Anfang 2016 geplant.

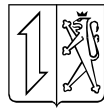
Diringer & Scheidel bereitet für das so genannte „Quartier hoch 4“ mit 17.000 qm Bürofläche und 70 Wohnungen inzwischen den Bauantrag vor. Der Baubeginn ist für 2014 vorgesehen.

Im Jahr 2014 wird der Bau des öffentlichen Parkhauses mit 700 bis 800 Stellplätzen beginnen. Es wird zu einer Entspannung der Parkplatzsituation auf dem Lindenhof beitragen. Der Verkauf des Grundstücks an die Mannheimer Parkhausbetriebe, die das Parkhaus bauen und betreiben werden, ist vom Gemeinderat beschlossen.

Für einen vierten Grundstücksverkauf befinden wir uns in aussichtsreichen Verhandlungen. Die Verkaufserlöse dieser vier Baugrundstücke betragen 11,9 Mio. Euro.

Mit dem Land Baden-Württemberg laufen die Verhandlungen über die Ansiedlung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Ich erwarte, dass wir noch in diesem oder spätestens im nächsten Jahr zu einer Einigung kommen.

Für den Hanns-Glückstein-Park hat die Stadt einen landschaftsplanerischen Wettbewerb ausgelobt, in dem auch die Baufenster für die geplanten Stadtvillen am Rande des Parks festgelegt werden. Ab 2014 kann auch die Vermarktung dieser Baugrundstücke beginnen.



Die Realisierung des Hanns-Glückstein-Platzes soll ab 2016 erfolgen, im Anschluss steht der Lindenhofplatz an.

Die Erschließung des Gebiets ist im Zeitplan. Die Verlegung der Südtangente samt Quartierszufahrten, die einen Kostenanteil von 32,6 Mio. Euro ausmacht, ist weitgehend abgeschlossen. Die Restfinanzierung mit 5 Mio. Euro im Jahr 2014 und 2,7 Mio. Euro in 2015 ist etatisiert.

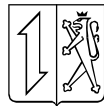
Zurzeit werden für die künftige Glücksteinallee der Kanal und die Versorgungsleitungen verlegt. Der eigentliche Straßenbau erfolgt ab 2014 gemeinsam mit der verlängerten Windeckstraße. Der Kostenanteil für diese innere Erschließung des Glückstein-Quartiers wird auf 11,8 Mio. Euro geschätzt.

XVII. Erfolgsfaktoren Klimaschutz, Energieeffizienz und Energieeinsparung

Die Stadt Mannheim will ihren Kurs einer zukunftsfähigen Klimaschutzpolitik konsequent fortsetzen. Erfolgreicher Klimaschutz ist ein Standortvorteil und unterstützt die strategischen Ziele der Stadt. Energieeffizienz und Energieeinsparung sorgen für Kostenminderungen in der Stadtkasse, aber auch bei den Unternehmen und in den privaten Haushalten.

Wichtiger Erfolgsfaktor für die zielgerichtete Umsetzung der Klimaschutzkonzeption war nach dem Aufbau der Infrastruktur mit Klimaschutzleitstelle und Klimaschutzagentur die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel im Doppelhaushalt 2012/2013. Für die Umsetzung der Maßnahmen standen im laufenden Doppelhaushalt 675.000 Euro (2012: 225.000 Euro, 2013: 450.000 Euro) zur Verfügung. Mit diesen Mitteln konnten Klimaschutzprojekte wie z.B. das „Integrierte Quartierskonzept Käfertal-Zentrum“, die Durchführung der Energiekarawane in zwei Stadtteilen oder die quartiersbezogene Anwendung von Elektromobilität auf den Konversionsflächen unterstützt werden. In verschiedenen öffentlichen Gebäuden wie z.B. dem Eissportzentrum Herzogenried, dem Hallenbad Neckarau und den Reiss-Engelhorn-Museen wurden mit Hilfe dieser Budgets die Energieeffizienz verbessert und Energiesparpotenziale gefördert.

Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Information, auch und insbesondere für die Zielgruppe junger Menschen, sind für den Klimaschutz unverzichtbar. So ging die Kampagne



„Mannheim auf Klimakurs - Miteinander.Mittendrin.“ Ende 2012 an den Start; eine Nuttermotivationskampagne zum Energiesparen ist in Arbeit. Viele dieser Projekte wurden und werden in Kooperation mit der Klimaschutzagentur Mannheim verwirklicht, deren finanzielle Grundlage von den Gesellschaftern Stadt Mannheim, MVV und GBG gesichert wird und einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro durch die Stadt vorsieht.

Hohe Energiestandards bei Alt- und Neubauten waren auch das Thema des Umweltpreises 2013 unter dem Motto „Bauen für die Zukunft“. Alte Gebäude energieeffizient zu sanieren, ist der entscheidende Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Mannheim. Die Stadt unterstützt intensiv die Altbausanierung mit einem Förderprogramm von jährlich 400.000 Euro für private Hauseigentümer - das ist zugleich Wirtschaftsförderung, weil hiervon Mannheimer Handwerksbetriebe besonders profitieren.

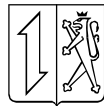
Bei Neubauvorhaben wurden hohe Energiestandards im „Glückstein-Quartier“ und im Wohngebiet „Beim Hochwald“ gesetzt. Aus Klimaschutzmitteln wird der Passivhausstandard in diesem Quartier gefördert.

Bäume und Grün als Beiträge zu Lebensqualität und Klimaschutz

Bäume erfüllen in unseren Städten - so auch in Mannheim - einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Sie prägen in besonderer Weise unser Stadtbild, schaffen grüne Räume und Identität. Die Neugestaltung der Augustaanlage, die eine sehr gute Unterstützung durch zahlreiche Spenden findet, ist dafür ein Paradebeispiel.

Der Fachbereich Grünflächen und Umwelt kontrolliert und pflegt derzeit ca. 35.000 Straßenbäume und geschätzte 50.000 Grünanlagenbäume. Dazu stehen im „Team Stadtbaum“ insgesamt 15 sehr gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung. Sie übernehmen in erster Linie Kontrollaufgaben und Begutachtungen im Rahmen von Baumaßnahmen. Die Pflegetätigkeit wird überwiegend an Fachfirmen vergeben. Die Stadtbaumpflege ist nicht nur eine gärtnerisch komplexe Aufgabe; sie ist vor allem auch vor dem Hintergrund der Verkehrssicherheit eine ständige Herausforderung.

Für die Stärkung und den Erhalt der großen Angebotsqualität unserer Stadtparks Luisenpark und Herzogenriedpark ist ein jährlicher Investitionskostenzuschuss von 500.000 Euro



vorgesehen. Er soll die Stadtparkgesellschaft in die Lage versetzen, ihrem Sanierungsbedarf nachzukommen.

Anstrengungen zur Verbesserung der Sauberkeit

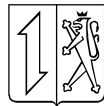
Die Sauberkeit auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen findet seit Jahren kontinuierlich besondere öffentliche Aufmerksamkeit. Untersuchungen zeigen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger mit dem Thema „Sauberkeit“ eng verknüpft ist.

Seit Anfang dieses Jahres wird von der Abfallwirtschaft Mannheim ein Qualitätssicherungssystem zur objektivierten Ermittlung des Sauberkeitsgrades eingesetzt. Damit soll die Diskussion um die Sauberkeit versachlicht und die Organisation der betrieblichen Abläufe in der Stadtreinigung optimiert werden. Das Projekt „picobello²“, das die Abfallwirtschaft Mannheim in den letzten Monaten in der östlichen und westlichen Unterstadt durchgeführt hat, hat gezeigt, dass mit einem zusätzlichen Ressourceneinsatz auch deutlich spürbare Verbesserungen in der objektiven Sauberkeit wie auch im subjektiven Sauberkeitsempfinden eintreten.

Um dem Bedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger nach Sauberkeit nachzukommen, wurden die Finanzmittel für die Stadtreinigung im vorliegenden Doppelhaushalt um ca. 300.000 Euro pro Jahr aufgestockt und die vorgesehenen Einsparungen aus dem Haushaltsstrukturprogramm 2012/2013 um 400.000 Euro reduziert. Eine Erhöhung des Sauberkeitsstandards in der Stadt kann allerdings nicht nur durch den Eigenbetrieb gewährleistet werden, sondern bedarf auch der Mitwirkung der Grundstückseigentümer und der Bürgerschaft.

XVIII. Sportförderung bleibt auf hohem Niveau

Das Jahr 2013 war in Stadt und Region in besonderer Weise durch die größte gemeinschaftliche Veranstaltung, die unsere Region bislang bewältigt hat, das Internationale Deutsche Turnfest, geprägt. Die Stimmung war, trotz schlechter Wetterbedingungen, insgesamt hervorragend und insbesondere dank des Einsatzes zahlreicher ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer erwiesen wir uns als sehr gute Gastgeber. Mannheim hat in diesen Tagen nachdrücklich unter Beweis gestellt, dass wir die Rolle als Zentrum und Motor unserer



Region mit Bravour ausfüllen. Für uns war das Turnfest gelungenes Stadtmarketing, aber auch gut angelegte Sportförderung.

Die gute regelmäßige Sportförderung konnte in ihrem Volumen im Doppelhaushalt beibehalten werden. Schwerpunkt der nächsten Jahre wird eine verstärkte Unterstützung der Vereine bei übergreifenden Kooperationen sein. Mit dem Albert-Schweitzer-Basketballturnier konnte eine herausragende und traditionsreiche Sportveranstaltung für weitere zehn Jahre an Mannheim gebunden werden. Hierfür sind im zweijährigen Rhythmus 70.000 Euro veranschlagt. Dem Präsidenten des Mannheimer Reitervereins, Peter Hofmann, ist es gelungen, für 2015 das Internationale Offizielle Springreiterturnier (CSIO) für Mannheim zu gewinnen. Dies wird die herausragende Veranstaltung in unserer Stadt für das Jahr 2015 sein. Hierfür wurde im Haushalt für 2015 ein einmaliger Zuschuss von 300.000 Euro eingestellt.

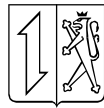
Der Vereinssportstättenbau konnte im Jahr 2014, wie bei Haushaltsplanaufstellung 2012/13 vereinbart, mit 1 Mio. Euro angesetzt werden.

In der Sportentwicklung werden neue Wege angedacht. So steht man in Neckarau in Verhandlungen, aus der Aufgabe einer Sportanlage einen finanziellen Rückfluss für die Vereine zur Optimierung ihrer Infrastruktur zu generieren. Aus dem erwarteten Grundstückserlös von knapp 3 Mio. Euro sollen 1 Mio. Euro in die Verbesserung der sportlichen Infrastruktur fließen.

Investitionen in städtische Sportanlagen

Bei den städtischen Sportanlagen liegt der Schwerpunkt auf dem Neubau des Umkleidegebäudes im Rhein-Neckar-Stadion. Dieses Infrastrukturgebäude bedient fünf Großspielfelder und wird von Schulen und Vereinen genutzt. Eine Sanierung wäre unwirtschaftlich. Für den Neubau sind 2014 400.000 Euro und 2015 1,2 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt.

Die Brandschutzmaßnahmen in den Sporthallen werden weiter umgesetzt und jene im Carl-Benz-Stadion begonnen. Weitere Einzelmaßnahmen sind die Sanierung des Tennenplatzes der Bezirkssportanlage Seckenheim und die Betonsanierung an der Fassade der Sporthalle Schwetzingenstadt.



Bäderkonzeption

Im neu eingerichteten „Arbeitskreis Bäder“ wird die Bäderlandschaft zukunftsorientiert gemeinsam betrachtet. Das Hallenbad Seckenheim wurde mit einem neuen Zehnjahresvertrag dem Schwimmverein zum Betrieb überlassen, die entsprechenden Mittel wurden in den Haushalt eingestellt.

Für das Carl-Benz-Bad ist eine Machbarkeitsstudie beauftragt. In dieser Studie werden auch Flächen für ein Szenario-Bad innerhalb des Konversionsgeländes „Benjamin-Franklin-Village“ mit betrachtet. Ziel ist es, ein effizientes Kombibad, welches allen Nutzergruppen Rechnung tragen kann, zu schaffen.

XIX. Kulturelle Stadtentwicklung und Förderung unserer vielfältigen Kulturszene

2014 profiliert sich Mannheim einmal mehr in besonderer Weise als Kulturstadt. Das Hauptereignis 2014 (nach Turnfest 2013, Katholikentag 2012, autosymphonic 2011, Eishockey-WM 2010) wird „Theater der Welt“ sein. Mit 1 Mio. Euro unterstützen wir dieses Festival mit einem Gesamtetat von über 3 Mio. Euro. Mit Matthias Lilienthal gelang es, einen außerordentlich renommierten Festivalleiter für dieses Projekt zu gewinnen. Es passt sich nahtlos in die mit der Kulturhauptstadtbewerbung angelegte Strategie der „kulturellen Stadtentwicklung“ ein.

Die Verschiebung des Wettbewerbs Europäische Kulturhauptstadt für Deutschland auf das voraussichtliche Jahr 2025 hat 2013 zu einer organisatorischen und konzeptionellen Umstellung der Arbeit des „Büros 2020“ geführt.

Bearbeitet werden nun folgende Arbeitsschwerpunkte:

1. Unter der Überschrift „Kulturelle Stadtentwicklung“ erfolgt eine Zuordnung der Geschäftsstelle und aller Gremien (Advisory Board/Fachbeirat, Gruppe2020) und Veranstaltungen unter ein gemeinsames Dach mit Konversion und BUGA. Inhaltlich und personell werden so sinnvolle Synergien erzielt. Eine Verknüpfung der verschiedenen Themenstellungen ist beispielsweise am Projekt „Theater der Welt“ abzulesen, das als Beitrag zur Wahrnehmung Mannheims als „Kulturhauptstadt“ ebenso einen wichtigen Beitrag leistet und darauf Bezug nimmt wie zur Frage der Konversion und den aktuellen Fragen der (lokalen) Demokratie.



2. Die Präsenz Mannheims in den internationalen und nationalen Gremien wird aufrechterhalten.
3. Eine Vorbereitung zur Bewerbung als „Unesco-City of Music“ erfolgt 2014.
4. In enger Koordination mit der Region wird ein „Kulturentwicklungsplan Mannheim“ und unter Beteiligung Mannheims eine „Kulturovision 2025“ der Region erstellt. Erste Ergebnisse sollen 2014 präsentiert werden. Mittlerweile liegt eine breite Unterstützung aus der Region vor, eine Bewerbung Mannheims als Kulturhauptstadt als regionales Projekt anzugehen.

Die passenden mittelfristigen Arbeitsschwerpunkte des Kulturamtes wurden mit der Beschluss-Vorlage 23/2010 festgelegt und schlagen sich im Doppelhaushalt 2014/2015 nieder. Konkret bedeutet dies einen weiteren Ausbau der Förderung in den Bildenden Künsten, den Darstellenden Künsten sowie die Verstetigung der Festivalförderung. Hinzu kommt die Ausrichtung des 5. Bundesfachkongresses „Kulturelle Vielfalt“ im Oktober 2014, der im Rosengarten stattfinden wird.

Ein deutlich wahrnehmbarer Akzent in den Bildenden Künsten wird zu Jahresbeginn 2015 mit der Eröffnung des Kreativwirtschaftszentrums Jungbusch und der darin angesiedelten Galerie für Bildende Kunst gesetzt. Programmatisch wird die Arbeit der erfolgreichen Stadtgalerie S4 weitergeführt: Künstlerinnen und Künstler aus Mannheim und der Region sollen im Kreativwirtschaftszentrum präsentiert werden, ein Austausch mit den Partnerstädten oder Kooperationen mit Kunstinstitutionen, wie in diesem Jahr mit dem Kunstverein Solothurn, sollen vorbereitet werden. Derzeit werden die Grundlagen erarbeitet, für die Galerie professionelle Ausstellungsbedingungen und neue, dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist im Übrigen eine Vorgabe der EU, die das Kreativwirtschaftszentrum mitfinanziert. Der neue Ort wird mit rund 660 qm Ausstellungsfläche deutlich größer als die Stadtgalerie sein und auch in der Ausstattung professionellen Standards genügen. Im investiven Bereich sind bis zur Eröffnung der Galerie 300.000 Euro für Baumaßnahmen und Ausstattung (Beleuchtung, Alarmanlage, Möblierung u.a.m.) vorgesehen. Der laufende Betrieb wird einschließlich der personellen Ausstattung jährlich 500.000 Euro benötigen. Neben der Atelierförderung, die im nächsten Jahr in ihre zweite Runde gehen wird, den verstärkten Projektkostenzuschüssen und der konzeptionellen Förderung einzelner Projekte, ist dies ein weiterer markanter Baustein zur Förderung der Bildenden Künstlerinnen und Künstler unserer Stadt.

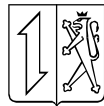


Die Darstellenden Künste werden 2014 im Brennpunkt vieler Kulturaktivitäten in unserer Stadt stehen. Vom 18. bis 21. September erwartet uns die 4. Ausgabe des biennalen Festivals „schwindelfrei“, das sich voraussichtlich mit dem Menschen in der globalisierten Welt auseinandersetzen wird. Auch wenn ein Zentrum Darstellender Künste zurzeit nicht realisierbar erscheint, sollen die Grundgedanken weiterentwickelt werden, nämlich Mannheim für freie, national und international arbeitende Künstlerinnen und Künstler interessant zu machen, neue Kooperationen mit der hiesigen Szene anzustoßen, neue Räume zu erobern. Aus diesem Grunde wurde der Etat für Kooperationen um 220.000 Euro erhöht.

Aufgrund der verstärkten Projektförderung in den Bereichen Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Film und Musik, die sich sowohl in der Höhe der Haushaltsmittel als auch in der intensiven personellen Beratung niederschlägt, wurden die Richtlinien zur Förderung der kulturellen Aktivitäten von Künstlerinnen und Künstlern 2011 um die Förderinstrumente Atelierförderung, Gastspielförderung und konzeptionelle Förderung erweitert. Laut den Richtlinien sind konzeptionelle Förderungen auf maximal vier Jahre begrenzt. Danach ist zu entscheiden, ob die konzeptionelle Förderung in eine institutionelle Förderung übergehen soll. In den nächsten zwei Jahren stehen diesbezügliche Entscheidungen beispielsweise für die Orientalische Musikakademie oder für das „Einraumhaus“ an. Die institutionelle Förderung ist regelmäßig zu überprüfen und dies ist erstmals für 2014 vorgesehen. Der Beitrag der einzelnen Kulturinstitutionen zu den strategischen Zielen der Stadt Mannheim ist zu hinterfragen, die Höhe der jeweiligen Förderung auf ihre Angemessenheit zu überprüfen und Wünsche nach Neuaufnahme von Gruppierungen sind zu diskutieren. Ohne konkreten Ergebnissen vorgreifen zu wollen, zeichnet sich ab, dass sich Veränderungen in der Förderkulisse ergeben werden.

Nationaltheater Mannheim in seinem Bestand sichern

Mit Ablauf der Spielzeit 2012/2013 ist im August am Nationaltheater das letzte Jahr des Fünfjahresplans zu Ende gegangen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Spielzeiten 2011/2012 und 2012/2013 war von Verlusten geprägt, die vor allem auf die Tarifentwicklung der Festbeschäftigten zurückzuführen ist. Hinzu kommen z.B. auch Leistungsverrechnungen zwischen Stadt und Theater und - zumindest in der Spielzeit 2011/2012 - Spielplanbesonderheiten. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage der Stadt war es nicht möglich, einen neuen Fünfjahresplan nahtlos auf den Weg zu bringen. Im

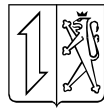


Wirtschaftsjahr 2013/2014 geht es zunächst einmal darum, dem Haus, seinen Beschäftigten und dem neuen Leitungsteam zu signalisieren, dass das Theater in seinem derzeitigen Bestand gesichert wird. Ungeachtet dieses klaren Bekenntnisses suchen wir neue Wege, die immer wieder neu herausfordernde Finanzierung des Nationaltheaters langfristig zu meistern.

Für uns besteht kein Zweifel, dass das Mannheimer Nationaltheater ein signifikanter Leuchtturm in der Theaterlandschaft Baden-Württembergs ist, der sich in mehrfacher Hinsicht auf dem Niveau der Staatstheater in Karlsruhe und Stuttgart positioniert sehen darf. Bestätigt wurde das einmal mehr eindrucksvoll durch den 2. Rang der Mannheimer Oper bei der Kritikerumfrage zur Wahl des Opernhauses des Jahres 2013 sowie durch die ausführliche Würdigung in der „Opernwelt“. Auch neue, innovative partizipative Angebote wie die „Mannheimer Bürgerbühne“ und „Junge Bürgerbühne“ entfalten schon im ersten Jahr nach ihrer Gründung Schubkraft für die stadtkulturelle Entwicklung und sind beispielgebend für Baden-Württemberg.

Während die Staatstheater auf eine paritätische Finanzierung von Stadt und Land bauen können, übersteigt der Theaterbetriebskostenzuschuss der Stadt Mannheim denjenigen des Landes deutlich: In der Spielzeit 2012/2013 liegt er von Seiten der Stadt bei 29 Mio. Euro, während das Land 13,2 Mio. Euro - also rund 31 Prozent der Gesamtfördersumme - bereitstellt. Auch bleibt die Stadt Mannheim mit der Sanierung des Theatergebäudes am Goetheplatz auf sich gestellt. Wir müssen zum Thema Theaterfinanzierung zu neuen Vereinbarungen mit dem Land Baden-Württemberg kommen, die sich auch aus der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung von 2011 zur Förderung von Kultur und Theatern ableiten. Dort ist das Nationaltheater Mannheim explizit neben Stuttgart und Karlsruhe erwähnt.

Die neue Spielzeit hat das Nationaltheater erstmals unter der neuen Führung des fünfköpfigen Intendantenteams begonnen. Andrea Gronemeyer und ihre vier Kollegen richten ihr Augenmerk auf vier Wirkungsziele, die sie für die Stadt und die Region erreichen wollen. Regionale und überregionale Exzellenz und Innovationskraft versprechen Uraufführungen in allen Sparten genauso wie neue Sichtweisen auf Werke des klassischen Repertoires.



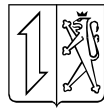
Das Kevin-O'Day-Ballett wird in der neuen Spielzeit mit einer Reminiszenz an die Tanzikone Isadora Duncan überraschen und auch die Sparten für junges Publikum Schnawwl und Junge Oper werden nicht zurückstehen, wenn es darum geht, mit je einer Uraufführung zu dem stattlichen Ergebnis von 13 Uraufführungen und vier deutschsprachigen Erstaufführungen von insgesamt 35 Premieren beizutragen. Musikliebhaber freuen sich auf den Mozartsommer, dessen Weiterführung im Jahr 2014 das Land durch eine Erhöhung seiner in Aussicht gestellten Fördersumme von 100.000 auf 200.000 Euro gesichert hat.

Ein absolutes Highlight dürfte das schon erwähnte Festival des internationalen Theaterinstituts „Theater der Welt“ werden, das vom 23. Mai bis 8. Juni stattfinden wird. Matthias Lilienthal, berufener Intendant an die Münchner Kammerspiele, wird nach eigener Aussage der Bürgerschaft Mannheims mit seinem spannenden Programm nicht nur den Atem, sondern zwei Wochen lang auch den Schlaf rauben. Dieses international renommierte, alle drei Jahre stattfindende Festival wird unsere traditionsreiche Theaterstadt um neue Impulse gerade auch an der Schnittstelle zu frei arbeitenden Gruppen bereichern.

Weitere Vorhaben werden Mannheim und sein Nationaltheater in den überregionalen Fokus rücken. Das Nationaltheater wird Ausrichter eines Bürgerbühnen-Kongresses, der Jahreskonferenz der Dramaturgischen Gesellschaft, die sich dem Thema „Arbeit“ widmen wird, sowie der Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins sein.

Reiss-Engelhorn-Museen - Ausstellungshaus von internationalem Rang

Die Reiss-Engelhorn-Museen (rem) konnten sich in den vergangenen Jahren als erfolgreiches Ausstellungshaus und Forschungszentrum von internationalem Rang behaupten. Die vier Ausstellungshäuser (Museum Zeughaus, Museum Weltkulturen, Museum Schillerhaus und Museum Bassermannhaus für Musik und Kunst) präsentieren auf 12.500 qm meist Dauerausstellungen - insbesondere der archäologischen, der kunst- und kulturgeschichtlichen, der stadtgeschichtlichen sowie der theatergeschichtlichen Abteilungen. Die rem zählen mit ihren Forschungslaboren zur Altersbestimmung/Datierung sowie zur Materialanalytik an Kulturgütern und ihren Restaurierungswerkstätten zu den modernsten Einrichtungen ihrer Art in Europa.



Die rem unterstützen durch ihre Arbeit direkt und indirekt in großem Maß die sieben strategischen Ziele der Stadt. Insbesondere in den Bereichen Kultur und Wissenschaft, sowie Bildung und Talentförderung, aber auch der Bereich des bürgerschaftlichen Engagements mit der großen Zahl an Ehrenamtlichen in den verschiedensten Museumsbereichen trägt zur Stützung der Ziele bei.

Um die kulturelle Vielfalt der Region zu stärken und weiter zu profilieren, haben die rem ihre kulturpolitischen Netzwerke weiter ausgebaut und ihre kulturelle Kompetenz in und für die Region mittels der vielfältigen Ausstellungen und Begleitveranstaltungen deutlich gemacht. Zahlreiche und intensive Kontakte zu anderen europäischen Museen und Kultureinrichtungen wurden weiter ausgebaut und gefestigt. Auch innerhalb von Mannheim wurden zahlreiche Kooperationen eingegangen (WIR, Jobcenter Mannheim).

Um der Vielgestaltigkeit des kulturellen Lebens in der Metropolregion angemessen Rechnung zu tragen, widmen sich die rem auch in den nächsten Jahren vielen unterschiedlichen Themen. 2012 war Mannheim Austragungsort des 98. Deutschen Katholikentags, zu dessen Kulturprogramm die rem mit der Ausstellung „Benedikt und die Welt der frühen Klöster“ einen hochkarätigen Beitrag leisteten. Eine weitere Sensation folgte im Herbst 2012: Im Zuge einer Fotoausstellung mit Bildern der Sammlung Gernsheim unter dem Titel „Die Geburtsstunde der Fotografie“ wurde das erste Foto der Welt in Mannheim präsentiert. Die starke Verbindung zu Mannheim und zur Region und auch die Leidenschaft dafür, die Stadt und die Region zu entwickeln und zu gestalten, spielt auch zukünftig bei der inhaltlichen Ausrichtung der rem eine entscheidende Rolle. 2013 standen bisher auf dem Programm: die Mannheimer Adler, Medici und ganz aktuell die Wittelsbacher am Rhein. Mit den beiden letzten Ausstellungen stehen gleich zwei wichtige Dynastien im Mittelpunkt, die in der Metropolregion nachhaltig Spuren hinterlassen haben. Damit wird nicht nur das kulturelle Profil der Stadt und ihrer Region weiter gestärkt, daraus ergeben sich zugleich neue Chancen für die Mannheimer Bevölkerung und Wirtschaft, insbesondere den Kulturtourismus.

Um diese sehr erfolgreiche Entwicklung der rem weiter zu unterstützen, ist es auch weiterhin notwendig, dass entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. So besteht nach wie vor ein großer Sanierungsbedarf bei den Gebäuden. Mit den Zuschüssen für die Jahre 2014 bis 2016 (insgesamt 800.000 Euro) wird begonnen, diesen abzuarbeiten. Auch ist die Ausstellungsmöblierung durch den intensiven und kundenorientierten Einsatz in den



vergangenen Jahren überholungs- und teilweise erneuerungsbedürftig geworden. Der Betriebskostenzuschuss wurde im Jahr 2014 um 106.000 Euro, ab 2015 jährlich um 210.000 Euro erhöht.

Kunsthalle nach Generalsanierung und vor Neubau

Die Kunsthalle stand als zentraler kultureller Leuchtturm und Faktor der kulturellen Bildung der Metropolregion in jüngster Vergangenheit durch die Generalsanierung des Jugendstilbaus und die Entscheidung für einen Neubau als Ersatz für den Mitzlaff-Bau in besonderer Weise im öffentlichen Fokus.

Nach Abschluss der Generalsanierung findet das Zukunftskonzept der Kunsthalle seine konsequente Fortentwicklung in der Planung und Realisierung des Neubaus: Am 15. Februar 2012 errichteten die Stifter Dr. h.c. Hans-Werner und Josephine Hector und die Stadt Mannheim gemeinsam die private Stiftung „Kunsthalle Mannheim“, die in den kommenden vier Jahren den Neubau am Friedrichsplatz verwirklichen wird. In einem zweistufigen Wettbewerbsverfahren konnte sich der Entwurf der weltweit agierenden Architektensozietät gmp - von Gerkan, Marg und Partner aus Hamburg - mit einem spektakulären Raumkonzept der „Museumsstadt“ durchsetzen. Mit ihrer Verwirklichung soll ein Merkzeichen und ein kultureller Imagegewinn für Mannheim geschaffen werden.

Nach Realisierung des Neubaus wird sich die Stiftung der finanziellen Unterstützung von großen Sonderausstellungen und wichtigen Kunstankäufen widmen und so den Nukleus bilden, um zu einer ähnlichen Struktur wie die rem zu kommen. Letztlich kann nur so der Anspruch der Häuser erfüllt werden, ohne zu einer Überforderung der Stadt Mannheim zu führen. Die Stiftung finanziert den Neubau der Kunsthalle mit den Zuwendungen der großzügigen 50-Mio.-Euro-Spende des Ehepaars Hector sowie des 10-Mio.-Euro-Beitrags der Stadt Mannheim. Weitere 4,5 Mio. Euro aus der Städtebauförderung des Landes Baden-Württemberg sind für den Abbruch des Mitzlaff-Baus in Aussicht gestellt.

Das Ergebnis des Projekts „Generalsanierung des Jugendstilbaus“ wurde der Bevölkerung vor wenigen Tagen präsentiert. Für die Sanierung des Billing-Baus konnten rund 6,8 Mio. Euro an Städtebauförderungsmitteln akquiriert werden. Mit der Ausstellung „Dix/Beckmann: Mythos Welt“, die im November 2013 anlaufen wird, feiert die Kunsthalle nicht nur die Wiedereröffnung ihres Jugendstilflügels, sondern präsentiert auch erstmals über 250



Gemälde und Papierarbeiten der beiden Protagonisten der „Neuen Sachlichkeit“ in direkter Gegenüberstellung.

Für den laufenden Betrieb der Kunsthalle sieht der städtische Haushalt in den Jahren 2014 und 2015 Beträge in Höhe von 3,5 Mio. Euro (jeweils ohne kalkulatorischen Zuschuss) vor. Als Investitionszuschuss, aus dem sowohl Kunstanschaffungen als auch die Beschaffung des übrigen Anlagevermögens zu bestreiten sind, sind jährlich 100.000 Euro vorgesehen.

Schwerpunkte in der Ausstellungsarbeit liegen für die Jahre 2014/2015 bei der Präsentation von rund 50 Plastiken der französischen Ausnahmekünstlerin Germaine Richier, der Rückkehr der Sammlung Malerei, die während der Sanierung in den Depots eingelagert war, in den Jugendstilbau unter dem Titel „Arche“ sowie einer bedeutenden Ausstellung von Werken der Französischen Moderne sowohl aus eigenem Bestand als auch mit internationalen Leihgaben mit berühmten Namen wie Vincent van Gogh, Claude Monet, Paul Cézanne und Édouard Manet. Mit „Der doppelte Kirchner. Die Rückseiten-Bilder: Rätsel, Streitfall, Gewinn“ rückt die Kunsthalle schließlich das wissenschaftlich heftig diskutierte Thema der Rückseiten-Bilder erstmals ins Zentrum einer diskursiven Ausstellung.

Die Abteilung Wissenschaft wird das mit externen Mitteln geförderte Projekt der Provenienz-Recherche fortführen, die Digitalisierung des bedeutsamen Altaktenbestands in Kooperation mit dem Stadtarchiv - Institut für Stadtgeschichte fortsetzen und die Publikation zum Bestand der Grafik der Neuen Sachlichkeit und des Expressionismus herausgeben.

Im Jahr 2011 wurde für das Restaurierungsatelier ein Konservierungs- und Restaurierungskonzept aufgestellt, das aktuell und in den Folgejahren erfolgsorientiert umgesetzt wird. Vorrangig werden Meisterwerke der Sammlung bis 1945 oberflächengereinigt, um sie im wiedereröffneten Jugendstilbau in einwandfreiem Zustand präsentieren zu können. In diesem Zusammenhang werden die erfolgreichen Projekte „BildPaten“ und „Rahmenrestaurierung“ fortgeführt.

Durch die vorbildlich geführte Abteilung „Kunstvermittlung“ finden nicht nur die Ausstellungsprojekte hervorragende Unterstützung, die Kunsthalle leistet gerade in diesem Bereich auch einen wichtigen Beitrag im Rahmen der kulturellen Bildung. Diese erstreckt sich sowohl auf die Zielgruppen Kinder/Jugendliche/Lehrkräfte als auch erwachsene Besucherinnen und Besucher. Insgesamt verfolgt die Kunsthalle weiterhin konsequent ihr



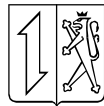
Ziel, wieder zu einem in ganz Deutschland und auch in Europa beachteten und geschätzten Museum zu werden.

Planetarium Mannheim gGmbH - Investitionszuschuss für digitales Projektionssystem

Als erste Kommune weltweit, die ein Planetarium errichtete, hat Mannheim schon sehr früh die Faszination Weltraum als besonderes Bildungsthema wahrgenommen. An diesem hohen Stellenwert astronomischer Bildung hat sich bis heute nichts geändert - trotz oder vielleicht gerade wegen der rasanten Weiterentwicklung der Astronomie in den vergangenen Jahren. Vielmehr tritt neben dem immer schwerer direkt erfahrbaren emotionalen Erlebnis eines ungestörten Nachthimmels der intellektuelle Anreiz, unseren Kosmos zu erleben und zu verstehen. Hierbei wird die Astronomie ganz nebenbei auch zum Türöffner für den Nachwuchs in den heute so wichtigen MINT-Fächern, ohne den eine technisch-industrielle Wissensgesellschaft schnell an ihre Grenzen stoßen würde. Eine Institution wie das Mannheimer Planetarium wird dadurch auch zu einem wichtigen Bildungs- und damit Standortfaktor.

Dass das „Planetarium“ bei den Bürgerinnen und Bürgern Mannheims und der Metropolregion ankommt, zeigt die Zunahme des Zuschauerzuspruchs deutlich. Über 100.000 Besucherinnen und Besucher haben die mehr als 1.100 Veranstaltungen des Planetariums Mannheim im vergangenen Jahr verfolgt. Ebenso zeigt die Vernetzung von kulturellem und wissenschaftlichem Angebot, dass der Blick über die eigenen Grenzen in vielfacher Hinsicht hilft, Horizonte zu erweitern. Gerade der niederschwellige Zugang ermöglicht hier allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an diesem Angebot.

Damit das Planetarium weiterhin seinen Aufgaben gerecht werden kann, sind im aktuellen Haushalt verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Zum einen soll der jährliche Betriebskostenzuschuss um 100.000 Euro erhöht werden, um den kumulativen allgemeinen Kostensteigerungen der letzten Jahre Rechnung zu tragen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich die allgemeinen Kostensteigerungen sowie weitere seitens der Gesellschaft nicht steuerbare Faktoren seit dem Jahr 2004 nicht mehr in Anpassungen des Betriebskostenzuschusses niedergeschlagen haben. Trotz erheblicher erfolgreicher Anstrengungen und Effizienzsteigerungen seitens des Planetariums, die sich etwa in einer deutlichen Zunahme des Veranstaltungsangebots in Anzahl und inhaltlicher Breite sowie auch in einer Steigerung der Zuschauerresonanz widerspiegeln, führte dies zu erheblichen



bilanziellen Belastungen. Um einer drohenden bilanziellen Überschuldung entgegenzusteuern, soll daher im Jahr 2014 eine einmalige Eigenkapitalerhöhung um 200.000 Euro erfolgen.

Zeitnah ist für das Planetarium Mannheim auch die Installation eines modernen digitalen Projektionssystems und damit der Sprung ins Digitalzeitalter nötig. Heute bereits stellt diese Technologie den Standard in den meisten deutschen Großplanetarien dar. Neben der technischen Innovation und den damit verknüpften Möglichkeiten in Bezug auf moderne Didaktik und Produktion stellt dieser Schritt den einzigen Weg dar, den Planetariumsbetrieb technisch sicherzustellen, da Wartung, Reparatur und Ersatz für veraltete Projektionstechniken jetzt schon kaum und bald überhaupt nicht mehr möglich sein werden. Der Vorführbetrieb ist dadurch nachhaltig gefährdet. Um dem begegnen zu können, sind für den Doppelhaushalt 2014/2015 Mittel in einer Gesamthöhe von 1 Mio. Euro als Investitionszuschuss für ein modernes digitales Projektionssystem im Gesamtumfang von 3 Mio. Euro vorgesehen. Der verbleibende Mittelbedarf für ein modernes digitales Projektionssystem soll auf Darlehensbasis durch die Gesellschaft finanziert werden.

Mit diesen Maßnahmen ermöglicht die Stadt Mannheim einerseits eine Stabilisierung der bilanziellen Lage des Planetariums und ebnet andererseits den Weg hin zu einem modernen, digitalen Planetarium, so dass auch für die nächste Generation Mannheim eine attraktive „Planetariumsstadt“ bleibt.

Rentierliche Investitionen in „Gedächtnis unserer Stadt“

Das Haushaltsjahr 2014/2015 wird im Kulturbereich auch einen Schwerpunkt beim Stadtarchiv - Institut für Stadtgeschichte setzen.

Das Institut hat über Jahre mit hochwertigen Publikationen und Veranstaltungen unsere Stadtgesellschaft bereichert und damit zur Identitätsstiftung erheblich beigetragen. Dabei versucht es, alle Facetten unserer Stadtgeschichte auszuleuchten. Boomende Besucherzahlen bei den Veranstaltungen und stetig wachsende Mitgliederzahlen in seinen Fördervereinen zeigen, dass das Institut mit seinen historischen Bildungsangeboten nahezu alle Milieus der Stadtgesellschaft erreicht. Der jüngste Erfolg der 960 Seiten starken Arbeit von Christiane Fritsche über Arisierung und Wiedergutmachung zeigt, dass es dem Institut immer wieder gelingt, tragfähige Partnerschaften und Kooperationen einzugehen und



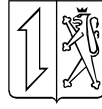
Themen zu besetzen, denen wir uns als Gesellschaft stellen müssen. Auch wenn wir in der Schlussfolgerung aus der Studie von Frau Dr. Fritsche in Bezug auf unseren Ehrenbürger Heinrich Vetter unterschiedliche Positionen vertraten, so hat doch niemand im Gemeinderat die hohe Qualität der Arbeit bezweifelt - im Gegenteil, ihr wurde höchster Respekt gezollt. Und die Ernsthaftigkeit in der Debatte war nur möglich, weil die umfassende Aufarbeitung der Gesamthematik durch das ISG angegangen wurde.

Zugleich hat diese Publikation aber auch deutlich gemacht, dass wir nicht stehen bleiben dürfen, sondern das Thema „Erinnerungskultur und NS-Dokumentationszentrum“ nicht nur aus Verantwortung vor unserer Geschichte ernst nehmen und weiterentwickeln müssen. Das wird nur möglich sein, wenn wir das Institut als eigenständigen Ort - und damit auch als eigenständige Marke - mit einem entsprechenden Ausstellungsangebot erfahrbar machen. Da die Magazinflächen im Collini-Center erschöpft sind und die Räumlichkeiten sich als nicht mehr optimal erweisen, werden wir die Möglichkeit eines neuen, überzeugenden Standortes für das Institut für Stadtgeschichte prüfen. Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind hierfür allerdings keine Mittel eingestellt. Der Auftrag einer Standortfindung unterliegt dem Gebot einer wirtschaftlich vertretbaren Lösung.

Weltweit sprechen wir derzeit davon, unsere wichtigsten Kulturschätze, vor allem die Objekte in den Archiven und Museen, zu digitalisieren und ins Internet zu stellen. Diese Grundforderung, so richtig und sinnvoll sie auch ist, kostet nicht wenig Geld und kann in vielen Städten angesichts der Notlage ihrer Haushalte nicht realisiert werden. Unser Institut für Stadtgeschichte hat es verstanden, als erstes Kommunalarchiv in Deutschland, aus der Not eine Tugend zu machen, indem es dank der Hilfe seiner beiden Fördervereine wie auch durch Unterstützung der Verwaltung 2008 ein Digitalisierungszentrum als BGA aufgebaut hat. Dieser „BGA Archivservice“ bietet seine Dienstleistungen auch Dritten an und kann zugleich auch die eigenen Dokumente der Stadt digitalisieren. Dabei arbeitet er völlig kostendeckend. Dieses Modell boomt inzwischen derart, dass wir im Finanzhaushalt weitere Mittel für Scanner zur Verfügung stellen, ebenso im Ergebnishaushalt weitere Mittel für Werkverträge - aber zugleich auch deutliche Mehreinnahmen für die Stadt erhalten. Übrigens generiert das Institut für Stadtgeschichte fast so viele Einnahmen wie alle bayerischen Staatsarchive zusammen; Anlass, dem engagierten Team Dank und Anerkennung auszusprechen.



STADT **MANNHEIM**²



XX. Erfolgreiche Entwicklung unseres Stadtmarketings

Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 als eines der ersten Public-Private-Partnership-Modelle im Bereich Stadtmarketing hat sich die Stadtmarketing Mannheim GmbH sehr positiv entwickelt. Dies beweist auch die wachsende Anzahl an Partnern, die sich aktiv in die GmbH einbringen. Insgesamt 21 Gesellschafter und 39 Sponsoren und Projektpartner der Mannheimer Wirtschaft unterstützen die GmbH derzeit darin, Mannheims Stärken überregional bekannt zu machen und dabei Fachkräfte und Talente für den Standort zu begeistern.

Seit 2008 konnten 13 weitere Gesellschafter und zehn Sponsoren gewonnen werden, seit 2009 besteht die Möglichkeit, sich als Projektpartner zu engagieren.

Im vergangenen Jahr wurde die Kommunikationskampagne „Das gibt Dir Mannheim“ durch die Stadtmarketing Mannheim GmbH konzipiert und umgesetzt. Voraussetzung hierfür war die Ausarbeitung der Markenführungskonzeption für Mannheim. Die Kommunikationskampagne „Das gibt Dir Mannheim“ wurde im Dezember 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Facetten des Markenkerns finden sich jetzt in den drei zentralen Begriffen Wirtschaftskraft, Inspiration und Lebensfreude wieder.

Im September 2013 erhielt die Stadtmarketing Mannheim GmbH dafür den Stadtmarketing-Preis Baden Württemberg 2013. Insbesondere lobten das Wirtschaftsministerium und der Handelsverband Baden-Württemberg - die den Preis in einem Turnus von zwei Jahren gemeinsam vergeben - den strategischen Aufbau und die Umsetzungsstärke. Kriterien waren unter anderem die klare Definition der Marke und deren konsistenter Aufbau.

Die bewiesene Markenführungscompetenz des Stadtmarketings möchten wir künftig stärker nutzen. Da die Stadtmarketing Mannheim GmbH bereits unter Einbeziehung der Fachbereiche und Einzelunternehmen die Konzeption für die hoheitliche Marke Mannheim entwickelt hat, empfiehlt es sich, die Markenführung der Stadt Mannheim in der Gesellschaft zu bündeln.

Neue Willkommenskultur durch Welcome-Center

Auch im Bereich Tourismus geht die Stadtmarketing Mannheim GmbH neue Wege: Im August eröffnete die GmbH das neue Welcome-Center am Hauptbahnhof. In der Konzeption



des neuen Welcome-Centers setzt das Stadtmarketing die Markenführung fort und sichert so einen konsistenten und konsequenten Markenauftritt. Das Welcome-Center visualisiert die Marke Mannheim und nutzt die Bildsprache und Gestaltungselemente der Kommunikationskampagne.

Mehr noch: Das Welcome-Center bietet eine neue Willkommenskultur für Mannheims Gäste - unter anderem mit dem Lounge-Bereich - gleichzeitig schafft eine eigens dafür eingerichtete Fläche Anreize für Kooperationen mit den Unternehmen und Institutionen Mannheims.

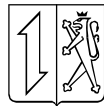
Um den Tourismus bedarfsgerecht - mit Blick auf die touristischen Leistungsträger in Mannheim - und nachfrageberechtigt für die Reisenden aus verschiedenen Zielgebieten zu gestalten, ist es auch hier empfehlenswert, die Kompetenzen zu bündeln.

Mannheim hat für seine Gäste - Urlauber und Städtereisende gleichermaßen wie Geschäftsreisende - viel zu bieten. Deshalb ist es wichtig, die vorhandenen Stärken besser zu nutzen, um sie zielgruppengerecht zu vermarkten.

Mögliche Ansätze hierfür hat das Stadtmarketing bereits präsentiert. Ziel ist es nun, das touristische Angebot zu erweitern und vertriebsorientiert zu vermarkten. Mehr Verantwortlichkeiten für das Stadtmarketing in diesem Bereich sind daher naheliegend. Denn Ziel ist es, Mannheim auch überregional, bundesweit und international in seinen Stärken besser zu präsentieren und das Image der Stadt nachhaltig zu fördern.

XXI. Erhöhter Zuschuss an die m:con - mannheim:congress GmbH

Die m:con - mannheim:congress GmbH hat in den vergangenen beiden Jahren an Bedeutung für die Stadt gewonnen. Insgesamt fanden 465 Veranstaltungen im Rosengarten statt, davon 225 Tagungen und Kongresse und 128 kulturelle Veranstaltungen. Die Besucherzahl konnte mit 498.523 weiter gesteigert werden. Mit insgesamt zehn Hauptversammlungen von DAX oder MDAX-Unternehmen ist der Rosengarten die Nummer zwei in Deutschland in Sachen Aktionärsversammlungen. Neben der Vermietung von Räumen ist m:con auch als Agentur tätig und gehört im Kongressbereich weiter zu den Top 5 in Deutschland.



Für die Jahre 2014 bis 2016 wurden bereits wichtige Geschäftsabschlüsse getätigt. So bleibt der Kardiologenkongress die nächsten drei Jahre weiterhin in Mannheim. In diesem Jahr tagten zum ersten Mal die Rheumatologen und Tierärzte in der Stadt und auch die Gesellschaft der Inneren Medizin sieht ihre Tagungszukunft zunächst in der Quadratestadt. Der große Einfluss auf Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel durch das Tagungsgeschäft ist unbestritten. In den vergangenen Jahren konnte die Millionengrenze bei den Übernachtungen auch dank vieler erfolgreicher Kongresse überschritten werden. Mannheim positionierte sich, was die Anzahl der Übernachtungen angeht, als Nummer zwei hinter Stuttgart in Baden-Württemberg. Neue, bereits geplante Hotelkapazitäten werden auch die Kongressstadt Mannheim zukünftig weiter stärken.

Allerdings hat der Aufwand innerhalb der Immobilie für Technik, IT und Service stark zugenommen. Kunden erwarten sowohl eine moderne Ausstattung als auch kostengünstige Angebote für alle Leistungen bei Kongressen und anderen Veranstaltungen. m:con muss in einem sehr wettbewerbsintensiven Geschäft bestehen und zugleich als Eigentümer die Immobilie Rosengarten weiterentwickeln. Aufgrund der nun nach mehrjähriger Erfahrung und vertiefter Analysen absehbar nicht zu schließenden Lücke von notwendigem Unterhaltungs- und Betriebsaufwand und Ertrag ist ein um 1 Mio. Euro erhöhter Zuschuss für die m:con im Haushalt vorgesehen. So attestierte der Wirtschaftsprüfer, dass sich die GmbH 2012 in einem Konsolidierungsjahr befand: Die Umsatzerlöse sanken im Vergleich zum Vorjahr um 10,7 Prozent auf rund 19,5 Mio. Euro. Dieser Rückgang um 2,3 Mio. Euro ist vor allem auf die beiden einmaligen Eigenveranstaltungen des Automobilsommers in 2011 zurückzuführen. Mit der autosymphonic und dem E-mobility-Kongress wurden damals rund 1,8 Mio. Euro Umsatz erzielt. Allerdings war die autosymphonic auch für den gestiegenen Verlust der m:con verantwortlich.

Um den hohen technischen Standard, den die m:con dank des Neubaus und stetiger Investitionen ihren Kunden bieten kann, zu halten, muss weiterhin in das Gebäude investiert werden. So sollen im laufenden Haushaltsjahr rund 2,3 Mio. Euro in die technische Ausstattung sowie in Ausbesserungsarbeiten investiert werden. Für die Sanierung des Sheddaches - eine über die üblichen Erneuerungsmaßnahmen hinausgehende Sanierung - ist ein städtischer Zuschuss von 700.000 Euro im Haushalt berücksichtigt. Nur so bleibt der Rosengarten auch weiterhin wettbewerbsfähig und kann in der Konkurrenz in Deutschland und Europa bestehen. Auch für die Erfüllung des Kulturauftrages, den die m:con hat, sind Investitionen unabdingbar.



Geschäftsführer Johann W. Wagner steht mit seinem Team zudem vor der Herausforderung, dass eine Änderung des Pharmakodexes für medizinische Gesellschaften künftig eine räumliche Aufteilung der Kongresse in einen wissenschaftlichen und einen wirtschaftlichen Teil vorsieht.

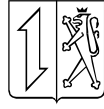
Dass der Rosengarten zukunftsorientiert arbeitet, zeigt auch die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit, die die Gesellschaft bereits vor Jahren eingegangen ist. Mehrfach zertifiziert ist die Berücksichtigung von Bio-Catering, Ökostrom oder die Miteinbeziehung von Car-Sharing und Leihfahrrädern ins Tagungsgeschäft.

Um das Kongresszentrum weiter marktfähig zu halten und keinen Sanierungsstau entstehen zu lassen, ist ein gestiegener Zuschuss unverzichtbar. Der erforderliche Verlustausgleich durch die SMB wird dadurch verringert und trägt zu einer finanziellen Stabilisierung der gesamten SMB-Gruppe bei.

XXII. Dank

Eine Etatrede bietet alle zwei Jahre die Gelegenheit, Aussagen zu den aktuell relevanten Themenfeldern zu treffen, wobei Vollständigkeit nicht möglich ist und auch Wichtiges ausgeblendet bleibt. Ich nehme die Gelegenheit wahr, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für ihren Einsatz für unsere Stadt zu bedanken.

Für die inhaltliche Vorarbeit und die Erarbeitung des Zahlenwerks sei den damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich gedankt. Für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes danke ich den Kolleginnen und Kollegen, Herrn Ersten Bürgermeister Specht, den Bürgermeisterinnen Dr. Freundlieb und Kubala sowie den Bürgermeistern Quast und Grötsch, den Dezernatsbüros, den Rechnungsstellen und den Fachbereichsleitungen. Ein besonderer Dank geht an die Stadtkämmerei mit ihrem Leiter Markus Manhart und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank schulde ich nicht zuletzt meinen unmittelbaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Vorbereitung des Etats und der Etatrede intensiv gefordert waren: Siegfried Raatz, Herbert Bangert, Christian Hübel, Andrea Lehr und Sabina Scipio.



Der Haushaltsentwurf ist eine tragfähige Grundlage für die Weiterentwicklung und Stärkung unserer Stadt in den nächsten Jahren. Ich wünsche uns gute und konstruktive Beratungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam an der Verwirklichung meines Leitsatzes dieser Etatrede arbeiten: Mannheim verbindet!